

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, diese Grußbotschaften und diese Stunde der Besinnung und Verbundenheit mit der Idee des internationalen Sozialismus könnte nicht besser geeignet sein, überzuleiten zu dem 3. Punkt der Tagesordnung, in den wir jetzt eintreten: „Die zweite industrielle Revolution.“

Ich glaube, wir empfinden es als Genugtuung, daß der Parteivorstand beschlossen hat, dieses Problem auf die Tagesordnung dieses Parteitages zu setzen. Wir sind die erste Partei der Bundesrepublik, die den Versuch macht, an ein so schwieriges, schicksaldeutendes Problem heranzugehen. Wir werden heute zweifellos nicht fertige Lösungen schaffen können, aber wir können beginnen, sie zu erörtern und uns Gedanken darüber machen. So, glaube ich, ist der Übergang geschaffen zu den beiden Referaten, die wir nunmehr hören werden.

Es wird zuerst zu uns sprechen der Genosse Prof. Leo Brandt. Ich erteile ihm das Wort. (Beifall.)

„Die zweite industrielle Revolution“

Leo Brandt (Düsseldorf): Sehr verehrte Gäste, Genossinnen und Genossen! Es mag ein wissenschaftlicher Streit sein, ob man eine erste und eine zweite industrielle Revolution deutlich voneinander unterscheiden kann oder ob die Entwicklung der Industriegesellschaft seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts sich kontinuierlich vollzogen hat und jetzt nur in eine weitere Phase eingetreten ist. Ich glaube, daß in diesen Jahren jeder, der die ökonomische Entwicklung kritisch betrachtet, das Empfinden hat, daß etwas anderes, etwas Neues vor sich geht, und deshalb sollten wir, um dieser Vorstellung Ausdruck zu geben, von der „zweiten industriellen Revolution“ sprechen.

Wie eindrucksvoll waren die Erscheinungsformen der ersten industriellen Revolution. Die Erfindung der Dampfmaschine setzte neben die bis dahin einzige für die Produktion verwendete Kraftmaschine, das Wasserrad, und neben die Muskelkraft jene neue Spenderin mechanischer Energie, die auf die Kohle zurückgreifen konnte. Jede Fabrik war durch das Bild des qualmenden Schornsteins gekennzeichnet. Eisenwerke, Lokomotivfabriken, Textilfabriken schossen aus der Erde, und zwar bei den Völkern, die auf der Kohle saßen. Plötzlich entstanden reiche und arme Nationen, die Kolonialzeit brachte die Beherrschung ganzer Kontinente durch einige Industrieländer, die den Eroberten durch technischen Fortschritt voraus waren. Stolz erfüllte die Begründer der neuen Zeit, die sich als fortschrittliche Industrielle den konservativen Grundbesitzern weit voraus fühlten. Von oben herab stellte der rheinische Industrielle und spätere preußische Finanzminister Hansemann 1840 fest: „Es wird nach ewigen Naturgesetzen allezeit eine Anzahl Menschen in elender Lage geben, die frühzeitiger sterben als die in besserer Lage. Wie hart dieses Naturgesetz auch einem weichlichen Philanthropinismus vorkommen möge, so ist es wie jede Gottesordnung weise: es sichert die Dauer des Menschengeschlechtes und bewirkt, daß dieses schnell zunehmen kann.“ — So mühten sich die Ausgebeuteten im Vierzehn- und Sechzehnstundentag, in Frauen- und Kinderarbeit, ihrem vom Brotherrn so klar aufgezeichneten frühen Ende entgegen. Die Alternative war nur Auswanderung, denn schon damals stieg als Ergebnis des erfolgreichen Kampfes gegen die Massenkrankheiten die **Menschenzahl an.**

Die Unterdrückten hatten nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber sie gewannen Freunde aus den geistigen Schichten, wie Lassalle und Marx. — Hier steht die Fahne von Lassalle! (Beifall.) Sie stellten eigene Vorkämpfer, wie Bebel oder Friedrich Ebert, und in selbstloser Verbundenheit zu gegenseitiger Hilfe, ausgedrückt durch den — edelste menschliche Empfindungen enthaltenden — Begriff „Solidarität“, wandelten in jahrzehntelangem Ringen die arbeitenden Menschen gegen Dreiklassenstaat und Reaktion ihr Schicksal. Schließlich ließ die Technik auch ihre positive Seite für die breiten Schichten erkennen. Dreimal mehr Menschen als vor der Industrialisierung konnten in Deutschland oder vergleichbaren Industrieländern eine Lebensmöglichkeit finden.

Nun einige vergleichbare Fakten der zweiten industriellen Revolution.

Der Verkehr läßt die Welt zusammenschrumpfen. Die neuen Düsenverkehrsflugzeuge, von denen die zivilen Luftfahrtgesellschaften bisher 200 Stück für eine Milliarde Dollar, die Deutsche Lufthansa ganze vier Stück bestellt haben, fliegen im gleichen Schritt mit der Sonne um die Erde, in sechs Stunden von München nach New York. Der Funk erreicht auch die entferntesten Stellen der Welt im vierzehnten Teil einer Sekunde. Kein Volk kann isoliert vom anderen leben oder Politik betreiben, schon gar nicht ein kleines im Zentrum Europas. Die Hygiene hat das durchschnittliche Lebensalter um 30 Jahre verlängert. Denken wir hier an Koch, den Entdecker des Tuberkelbazillus, und Behring, den Bekämpfer der Diphtherie, aber auch an lebende deutsche Forscher, wie Domagk und Kikuth, die durch die Erfindung der Sulfonamide und des Malariamittels Atebrin viele Millionen von Menschenleben erhalten haben.

Das Zeitalter der Atomenergie beginnt. Vor 50 Jahren berechnete der Sohn eines kleinen jüdischen Elektrohändlers aus Ulm, daß in jedem Gramm Materie 25 Millionen Kilowattstunden enthalten sind. Im Dritten Reich brachte man es fertig, der Physik Albert Einsteins eine deutsche Physik entgegenzustellen, und wie zum Hohn auf diese Geisteshaltung gelang es Otto Hahn 1938, durch die von ihm entdeckte Kernspaltung ein Tausendstel der von Einstein berechneten Energie tatsächlich freizusetzen. Amerika sicherte sich die aus Deutschland vertriebene Mitarbeiterin Hahns, Lise Meitner, und entwickelte die Atombombe, um sie den Angreifern aufs Haupt zu werfen. Fast wäre tatsächlich noch eine deutsche Stadt das Ziel der ersten Bombe geworden.

Jetzt, 11 Jahre danach, tritt die schreckhafte Reaktion, beim Wort „Atom“ die Ruinen von Hiroshima vor Augen zu haben, zurück hinter der sich ausbreitenden Erkenntnis, daß der neue Brennstoff Uran 235, der nicht hundert, nicht zehntausend, sondern drei Millionen mal besser ist als Kohle, offenbar gewaltige Umwälzungen mit sich bringen wird, wenn genügend davon auf der Welt vorhanden sein sollte.

Eine der Tatsachen, die die Vorstellung von einer zweiten industriellen Revolution stützen, ist die Feststellung, daß zur Deckung des heutigen Industriebedarfs der Welt die bisher bekannten Uran- und Thoriumlager für 10 000 Jahre ausreichen.

Nun gleich das nächste, noch umstürzendere Ereignis: Vor drei Millionen Jahren gewann der Mensch das Feuer. Die griechische Sage bewahrt das lang nachwirkende Erlebnis in der Gestalt des Prometheus. In unserer Generation wagt es der Mensch, die Hand auszustrecken nach dem Urfeuer des Universums,

das auf den Sternen und der Sonne seit dem Beginn des Weltalls tost. Es handelt sich um das Verschmelzen der Bausteine des Wasserstoffs, der Protonen und Neutronen zum Heliumkern, wobei sieben Tausendstel der von Einstein vorausgesagten Energie frei wird. Der Mensch arbeitet jetzt an der Zähmung, der friedlichen Nutzbarmachung dieser Urkraft, die bisher in der Wasserstoffbombe als gewaltige Zerstörungsenergie nachgewiesen ist. Ich nenne das die zweite promethäische Tat.

Losgelöst von den natürlichen Lagerstätten — Wasser gibt es überall — werden Energien zur Verfügung stehen, die der frühere englische Minister Viscount Cherwell, als Radarfachmann unter dem Namen Professor Lindemann bekannt und ursprünglich Assistent bei Nernst in Berlin, vor dem Oberhaus vor drei Jahren verdeutlichte durch die Mitteilung, daß aus jedem Liter Wasser in frühestens 10, spätestens 30 Jahren die gleiche Energie wie aus 20 000 Tonnen Kohlen gewonnen werden könne. Inzwischen dringen Nachrichten zu uns, daß man in den Vereinigten Staaten und in Rußland dicht vor der Lösung dieses Problems stehe, es wahrscheinlich zumindest im Prinzipiellen schon gelöst hat. Jedenfalls, ob nun Spaltungs- oder Fusionsenergie, die unterentwickelten Völker werden die notwendige Energiebasis erhalten. Wüsten können durch Entsalzen des Meerwassers bewässert, Urwälder oder arktische Gebiete mit Hilfe von Elektrizitätswerken, die durch die Luft versorgt werden, erschlossen werden; denn selbst das größte deutsche Kraftwerk, das Goldenbergwerk, könnte seinen jährlichen Wärmebedarf aus 400 kg Uran 235 decken. Schifffahrt und Luftfahrt werden auf den neuen Brennstoff übergehen. Ein halbes Kilo davon wird künftig ein Flugzeug achtmal um die Erde treiben können.

Die Atomwissenschaft gibt uns nicht nur unerschöpfliche Brennstoffquellen, sondern eröffnet durch die radioaktiv strahlenden Isotopen unerwartete neue Möglichkeiten für die Medizin — für Diagnose und Krankheitsbekämpfung —, für wichtige Gebiete der Technik und erstaunlicherweise auch der Züchtungsforschung. In einem Klostergarten in Frankreich erwuchs vor Hunderten von Jahren die erste Blutbuche. Ein Höhenstrahl, ein Kernpartikel, aus dem Weltraum kommend, drang in die Erbanlagen der Samenzellen ein und veränderte die Farbstoffkomponente der die Erbübermittlung bestimmenden Gene. Unser Nobelpreisträger Butenandt sprach kürzlich über den von ihm entdeckten Zusammenhang zwischen den Genen und den Phänen, also Phänomenen, wie etwa den Blattfarbstoff.

Heute kann man Nutzpflanzen, wie Tabak und Weizen, bereits durch Isotopenbestrahlung zu Tausenden von neuen Arten künstlich anregen, von denen viele schlechtere, einige aber bessere Eigenschaften haben, z. B. Kältebeständigkeit für den Weizen in Nordkanada, oder bessere Schädlingssicherheit. Der Mensch greift stärker als je zuvor ein in das Schöpfungswerk der Natur.

Wir haben in Deutschland noch kein Atomkraftwerk und erzeugen keine Isotope. England baut zwölf solcher Werke für 3,6 Milliarden DM — das erste ist vor 14 Tagen in Betrieb genommen worden —, gibt 360 Millionen DM im Jahre für Atomforschung aus und hat 30 000 Sendungen von Isotopen aller Art in die Welt hinausgeschickt.

Die Automatisierung, Krönung des Rationalisierungsgedankens, trat nicht mit ähnlicher dramatischer Plötzlichkeit wie die von Otto Hahn entdeckte Kern-

spaltung in unsere Welt, aber die Auswirkungen der so bezeichneten Produktionsmethoden können in solchen Industrieländern vielleicht dramatischere Folgen haben, wo wirtschaftliche und technische Voraussicht planmäßig wirken und Normung und Typisierung hohe Stückzahlen ermöglichen. Ein warnendes Beispiel: Während es bei uns in Deutschland nicht weniger als 218 verschiedene Ausführungen von Autoscheinwerfern gibt, löst die Wirtschaft der Vereinigten Staaten für alle Personen- und Lastkraftwagen diese Aufgabe — man sollte es wirklich kaum für möglich halten — mit einer einzigen vereinheitlichten Type.

Wenn die moderne Werkzeugmaschine sich mit der Elektronik verknüpft, die ihre Funktionen automatisch steuert, wenn das Elektronengehirn, die große elektrische Rechenmaschine, den gesamten Ablauf eines Produktionsvorgangs von der Lagerhaltung bis zum Endpunkt der Taktstraße überwacht, um automatisch regelnd einzugreifen oder signalisierend den Menschen zum Eingreifen heranzurufen, werden Möglichkeiten für die Massenproduktion von Gütern erschlossen, die tiefste Folgen haben müssen: Freisetzung von Fach- und Hilfskräften, gleichzeitig stark erhöhte geistige Anforderungen an andere Arbeitskräfte in Fertigungsvorbereitung und -überwachung und schließlich neuen Einsatz von Arbeitskräften für die Entwicklung und den Bau der neuen Produktionseinrichtungen.

Wir haben gehört, daß ein erster Streik wegen Automatisierung in England bevorstand. Vorausschauende Planung muß unbedingt rechtzeitig den Betroffenen andere gleichwertige Arbeitsplätze nachweisen (Beifall). Die englische Regierung hat ein offizielles Werk über „Automation“ veröffentlicht. — Das englische Wort „automation“ scheint auch in Deutschland Anklang zu finden, obwohl die Sprachwissenschaftler der Ansicht sind, daß das sprachlich richtigere Wort „Automatisierung“ wäre. — Die erste automatische Fabrik, die in dem offiziellen britischen Heft abgebildet ist, ist übrigens eine Kolbenringfabrik in Moskau, die statt bisher 200 Arbeiter nur noch vier beschäftigt. Neben sorgfältiger Durchdringung der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zeigt die Veröffentlichung Dutzende von packenden, wegweisenden und erregenden Beispielen. Wo ist ein solches Werk der deutschen Regierung?

Ein Beispiel aus dem Buch. Die Firma Lyons, deren Teestuben vielleicht mit den Aschinger-Betrieben in Berlin eine entfernte Ähnlichkeit haben, hat sich „Lyon's elektronisches Office“ geschaffen, abgekürzt „LEO“ (Heiterkeit). Die große Rechenmaschine berechnet und schreibt die Lohnzettel für 10 000 Beschäftigte in vier Stunden aus. Dies taten bisher 37 vollbeschäftigte Angestellte. Sie regelt die ganze Lagerhaltung für die Zentrale und alle Filialen, spart 1,2 Millionen Mark an bisherigen Angestelltengehältern ein, arbeitet mehr als die Hälfte des Tages in Lohn für andere Unternehmungen und macht sich in weniger als einem Jahr bezahlt.

Wissenschaftliche Forschung weist den Weg zu den angedeuteten Tatsachen. Hier besonders deutlich der Unterschied zur ersten industriellen Revolution! Damals setzte sich ein Werner Siemens gegen Zweifler aller Art durch; er allein mit schöpferischem Willen, aber geringen finanziellen Mitteln, schuf einen großen Teil des geistig-technischen Gebäudes der heutigen weltbedeutenden Elektrotechnik. So Otto und Diesel bei den Verbrennungsmotoren,

Liebig und Bunsen in der Welt der Chemie, Röntgen und Heinrich Hertz in der fortgeschrittenen Elektrotechnik. Der Genius einzelner, das Ingenium, der schöpferische Geist, auf den der Ingenieur so stolz ist, feierte Triumphe. Sind heute die gleichen Zweifler in der Wirtschaft oder im Staat mächtig, wie sie damals gegen Siemens standen — man lese nur die Reichstagsdebatten bei der Errichtung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt nach oder erinnere sich, daß nur 50 Teilnehmer sich zum ersten Berliner Telefonamt anmeldeten —, dann kann sich das Ingenium kaum noch durchsetzen. Die erforderlichen Voraussetzungen kann der noch so Schöpferische heute nicht selbst schaffen.

Unser Freund, Professor Walter Weizel aus Bonn, nennt folgende Zahlen: für die Wiederbeschaffung der Laboratoriumseinrichtungen von Faraday, mit denen er die Grundgesetze der Elektrizitätslehre entdeckte, wären 100 DM aufzuwenden, für den Neubau der Versuchsgeräte von Heinrich Hertz, die ihm die Erschließung der drahtlosen Wellen ermöglichten, 10 000 DM, ein physikalisches Laboratorium der 30er Jahre kostete 300 000 DM, heute aber ist ein physikalisches Universitätsinstitut unter einem Aufwand von 5 Millionen DM sinnlos, und ein Materialprüfreaktor, wie ihn die eine oder andere Technische Hochschule haben müßte, kostet 50 Millionen DM. Das Synchrophasotron, ein kernphysikalischer Teilchenbeschleuniger der Russen in der Nähe von Moskau, kostet eine halbe Milliarde DM; es dient nur der Grundlagenforschung.

Selbst wenn die notwendigen Mittel vorhanden sind, ist der einzelne hilflos, das Zusammenwirken von Forschungsgruppen, das Teamwork, ist notwendig. Die Vorbedingungen für wissenschaftliche Forschung haben sich gegenüber der früheren Zeit entscheidend verändert, die Aufgabe des Staates in der Hergabe von Forschungsmitteln ist gewaltig gewachsen. Mancher Finanzminister zögert, und der es tut, weiß nicht, daß kein Geld so profitbringend ist wie in der Forschung investiertes. (Lebhafter Beifall.) Der Amerikaner Ewell hat das wissenschaftlich untersucht und berichtet in der amerikanischen Zeitschrift „Chemistry and Engineering News“, daß die Profitrate aller Forschungsmittel von Staat und Industrie zusammengenommen in Amerika nicht 15, 20 oder 30 Prozent — wie man vielleicht meinen sollte —, sondern je Jahr 100 bis 200 Prozent beträgt. Die Forschungsaufwendungen von der Gründung der Vereinigten Staaten, von 1790 bis 1949 sind genauso groß wie von 1949 bis 1954 einschließlich.

Die industrielle Revolution schreitet mit Riesenschritten über die Erde. Die Weltbevölkerung, die sich in den Jahrtausenden der von uns zu übersehenden Geschichte nur sehr langsam in ihrer Zahl entwickelt hat, stieg in den letzten 100 Jahren von 800 Millionen auf 2,5 Milliarden, und sie wird nach sorgfältigen wissenschaftlichen Schätzungen in 150 Jahren 8 Milliarden Menschen umfassen, wobei dann immer noch 10 000 Quadratmeter bebaubaren Bodens auf jeden Einwohner dieser Erde entfallen. Wie klein ist dagegen die Zahl von 70 Millionen unseres Volkes!

Bei den industriell hochentwickelten Völkern wird der Lebensstandard weiter steigen. Die ständig höhere Anforderung an die Intelligenz aller Schaffenden führt zur Verbesserung des gesamten Ausbildungswesens. Solidarität der Schaffenden wird Ausbeutung verhindern; denken wir nur an den Erfolg der amerikanischen Gewerkschaften. Wenn kein Hitlergehirn einen sinnlosen

Krieg entfesselt, wird sich ein erheblicher Teil der Anstrengungen der bisherigen Industrienationen der Förderung der wirtschaftlich unterentwickelten Völker zuwenden. Das Gewicht ist auf das Wort „wirtschaftlich“ zu legen; wer dürfte es wagen, vom Kulturellen oder Sittlichen her gesehen einen Unterschied zwischen diesen Völkern alter Kulturen und uns hier im Westen zu machen (Beifall)! Sie werden aber aus ihrer Armut herausgerissen werden und ökonomisch, politisch und sozial gleichberechtigte Glieder in der Reihe der Nationen der Welt. Wahrhaft eine große Aufgabe für die technisch fortgeschrittenen Völker, den vorwärtstrebenden zu helfen, aber auch ein zunächst unerschöpfliches Wirkungsfeld für Exportindustrien in der Lieferung von Produktionsmitteln und Konsumgütern für den Aufbau der neuen Wirtschaftsgebiete draußen in Übersee.

Wehe aber der Nation unter den bisher führenden, die jetzt den technisch-wissenschaftlichen Anschluß verpaßt! Im Unterschied zur ersten industriellen Revolution können heute die politisch befreiten, bisher technisch unterentwickelten Völker Industrienationen werden. Durch Schulung, Universitäten, Forschung sind sie in der Lage, den Anschluß zu finden. Die geistige Leistungsfähigkeit ist überall vorhanden, es ist reiner Hochmut, etwas anderes anzunehmen (Beifall).

Umgekehrt können aber bisherige Industrievölker zurückfallen, wenn sie nicht alles daransetzen, im Rennen zu bleiben. Aufmerksame Beobachter können bei uns besorgniserregende Anzeichen in dieser Richtung feststellen. Solche Völker werden in Abhängigkeit zu denen geraten, die auf den neuen Gebieten die Führung übernommen haben, z. B. den Brennstoff Uran 235 in großen Mengen herstellen können. Ihr Lebensstandard wird zurückbleiben, ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kann bis zu einer neuen Art kolonialer Abhängigkeit gefährdet werden. Lassen Sie mich den wesentlichsten Grundzug der zweiten industriellen Revolution hervorheben: Sie wandelt die Gesellschaft; wir sind eingetreten in die Phase der tiefen Einflußnahme von Wissenschaft und Forschung über Industrie und Produktion auf die Lebensumstände der Menschen in der ganzen Welt, in die soziale Phase der industriellen Entwicklung.

Meine sehr verehrten Gäste, liebe Genossinnen und Genossen! Was soll uns ein solcher Aufriß der Vorgänge draußen in der Welt? Die deutsche Politik der herrschenden Schichten war in den letzten 50 Jahren nicht sehr geneigt, den Blick nach außen zu wenden. Zweimal brachten wir das Kunststück fertig, aus lauter Kurzsichtigkeit gegen die ganze Welt in die Schranken zu treten und bis zur restlosen Erschöpfung in den beiden Weltkriegen unsere Kraft aufzehren zu lassen. Der Mangel an Umsicht und Weitblick in unserer Politik der letzten 70 Jahre, stets so stark mit dem Gefühl der Überheblichkeit „Deutschland in der Welt voran!“ gepaart, hat nach dem letzten Krieg eine merkwürdige, von der früheren Art recht verschiedene, aber doch untergründig verwandte Ausprägung gefunden.

Planung wird dogmatisch abgelehnt, das Wort als geradezu staatsfeindlich verworfen. (Beifall.) Hat man je den Einsatz des Verstandes, ruhiger, weit-schauender Voraussicht angeprangert? Schlimmer: Der Begriff Planung wird demagogisch gleichgesetzt mit Staatsdirigismus und Sozialismus, letzterer als eine Art organisierten Diebstahls verlästert. Planung wird als der Ruf

nach Bewirtschaftung, nach dem Bezugschein- und Kartensystem gedeutet, ein Wahlkampf mit dem Plakat geführt: „Willst du das Bezugscheinamt, dann wähle eine Partei, die für Planung eintritt!“

Gehen wir einmal kritisch, aber unvoreingenommen den inneren Zusammenhängen nach, die zur Haltung einer bestimmten Art deutscher Wirtschaftspolitik geführt haben! Die sich überstürzenden Fortschritte der Technik, der Zwang, gleichen Schritt halten zu müssen, haben in der freien Welt zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Staat geführt, für die etwa die Arbeitsweise des britischen Ministry of Supply, eines Produktions- und Entwicklungsministeriums — begründet von Sir Stafford Cripps —, typisch ist. Ich lege hier einen Aufsatz eines mir gut bekannten hohen Beamten des dem Lordpräsidenten unterstehenden britischen Amtes für naturwissenschaftliche und industrielle Forschung, Dr. Alexander King, vor, über „Die Naturwissenschaften und der Wandel der Industrie“, mit dem Untertitel „Die soziale Phase“. Er ist erschienen in der Unesco-Zeitschrift „Einfluß der Naturwissenschaften auf die Gesellschaft“. So etwas gibt es in der Welt draußen!

Wehe dem bundesrepublikanischen Ministerialangehörigen, der Ausführungen wie dieser leitende Mitarbeiter der britischen konservativen Regierung machen würde über die Notwendigkeit von Operational research, Planungsforschung durch den Staat, von staatlichem Einfluß auf Rationalisierung oder Forschung!

Die von mir ins Auge gefaßte Arbeitsmethode in den Vereinigten Staaten und in England nahm ihren Ausgang im zweiten Weltkrieg. Kriegsproduktion, technische Kriegsentwicklung, das Heranziehen aller Mittel der Nationalwirtschaft, mußten sorgfältigst geplant werden. Die ungewöhnlich erfolgreichen Methoden der Heranziehung von Wissenschaftlern aller Art — gerade auch für die Planung —, die Durchführung sozusagen von Planungs-„Kriegsspielen“ für alle nur möglichen Aufgaben unter den verschiedensten Voraussetzungen wurden auf die Friedensaufgaben übertragen, natürlich aber geändert, mit viel mehr Spielraum für die freie Initiative der Industrie. Aber die Diskussion auf hohem Niveau und die Planungsarbeit auf weite Sicht hinaus blieben. Ich kenne einige von den besten Kräften Englands und bewundere sie, deren geistige Arbeit 20 Jahre vorausplant — kein weiter Zeitraum, wenn man an die Vorbereitung von Kernkraftwerken für 200 Megawatt denkt —, oder an Flugzeugentwicklungen, die allein bis zum Produktionsbeginn 8 bis 10 Jahre dauern.

Die Vereinigten Staaten haben eine besonders bewundernswerte Symbiose zwischen straffer staatlicher Planung und Privatwirtschaft gefunden; dies geschieht undoktrinär, die junge Generation lebt ohne weltanschauliche Schwierigkeiten in dieser durch Ratio und Zusammenarbeit bestimmten Welt.

Wie anders als in den Demokratien war im Krieg die Lage in Deutschland! Man war abhängig von den sogenannten „genialen Entscheidungen des Führers“, neben allem Dilettantismus im Strategischen besonders häufig auch ein Verkennen der technischen Situation. Am Schluß des Krieges herrschte in der obersten Führung, besonders gefördert durch die SS, vielfach geradezu technischer Aberglaube.

Und nun die merkwürdige Entwicklung nach Kriegsende in Deutschland: Da hieß es nicht, Hitler hat die Möglichkeiten der Technik schlecht begriffen, Planung und Koordinierung waren unter jeder Kritik, das muß jetzt im Frieden für die Aufgaben des Wiederaufbaus unter demokratischen Umständen aber wesentlich besser gemacht werden, sondern es hieß, die Technik und die Naturwissenschaften haben sich dem Diktator zur Verfügung gestellt, wir müssen uns von diesen materialistischen Dingen abwenden und echte kulturpolitische Aufgaben anstreben. So wurde zum Beispiel die Schulgesetzgebung mannigfach variiert. Die verheerenden Folgen der Zurückdrängung der Naturwissenschaften und der Mathematik und die Bevorzugung des Lateins schon durch Hitlers Erziehungsminister Rust wurden fortgesetzt. Es soll sogar Gebiete in Deutschland geben, wo in 90% der Oberprimen der höheren Schulen kein Mathematikunterricht mehr erteilt wird. Das beklagenswerte Niveau unserer Volksschulen im Vergleich zu manchen anderen Ländern draußen und die schlechte Bezahlung der Lehrer will ich hier nur streifen (Beifall). Planung war jedenfalls nach Kriegsende des Teufels, und das im gleichen Augenblick, als die übrige Welt die neuen, dort teilweise im Krieg entwickelten Planungsmethoden auf den friedlichen Aufbau übertrug.

Die Gründe für diese Entwicklung in Deutschland liegen offen. Die Alliierten lebten teilweise in gewissen Vorstellungen, die wir, ob mit Recht oder Unrecht unter dem Begriff „Morgenthau-Plan“ registrierten. Sie freuten sich, wenn sie als deutsche Partner Wirtschaftspolitiker fanden, die auf das ehrlichste überzeugte Gegnerschaft von wirtschaftlicher Planung beteuerten. Planung hätte den Wiederaufbau beschleunigt. Außerdem mußte die Überführung von Grundstoffindustrien in Gemeineigentum verhindert werden; denn sie hätte damals den weitaus besten Wirkungsgrad für die Ruhrindustrie durch großräumige Zusammenfassung ermöglicht. Das Tempo sollte aber doch verlangsamter, der Wirkungsgrad geschwächt werden. Ergebnis: Entflechtung als optisch demokratisches, Demontage als zusätzlich brutales Mittel. Denken wir hier nur an den Mut, mit dem Kurt Schumacher und Eric Nölting gegen die Demontage kämpften! (Beifall.)

In Deutschland entstand — halb zog es ihn, halb sank er hin — eine unwirkliche, in der übrigen Welt nicht anzutreffende Atmosphäre einer „Antiplanungsstimmung“. Die Unwirklichkeit wurde durch die Verbote auf den die höchsten Anforderungen stellenden Industrie- und Forschungsgebieten gesteigert: Flugzeugbau, Gasturbinen, Radar, Atomtechnik. Da wäre man nicht ohne Planung ausgekommen. Alles in allem ein erstaunlicher Unterschied des Vorgehens in Deutschland im Vergleich zum Bild der zweiten industriellen Revolution im Ausland, ja sogar in manchem zur ersten industriellen Revolution. Damals war die Wirtschaft nach vorn strebend, nicht konservativ, zwar sozial verschlossen, aber begierig, die Neuerungen des Auslands, insbesondere Englands, aufzunehmen. Heute hat die offizielle Wirtschaftspolitik — abgekapselt von den modernen Erfahrungen und den neuen Methoden Amerikas und Englands — einen wesentlichen Grundnenner: Restauration, denselben Grundnenner, der die ganze offizielle Politik in Bonn durchzieht. (Lebhafter Beifall.)

Dazu kommt Unkenntnis über die großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wie wäre es sonst möglich, Indiens vor kurzem geäußertes Bitte um Ausbildung von 5000 jungen Indern in Deutschland größte Hilflosigkeit ent-

gegenzusetzen? Wenn es hoch kommt, werden es in der Bundesrepublik vielleicht 500 statt der erbetenen 5000 sein, falls sich nicht in den Ländern Aufgeschlossenheit zeigt. Die Menschen, die sich selbstlos des Kontaktes mit Indien annehmen, haben praktisch keinerlei Unterstützung, während die Ostzone 2000 und andere Oststaaten Tausende junger Inder aufnehmen wollen, Rußland schon 5000 abgerufen hat. Dabei braucht man nur daran zu denken, daß 1,5 Millionen indischer Dörfer ohne elektrischen Strom sind. Bei uns also: Restauration, Einsichtslosigkeit, auf wichtigen Gebieten Hilflosigkeit!

Nun aber das deutsche Wirtschaftswunder! Ist es nicht sehr undankbar, die großen Leistungen derjenigen Politiker nicht anzuerkennen, die sich das Verdienst daran ganz allein zuschreiben? (Heiterkeit.) Das deutsche Wirtschaftswunder ist das Wunder des Fleißes der Schaffenden aller Stände! (Lebhafter Beifall.) Sie haben mit größter Anstrengung und vor der Währungsreform zu Hungerlöhnen darnach gestrebt, für uns alle eine neue Existenz zu schaffen (Beifall). Mag das Entfesseln teilweise rücksichtsloser Initiative des einzelnen seine Vorteile gehabt haben, mag es zu spät sein, nachzuweisen, in welchem Maße durch Planung und Koordinierung der Effekt besser geworden wäre — erste Wirtschaftssachverständige, vor allem von der anderen Seite, sind der Ansicht, es wäre wesentlich besser geworden und erhebliche Fehlinvestitionen hätten vermieden werden können —, eindeutig ist jedenfalls, daß wir den Kontakt mit den modernen Methoden volkswirtschaftlicher Zusammenarbeit, wie sie in den fortgeschrittensten Staaten für die zweite industrielle Revolution kennzeichnend sind, nicht besitzen.

Das wird einem unheimlich klar, wenn man von hervorragenden deutschen Nationalökonomern hört, wie höhnisch über solche wichtigen amerikanischen Erkenntnisse wie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, über die wegweisenden Arbeiten Leontiefs, über die Anwendung mathematischer Arbeitsmethoden auf volkswirtschaftliche Probleme und eben „operational research“, an den hohen Stellen deutscher Wirtschaftspolitik gedacht wird.

In der Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung gab vor einiger Zeit Professor Hoffmann von der Sozialforschungsstelle Dortmund in einer klarblickenden Analyse der amerikanischen Wirtschaftspolitik ein Bild von deren modernen Zielen und Instrumenten. Ein besonders wichtiger Gesichtspunkt ist das Streben nach stärkster Koordinierung der Regierungsstellen untereinander. In dieser Richtung wirkt ein offizieller „Beratungsausschuß für wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und Stabilität“, dessen Hauptaufgabe Präventivmaßnahmen zur Vermeidung von Stockungen in der wirtschaftlichen Expansion sind.

Solche Stockungen kann man voraus erkennen durch strenge ökonomische Durchrechnung der Wirtschaft bei verschiedenen Konstellationen. Die Bewegungen des Volkseinkommens werden durch modelltheoretische Berechnungen in Form des sogenannten Nationalbudgets im Zeitablauf verfolgt. Diese Aussage über die Einkommensströme ergänzt die „Input — output-Analyse“ durch die Analyse der Güterströme.

Mit Hilfe einer Matrix, einer Rechenoperation bestimmter Art, gibt Leontief das Bild der gesamten Wirtschaft wieder. Eine einfache Matrix mit 10 000 Zahlen, die die Arbeit von 20 ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftlern erfordert, gibt ein grobes Bild. Die einzelheitenreichste Matrix, die angesetzt wer-

den kann, hat 200 000 Zahlen. Ihr Ergebnis formuliert Leontief so: „Die Wirtschaft der USA arbeitet wie eine große Rechenmaschine, indem sie ständig Probleme löst, die sie sich selbst stellt; bei den üblichen Genauigkeitsansprüchen erweisen sich die erhaltenen Lösungen als ziemlich stabil.“ Die Input — output-Analyse gestattet die Aufstellung eines Systems linearer Differentialgleichungen für das dynamische Verhalten der Wirtschaft. Hinter diesen Koordinierungsbestrebungen der planenden Vorausschau, schreibt Hoffmann, „steht das Bewußtsein von der Gestaltungsfähigkeit gesellschaftlicher Vorgänge, ebenso wie man die Naturkräfte weitgehend glaubt bändigen zu können“.

Wie ist nun unsere deutsche Lage im Vergleich zur Welt? Die Königsallee in Düsseldorf als Maßstab genommen, sehr gut. Die nüchternen Zahlen sagen: Eisen- und Stahlerzeugung 1955 bei uns 129% von 1938, England 201%, die USA 402%; Investitionsgüterindustrie 1955 bei uns 203% von 1938, England 226%, die USA 512%; chemische Industrie 1955 bei uns 210% von 1938, England 325%, die USA 394%.

Wir sind mitten im deutschen Wunder eine erhebliche Strecke Weges hinter den anderen zurückgeblieben. Und da bricht nun plötzlich auf uns herein, uns aus dem Blickfeld entschwinden, die Notwendigkeit, den Anschluß zu finden auf den 10 Jahre lang ausgeklammerten Gebieten der Atomtechnik, des Radars, des Flugzeugbaus und der inzwischen draußen emporschießenden Automatisierung.

Nur ein Wort zum Flugzeugbau! Die Technik ziviler Flugzeuge treibt ganze, wichtige Industriezweige voran, z. B. durch ihre Anforderungen an die Leichtmetalle und den Leichtbau — beim Wiederaufbau der Rheinbrücken wurde durch Heranziehung von Flugzeugstatikern nur die Hälfte des Stahls wie beim ersten Bau dieser Brücken gebraucht — oder durch die neuen Konstruktionsmaterialien wie Glasgespinste für Zellenteile oder hochwarmfeste Stoffe für die Antriebe. Die gerade erst hochmoderne Gasturbine, die sich anschickt, sogar in das Auto einzudringen, wird möglicherweise für Flugzeuge abgelöst durch die viel einfachere Staustrahldüse. Das Atomtriebwerk für Flugzeuge steht vor der Tür. Der Senkrechtstart beginnt. Der Luftfrachtverkehr tritt dem Personenverkehr an Bedeutung zur Seite. Industriegüter werden künftig ohne Umladung in Häfen direkt hineingeflogen werden von den Erzeugungstätten in der ganzen Welt in die Zentren Afrikas, Indiens, Südamerikas oder Chinas. Der Flugzeugbau tritt an Schwergewicht neben den Schiffbau. Er löst seine Verbindung zum Militärischen, das auf ganz andere Ziele, die unbemannte Rakete, zusteuert. Ein Beispiel der letzten Tage: Die wunderschöne französische Caravelle ist ein reines Zivilflugzeug, ein Beispiel für die Richtung in der heutigen Technik! Auch Radar hat sich vom ursprünglich rein Militärischen gelöst. Die bei Nacht und Nebel rundum und mit großer Genauigkeit arbeitenden Radaraugen sichern Menschenleben zur See und in der Luft. Neue Welten werden dem Blick des Menschen durch die Radar-Astronomie erschlossen, mit ihrer Hilfe kopernikanische Entdeckungen über die Struktur unserer Milchstraße, eines der hundert Milliarden Spiralnebel des Weltalls, möglich.

Plötzlich inmitten der neuen Anforderungen auf den bisher verbotenen Gebieten und dem Zwang, in den in der Nachkriegszeit nicht oder weniger behinderten Zweigen der Produktion nicht in den Zuwachsraten zu weit zurück-

zubleiben, das Stoppsignal: Wir haben keine Arbeitskräfte frei, Techniker fehlen, Nachwuchs fehlt. Gleichzeitig soll eiligst eine Wehrmacht von 500 000 Mann, die viele Fachkräfte und Techniker braucht, aufgebaut werden.

Wir wollen in ernster Stunde keine billige Polemik üben. „Die Welt“, eine Zeitung, die bestimmt nicht unsere Politik vertritt, schreibt im Leitartikel der Nr. 108:

„Unsicher und schwankend treibt das Schiff unserer Wirtschaftspolitik dahin, wir haben keinen Kurs, keine Konzeption. Das Wirtschaftsministerium, das gegenwärtig in seiner Führung dezimiert ist, lebt nur noch von den genialen Improvisationen seines Chefs.“

(Heiterkeit und Beifall.)

So beurteilt eines der wichtigsten deutschen Blätter unsere Lage zu einem entscheidenden Zeitpunkt der zweiten industriellen Revolution. Das Rad der Geschichte ist schon oft über Nationen, die zurücksanken, hinweggegangen, sie haben es meist erst sehr spät — zu spät — bemerkt.

Genossinnen und Genossen! Kann einiges geschehen, um wenigstens den Anfang zu machen mit dem Versuch, den verlorengegangenen Anschluß wiederzufinden? Ich möchte mich auf die vorhin herausgehobenen besonderen Blickpunkte der großen Umwälzung beschränken und keine allgemeinen Ausführungen zur Wirtschafts- oder etwa die mit ihr im Zusammenhang stehenden Aspekte der Wehrpolitik machen.

Werden wir in dem Land Albert Einsteins und Otto Hahns künftig auf dem Gebiet der Atomwissenschaft und -technik noch mithalten können? Einer der größten deutschen Wissenschaftler dieses Jahrhunderts sagte mir kürzlich: Seien Sie nicht optimistisch, wir werden es nicht mehr schaffen. Sie können das heute in der Münchner Tagespresse über die gestrigen Verhandlungen des Bayerischen Landtags nachlesen; dasselbe Wort ist auch gestern gefallen. Der große deutsche Wissenschaftler hatte sich fünf Jahre lang mit seinen Warnungen wundgestoßen. Deutschland bemüht sich jetzt um Anfänge auf dem Atomgebiet, nachdem Jahre unnütz versäumt wurden, da die Verbote keineswegs die Ausbildung von Kernphysikern und Ingenieuren untersagten oder die Errichtung von Zyklotronen oder ähnlichen mittleren und größeren Versuchseinrichtungen. Nur Atommeiler waren verboten.

Die benötigten Mittel sind groß, und Koordinierung ist erforderlich, um überall rechtzeitig zu wirken: in den Kultusministerien bei der Errichtung neuer Lehrstühle und Assistentenstellen, in den Wirtschaftsministerien der Länder und dem Atomministerium in der Errichtung der erforderlichen Institute im Zusammenwirken mit den Hochschulen und der Max-Planck-Gesellschaft, in der Industrie beim Beginn von Entwicklungen und in den Ausbildungsstätten aller Art beim Nachholen in der Heranbildung des fast völlig fehlenden Nachwuchses.

Der Atomplan der SPD schlägt vor, eine unabhängige „Deutsche Atomkommission“ zu bilden, die von jeder Bindung an Staatsorgane frei (Beifall), sowohl aus eigenem Ermessen als auch ebenso auf Anforderung von Parlamenten und Regierungen der Länder und des Bundes, die erforderlichen Ziele und Wege für Deutschland auf diesem Gebiet aufzuzeigen hat. Die Mitglieder sollen auf eigenen Wunsch im In- und Ausland durch Augenschein sich ein-

Bild von der Lage machen können und, soweit sie nicht Beamte sind, durch einen Ehrensold in die Lage versetzt werden, die notwendige Zeit für diese so wichtige Aufgabe aufwenden zu können. Man kann von einem Wissenschaftler unmöglich verlangen, daß er ohne Vergütung einen erheblichen Teil seiner Arbeitskraft — und das ist hier notwendig — zur Verfügung stellt. (Lebhafter Beifall.) Der Atomplan der Partei, von ihrem Atomausschuß ausgearbeitet und dem Parteitag vorgelegt, umreißt in Kürze unsere Ziele auf dem gesamten Atomgebiet. Hoffen wir, daß jener große Gelehrte nicht recht hat; seien wir uns der überragenden Größe der Aufgabe, auf dem Felde der Atomwissenschaften wieder gleichzuziehen, und der finanziellen Opfer, die das verlangt, bewußt!

Ich möchte nur eine spezielle Sorge anklingen lassen aus dem weiten Feld der Probleme: Eine gute Aufbauleistung nach dem Kriege ist der Seeschiffbau auf den deutschen Werften der Küstenländer. Was wird in wenigen, vielleicht in zehn Jahren aus diesen Werften, wenn wir keine Schiffe mit Atomtrieb bauen können? Was wird aus unseren Maschinenfabriken, wenn wir nicht Kleinkraftwerke als Dieselmotorenersatz liefern können, wie etwa eine Flugzeugfirma in Amerika, mit der ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des technischen Ausschusses der Deutschen Lufthansa befreundet bin. Die Firma Glenn L. Martin hat vor vier Wochen in einer Pressekonferenz sieben Kisten vorgeführt, Kisten aus Aluminium, deren größte die Abmessungen $2,7 \times 2,7 \times 7$ m hat. Die Kisten sind durch Flugzeuge oder durch Lastkraftwagen zu transportieren. Die Kisten werden in der Arktis ins Eis eingegraben, einen halben Meter Eis darüber, oder sie werden im Urwald, z. B. am Ufer des Amazonasstroms, in den Kies eingegraben, einen halben Meter Kies darüber, am Ende kommt ein Kabel heraus. Diese sieben Kisten sind ein $1\frac{1}{2}$ Jahre lang unbedient und ungewartet laufendes, 10 000 Kilowatt lieferndes, das heißt für eine Stadt von 10 000 Einwohnern ausreichendes Atomkraftwerk. Was kostet es? Die ungewöhnlich geringe Summe von 1 Million Dollar.

Wie stehen wir zur Automatisierung? Die großen neuen Möglichkeiten der Steigerung der Wirtschaftskraft — Atomenergie und Automatisierung — dürfen nicht den Monopolinteressen einzelner zugute kommen. (Sehr richtig! — Lebhafter Beifall.) Die Kernbrennstoffe müssen wie in England und Amerika in der Hand des Staates bleiben. (Lebhafter Beifall.) Die zwangsläufigen Umsetzungen von Arbeitskräften bei Rationalisierungsmaßnahmen, wie der Automatisierung, müssen sorgfältig geplant werden; Vorteil hier, darf nicht Bürde, Aus-der-Bahn-geworfen-sein dort zur Folge haben. Alle, auch die in abhängiger Stellung Arbeitenden, müssen gerechten Anteil an der zu erwartenden Erhöhung des wirtschaftlichen Wirkungsgrades haben. Die Arbeitszeitverkürzung wird hier eine echte Ausgangsmöglichkeit finden. Bestehen bei uns gute Voraussetzungen zum Bau automatisierter Fabriken? Vom Können der Techniker her, ja, sonst nein. Die automatisierte Fabrik verlangt Breitenarbeit der Rationalisierung, insbesondere Normung und Typisierung, die große Serie ist ihr Feld. Unser Typenwirrwarr ist erstaunlich. 80 Prozent aller Automobile der westlichen Welt werden in den USA gebaut, und zwar in nur 20 Typen, die restlichen 20 Prozent der Automobile werden in europäischen Ländern hergestellt in weit über 100 Typen. Professor Beste (Köln) wies nach, daß bei uns 3000 verschiedene Taschen- und Armbanduhren, 6000 verschiedene Schaufeln, 130 verschiedene Waschmaschinen produziert

werden. In der Autobranche gibt es 36 000 verschiedene Kolbenringe, 100 Typen von Scheibenwischern, einige hundert Fahrtrichtungsanzeiger, Blinker und Winker. Ein Betrieb bietet allein 200 Typen von Tachometern an, eine Reifenfabrik stellt mehr als 500 Typen von Reifen für Personenkraftwagen her.

Die Normen, früher einmal verbindlich, sind nur Empfehlungen und werden teilweise wenig beachtet. Eine entschiedene Hinwendung zu Normung und Typisierung könnte große Reserven der Wirtschaftskraft erschließen, böte gleichzeitig erst die Voraussetzung zur Automatisierung; ohne planvolles Zusammenarbeiten geht das allerdings nicht.

Erstaunliche Reserven würden sich durch Betriebsvergleiche erschließen lassen. Das auf meinen Vorschlag hin gegründete Forschungsinstitut für Rationalisierung an der Technischen Hochschule Aachen hat nachgewiesen, daß bei Anwendung der besten Produktionsmethoden, die wissenschaftlich durch Arbeitszeit- und Kostenvergleich in einer größeren Anzahl von Werken ermittelt wurden, in der Gesenkerherstellung der Gesenkschmiedeindustrie 60 Prozent der Kosten und der Arbeitszeit einzusparen sind; daß nicht an einzelnen Stellen, sondern insgesamt 60 Prozent gespart werden können. 26 Firmen haben sich an diesem Methodenaustausch mit größtem Erfolg beteiligt. In der Zahnradindustrie, einer kapitalintensiven Industrie im Gegensatz zu der eben erwähnten lohnintensiven, bei 20 Firmen das gleiche Bild: bis zu 40 Prozent Unterschiede in den Herstellungskosten vergleichbarer Produkte; Ersparnisse von 40 bis 50 Prozent im Durchschnitt sind möglich. Die Gründe liegen in der nicht ausreichend wissenschaftlich fundierten Arbeitsmethodik der Werke. Hier liegen Möglichkeiten zur Rettung zahlreicher mittlerer Fabriken, häufig ohne kostspielige Neuinvestierungen, zur Hebung des Standards der Mittelindustrie — übrigens ein echtes Anliegen unserer Mitgliedschaft, entgegen den törichten Unwahrheiten unseres angeblichen Verstaatlichungsdranges. (Lebhafter Beifall.) Die Industrie hat vollste Zustimmung zu den Arbeiten des Instituts geäußert und offenen Erfahrungsaustausch nach Vorliegen der zunächst verschlüsselten Ergebnisse unter den einzelnen Firmen herbeigeführt. Sie haben einfach gesagt: Wir lassen die Geheimhaltung fallen und tauschen jetzt wirklich mal alle Erfahrungen untereinander aus. Die Bundesregierung hat trotz der Bitte des Regierungschefs Nordrhein-Westfalens vor einem Jahr keinen Pfennig für den Aufbau dieses einzigen europäischen Instituts für die Forschung auf dem Gebiet der Rationalisierung beigesteuert (Hört!).

Unsere Forderung muß sein: Rationalisierung wesentlich systematischer vorantreiben, steuerliche Förderung von Normung und Typisierung, Prüfung der Möglichkeit der Verbindlichkeitserklärung von Normen, breite Aufklärung über wissenschaftlich fundierte Produktionsmethoden. Wäre nicht eine der wichtigsten Hauptabteilungen im Bundeswirtschaftsministerium eine solche für Rationalisierung? Gibt es sie? Nein!

Die Atomforschung soll erheblich verbreitert werden. Eine echte Gefahr, dies einseitig zu tun. Alle Forschungsgebiete der Naturwissenschaften und Technik, der Medizin, der Gesellschaftswissenschaften müssen gleichzeitig gefördert werden; dann erst enthüllt sich der Segen wissenschaftlicher Arbeit. An vielen Stellen der Welt ist man sich bewußt, daß man Provinzen

des Geistes erschließen kann, und daß dies wesentlich besser ist, als Provinzen des Nachbarn erobern zu wollen (lebhafter Beifall). Die Alldutschen oder Hitler hatten andere Vorstellungen. Hören wir nicht noch den Ruf von der Ukraine als deutschem Lebensraum? Was die zu erobernden Provinzen des Geistes anbelangt, so sind die Rufe in Deutschland wesentlich leiser.

Die Förderung der Forschung in Deutschland ist unzureichend, freundliche Verbeugungen bei Jahresveranstaltungen, Mäzenatentum mit kleinen Summen tun es nicht. Die Aufwendungen der anderen Völker sind ein Vielfaches, denken wir an die Zahl 360 Millionen DM für Atomforschung in England. Für die Forschung auf dem Gebiet der Kernverschmelzung sollen die Forschungsaufwendungen in den Vereinigten Staaten genau so groß sein wie auf dem gesamten übrigen Atomgebiet; allein für den Zusammenklang zwischen Atomforschung und Biologie stellt Amerika 200 Millionen DM jährlich zur Verfügung. Ich führte schon aus, ein einziges kernphysikalisches Gerät, herausgegriffen aus der gewaltigen Breitenarbeit Rußlands auf dem Atomgebiet, kostet eine halbe Milliarde DM. Die Professoren Bagge und Gentner, die mit hundert westlichen Kernphysikern vor wenigen Wochen in Moskau waren, schildern eindrucksvoll die dortigen Anstrengungen; jährlich bildet man dort 2000 Kernphysiker aus, bei uns vielleicht 25.

Der Ansatz für Forschungsmittel zur Durchführung von konkreten Forschungsaufgaben im Bundeswirtschaftsministerium betrug in diesem Jahr 2,5 Millionen DM. Der Ansatz für die ganze Atomforschung übrigens betrug in dem gedruckten Haushalt, den unsere Bundestagsabgeordneten bekommen haben, auch 2,5 Millionen DM. Aber diese 2,5 Millionen DM wurden herausgenommen und auf 40 Millionen DM erhöht. Die anderen 2,5 Millionen DM sind in diesem kleinen Betrag stehengelassen worden. Welch unverständliche, unwahrscheinlich lebensfremde Entscheidung des Bundestages! Der Antrag der SPD-Fraktion, diese 2,5 Millionen DM der traurig geringen Forschungsmittel für die gesamte Forschung außerhalb der Atomforschung auf 50 Millionen DM zu erhöhen, der sich mit dem sorgfältig fundierten Antrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft deckt, wurde abgelehnt. Warum, das zeigt eine wahre Begebenheit aus dem erwähnten Ministerium:

Als ein mir bekannter Oberregierungsrat vor einigen Jahren, als der Ansatz für die Forschungsmittel dieses Ministeriums für die ganze Breite der Forschung 1 Million DM betrug, eine Erhöhung auf 10 Millionen DM, auch im Hinblick auf die Anstrengungen Nordrhein-Westfalens in dieser Hinsicht, beantragte, wurde ihm von höheren Vorgesetzten eröffnet: „Sie verkennen den Geist des Hauses.“ (Heiterkeit und Beifall.) Der gute Kollege hat kürzlich in einer Versammlung in Dortmund, die ich abhielt und bei der er anwesend war, die Freundlichkeit gehabt, mir vor allen zu sagen: Jawohl, so war's, mir ist das passiert. — Jetzt geht's aber weiter: „Zurverfügungstellung von Forschungsmitteln ist Staatsdirigismus, forschen soll die Industrie. Sie werden verwarnt, die Null wird gestrichen, seien Sie froh, daß wir die Eins nicht streichen!“ (Heiterkeit). Das Ergebnis dieser Einstellung im Wirtschaftsministerium war übrigens die Schaffung eines besonderen Atomministeriums. Müssen auch ein Forschungsministerium und ein Produktionsministerium vom Bundeswirtschaftsministerium abgespalten werden?

Auf jeden Fall brauchen wir schleunigst einen Forschungsausschuß des Deutschen Bundestages, der den großen Entwicklungslinien und der Situation in

der Welt durch Anhören von Sachverständigen nachspüren muß; das britische Parlament hat beste Erfahrungen mit seinem Forschungskomitee, dessen Mitglieder — unter Leitung unseres Freundes Albu — kürzlich Deutschland besuchten, gemacht.

Müßten wir nicht auch einen unabhängigen „Deutschen Forschungsrat“, genau wie eine unabhängige Atomkommission, durch Gesetz begründen, der unaufgefordert ebenso wie auf Wunsch der deutschen Parlamente und Regierungen alle Forschungsnotwendigkeiten, auch im Vergleich zum Ausland, aufzeigen sollte? Ausreichende Etatmittel für seine Studien und ausreichende Ehrenvergütung für die Mitglieder wären erforderlich. Der Forschungsrat würde keine Konkurrenz zur deutschen Forschungsgemeinschaft sein, die ja auch umfangreiche Verwaltungsgeschäfte: Mittelverteilung, Institutsgründungen, Dokumentation und ähnliches, durchzuführen hat, er müßte mit ihr engstens zusammenarbeiten.

Bei aller nachzuholenden Förderung von naturwissenschaftlich-technischer Forschung dürfen wir die Geisteswissenschaften nicht vergessen. Die Universitas sollte eine Einheit sein, das ist schon schwer genug. Wie sieht das Bild aus, wenn der naturwissenschaftliche Forscher Mittel erhält, sein Kollege für wichtigste, ihm am Herzen liegende Forschungsaufgaben der Geschichtsforschung, der Soziologie, des Rechtswesens, der Kunstforschung leer ausgeht? Unmöglich!

Die Forschung muß frei sein. Der Staat muß kostspielige Institute errichten, sehr viel höhere Forschungsmittel als früher zur Verfügung stellen, aber der Forscher selbst muß frei sein, frei publizieren können. Der Staat darf sich nicht zum Dirigenten, auch nicht zum Teilhaber des Forschers machen, ihm muß genügen, daß alle Forschung zusammengenommen der ganzen Volkswirtschaft zugute kommt. (Beifall.) Ist das Theorie oder praktisch möglich? Parlament und Regierung in Düsseldorf haben seit sieben Jahren 1200 Forschungsaufgaben ohne Staatsdirigismus gefördert, 25 neue Institute zusätzlich zum Wiederaufbau der Hochschulen errichtet. Ergebnisse sind u. a. erste Lungendurchleuchtung ohne Röntgenstrahlen — mit Röntgenstrahlen ist es bei bestimmten Untersuchungen eine furchtbare Qual — mit Xenonisotopen, neue Werkzeugmaschinen als Ersatz spanabhebender, Mitwirkung an Zieglers Erfolg, Ausgangsmaterial für Kunststoffe statt bei 1000 Atmosphären bei normalem Druck herzustellen, Errichtung eines größeren Zyklotrons, Wiederaufbau von Luftfahrt- und Radarforschung — größtes radarastronomisches Gerät wird am 17. September durch Ministerpräsident Steinhoff eingeweiht — Mitwirkung an der Errichtung zahlreicher Gemeinschaftsforschungsinstitute der mittleren Industrie, Silikoseforschung gegen den Silikose Tod von 1000 Bergleuten jährlich, Forschung auf dem Felde der Arbeitsphysiologie, neue wesentliche Erkenntnisse zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft bei gleicher Produktionsleistung. Staat und Forschung ohne Dirigismus braucht keine Theorie zu sein.

Aber auch die Industrieforschung ist zu fördern, Gemeinschaftsforschungsinstitute der mittleren und kleineren Industrien sind zu unterstützen. Die Forschungsabteilungen der großen Werke sollten steuerlich begünstigt werden. Bei aller großen Bedeutung kann die Industrieforschung es allerdings allein nicht. Die Gedankenverbindung zum wirtschaftlichen Erfolg ist nicht die aus-

schließliche Triebfeder des Geistes; deshalb neben ihr stärkster Ausbau der freien Forschung an freien Forschungsstätten.

Wo kommen die Menschen her, die in all den Laboratorien tätig sein werden, wenn wir uns den Ruck geben, den wir erstreben, unsere Zukunft entscheidend auf Forschung, geistige Arbeit und Planung auszubauen, um nicht völlig gegen andere Nationen, insbesondere den Osten, zurückzufallen, der nach englischen Quellen schon heute 15 Prozent der wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Welt, in zehn Jahren wahrscheinlich 40 Prozent ediert.

Einige sehr kennzeichnende Zahlen: England, in der Gefahr, gegen Rußland zurückzubleiben, beschloß dieses Jahr, für eine dreijährige Periode für Neubauten für den technischen Studienbetrieb, also nicht für Forschungsinstitute, für drei Jahre zusammengekommen 1,2 Milliarden DM aufzuwenden. Es beschloß weiter, obwohl die Stipendien in England bereits sehr hoch waren, jährlich noch einmal 133 Millionen DM für Stipendien zur Verfügung zu stellen.

Die russische Ausbildung der Armee der technischen Talente wurde durch einen zum Unterrichtsminister ernannten General S. A. Boubnow organisiert. Das Ergebnis: Rußland bildete 1950 28 000 Universitätsingenieure, also Diplomingenieure und Diplomphysiker aus, augenblicklich bildet es jährlich 60 000 Universitäts- und 70 000 Fachingenieure aus, 1960 200 000. Die für uns wichtige Zahl ist die der Universitätsingenieure; sie ist in Rußland in fünf Jahren von 28 000 auf 60 000 hinaufgegangen.

Die Vereinigten Staaten hatten 1950 eine Zahl von 50 000 Universitätsingenieuren. In den Vereinigten Staaten wird aber nur für 12 Prozent der höheren Schüler Mathematik-Fachunterricht erteilt. Das Physik- und das Ingenieurstudium sind sehr hart und sehr schwer. Das Ergebnis ist: Die Zahl der Universitätsingenieure in den Vereinigten Staaten ist im gleichen Zeitraum, wo sie in Rußland von 28 000 auf 60 000 stieg, von 50 000 auf 22 000 zurückgegangen. Sie können jetzt in den Zeitungen Annoncen lesen: Junger Amerikaner, studiere Mathematik, dein Volk braucht dich. Reinhold Schairer, in der Weimarer Republik Begründer des Deutschen Studentenwerks und dessen Leiter von 1919 bis 1933, jetzt in London, veröffentlichte vor sechs Wochen sein dramatisches Büchlein „Technische Talente“ mit diesen und ähnlichen aufsehenerregenden furchtbaren Zahlen. Ich nenne das kleine Büchlein immer: „Wem die Stunde schlägt.“

Trotzdem — die Menschen, die wir jetzt brauchen, wären in Deutschland da. Die Zahl der Weißbekittelten wird im gleichen Maße zunehmen, wie die der Männer in blauen Arbeitsanzügen abnimmt. Die Intelligenz der Angehörigen unseres Volkes reicht völlig aus. Was nötig ist: Ausbildung, nochmals Ausbildung, Reform des Schulwesens von unten bis oben. Hilfe für den Nachwuchs, Heranziehen auch des letzten begabten jungen Menschen aus den minderbemittelten Schichten. (Lebhafter Beifall.) Ohne die zusätzlichen 133 Millionen DM erhielten bisher 70 Prozent der englischen Studenten Stipendien, in den Vereinigten Staaten und in Rußland kann jeder studieren.

Sehen Sie sich gegenüber den Anstrengungen anderer Völker für ihren Nachwuchs einmal die Not, Überbürdung und nutzlose Werkstudentenarbeit in deutschen Universitäten an! (Beifall.) Ich habe bei dem eben genannten Professor Weitzel zwei Söhne im Studium; ich bin also mit den Studenten, denen es teilweise wirklich sehr schlecht geht, in ständigem Kontakt.

In Frankfurt hat man festgestellt: Ein Drittel der Studierenden wurde von den Eltern unterstützt. Weitere 26 Prozent erhielten eine teilweise Unterstützung von den Eltern. Ein volles Fünftel der Studentenschaft war dagegen ausschließlich auf eigenen Erwerb angewiesen, um das Studium zu finanzieren. 25 Prozent der Studenten standen während des Semesters in laufender Arbeit, davon arbeitete der dritte Teil im Semester über 45 Wochenstunden. Woher sollten diese überanstrengten jungen Menschen noch die Kraft zum Studium haben?

Das Problem ist so ernst und gleichzeitig traurig wie kaum eines in Deutschland.

Forschung voranzutreiben ist nicht so einfach, der Geist läßt sich nicht kommandieren, er weht, wo er will, auch Fehllege müssen gegangen werden. Das ganze Nachwuchs- und Ausbildungsproblem aber ist nur eine Organisationsfrage, sie setzt nur eine Anzahl politischer Willensakte voraus (Beifall).

Gegenüber den Milliarden für die Rüstung oder manchen anderen Staatsaufgaben sind die für das Ausbildungsproblem notwendigen Summen immer noch gering, genau wie für die Forschung, wenn sie auch zwanzigmal größer als jetzt sein müssen. Der Bundesinnenminister glaubte dem Bundestag etwas Erfreuliches sagen zu können, als er mitteilte, daß die Bundesrepublik insgesamt 95 Millionen DM für Forschung gibt und 14 Prozent der Studenten Stipendien erhalten. Welch groteske Auskunft — in der Relation zu den anderen Nationen —, die da dem deutschen Parlament gegeben wurde!

Bei der Behandlung der Frage stehen sich viele, viele Instanzen gegenüber, Kultusministerien, Kulturausschüsse, Fakultäten, Länderinstanzen, Bundesinstanzen. Soll es keine Katastrophe geben, ist höchste Eile zu klaren Entscheidungen geboten. Ein Probefall für die Demokratie in Deutschland!

Wir müssen jedenfalls fordern, daß im Rahmen eines Dreijahresplans allen Anforderungen auf Ausbildungsplätze entsprochen werden kann und im Laufe eines Jahres die erforderlichen Beschlüsse herbeigeführt werden, selbst wenn die Kultusministerkonferenz in Permanenz tagen müßte. (Heiterkeit und Beifall.) Ohne scharfe Forderung kommen wir in dieser Frage, die in der ganzen Welt ein Schlüsselproblem der zweiten industriellen Revolution ist, nicht weiter. Nicht schön, aber kennzeichnend für die Situation das Wort vom „Kampf der Klassenzimmer“.

Meine sehr verehrten Freunde! Im Rahmen eines solchen Referats läßt sich nur in Umrissen herausarbeiten: Wir stehen vor großen Gefahren. Wollen wir den Frieden in Freiheit in dieser vorwärtsstürzenden Welt gewinnen, müssen alle zusammenstehen. Das Problem ist nicht das einer Partei allein, es kann nur vom ganzen Volke gemeinsam angepackt, die Prüfung kann nur gemeinsam bestanden werden.

Aufrichtigkeit gebietet, festzustellen, daß auch bei Persönlichkeiten aus dem anderen Lager Verständnis und Bereitschaft vorhanden ist; Sie wissen, daß ich zehn Jahre mit dem Gewerkschaftler Karl Arnold auf dem Gebiete der Forschungsförderung genau so zusammengearbeitet habe wie jetzt mit unserem Freunde Fritz Steinhoff, dem energischen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Industriegebietes an der Ruhr. (Lebhafter Beifall.)

Die wenigen vier oder fünf Männer aber, die de facto die Bonner Politik in der Hand haben, stehen der tiefen Problematik der Zusammenhänge fern. Ihre Sorgen sind nicht die, die ich hier vortrug, noch dazu, wo diese Dinge mit dem nicht wegzuleugnenden Geruch von Planung, Operational research, naturwissenschaftlich-technisch-soziologischen Auseinandersetzungen und der Notwendigkeit weiter Voraussicht verbunden sind. „Die ganze Richtung paßt den Herren nicht.“ (Lebhafter Beifall.)

Man sagt, auf den Latifundien südlicher Staaten herrscht tiefes Elend; nach neuesten Meldungen ist die Zahl der Analphabeten in Süditalien 40 Prozent. Hat das Elend ihrer Arbeiter schon jemals die Latifundienbesitzer gestört? Um wen geht es, wenn wir in Deutschland in den Stürmen der zweiten industriellen Revolution versagen? Es geht um die schwächeren Schichten des Volkes, ihre Zukunft verdüstert sich, ihre Kinder werden vielleicht, wie vor hundert Jahren, nur den bitteren Weg des Auswanderns um jeden Preis vor sich sehen.

Deshalb, weil das so ist, beschäftigt sich dieser Parteitag der Partei schaffen der Menschen mit den Problemen von Forschung, Kernenergie und Automatisierung, von Planung für die Zukunft. Seit dem Beginn der Arbeiterbewegung weiß sie um die Freundschaft und die Hilfe der Wissenschaft für den Arbeiter, weil die Wissenschaft objektiv und gerecht ist, der Wahrheit dient. Wie bewegen die prophetischen Worte von Lassalle, die Genosse Mellies der Arbeit des Parteitages voransetzte!

Eine objektive, gerechte Einstellung allein verlangt der Schaffende auch seinen Problemen gegenüber, nicht Sentimentalität, aber er verträgt nicht die hochmütige Ablehnung mit dem Unterton der Deklassierung, jene typische Geisteshaltung der herrschenden Schichten dieser Bundesrepublik, die da wie vor 1914 heißt:

„Für Euch ist an unserem Tisch kein Platz, wir regieren — demnächst wird es wohl heißen: Wir regierten (starker Beifall) — auf jeden Fall ohne Euch und gegen Euch.“ (Stürmischer Beifall.)

In ernster Stunde ruft die Sozialdemokratische Partei zur Diskussion auf. Wie stehen wir auf den verschiedensten Gebieten der Technik und Produktion zum Ausland? Was geschieht, wenn die Russen, deren Stachanowssystem und doktrinär gelenkte Forschung wir ablehnen, Millionen Menschen aus den Regimentern in den Produktionsprozeß stecken und immer neue Laboratorien und Universitäten eröffnen? Was, wenn sich Massenprodukte automatisierter amerikanischer Fabriken auf den Weltmarkt ergießen? Gut, wir wissen, daß wir auf dem Atomgebiet entscheidend zurück sind. Können wir aufholen? Denkt man daran, eine gerechte Verteilung von Erfolg und Lasten bei den kommenden Produktionsumstellungen anzustreben, nicht die Last den wirtschaftlich Abhängigen aufzubürden, den Erfolg den anderen zuzuwerten?

Freunde, rufen wir das deutsche Volk zum Mitdenken und Mitplanen auf! Man lasse die alte Walze: Sie wollen wieder das Bezugscheinamt, wenn sie planen, sie wollen die Produktion verstaatlichen, die Initiative töten. Die Lage ist für diese Mätzchen zu ernst, unsere Haltung klar, wir schätzen persönliche Initiative und denken nicht daran, die Produktion einem Beamtenapparat in die Hände zu spielen; der Dortmunder Parteitag und die Konferenz in Köln haben dies eindeutig unterstrichen.

Genossinnen und Genossen! Deutschland steht an einem Scheidewege. Sichern wir trotz harter Ausgangsbedingungen seine Zukunft, auch für den Tag der Wiedervereinigung, auch für unsere Aufgaben beim Wiederaufbau des stark entvölkerten deutschen Ostens!

Helfen wir den wirtschaftlich unterentwickelten Völkern durch ehrliche Mitarbeit bei ihrem Weg nach oben! Strecken wir den Völkern dieser Welt die Hand entgegen zum gemeinsamen Wirken auf dem von jeher internationalen Felde geistiger Arbeit, bereiten wir den Boden für mehr, für breitere, für tiefere geistige Arbeit in Deutschland!

Not durch Geist bannen, ein Ziel des Sozialismus! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Leo Brandt für dieses sehr ernste, mahnende und aufrüttelnde Referat. Ihr Beifall hat dem Genossen Brandt sicher geholfen; ich glaube aber, er hat noch viel mehr zum Ausdruck gebracht: daß dieser Parteitag bereit und willens ist, die uns gestellten Probleme aufzugreifen.

Als zweiter Redner zum Thema „Zweite industrielle Revolution“ spricht nun zu uns der Genosse Prof. Carlo Schmid (Beifall).

Carlo Schmid, Frankfurt: Werte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen! Als ich vom Parteivorstand gebeten wurde, vor Ihnen ein Referat über die Auswirkungen der zweiten industriellen Revolution auf die Gesellschaft und den Menschen zu halten, bin ich erschrocken. Denn wie sollte man über Zukunftsdinge sprechen, ohne die Gabe der Prophetie zu besitzen? Diese Gabe habe ich nicht. Wie sollte man es wagen, eine einigermaßen gesicherte, der Nachprüfung standhaltende Prognose aufzustellen, wo so viele Unbekannte in der Gleichung sind und noch so viele Unbekannte dazu kommen werden? Wie sollte dieses Thema in einem Referat abgehandelt werden, für das nur wenig Zeit zur Verfügung steht und das darum notwendig äußerst unvollkommen sein müssen, ein Referat, in dem nur ein kleiner Ausschnitt auch der wesentlichsten Probleme wird angesprochen werden können. Ich habe das Wagnis schließlich doch auf mich genommen, weil ich der Meinung bin, daß auch das Unvollkommene dazu beitragen kann, die Geister und die Gemüter aufzurütteln und bereit zu machen, sich auf die Zeit einzustellen, die erbarmungslos auf uns zukommt.

Manches von Leo Brandt Gesagte wird wiederholt werden müssen, um die Verbindung von Ursache und Wirkung klarer zu machen; manches von ihm Gesagte enthebt mich wiederum, Ausführungen zu machen, die in das mir gestellte Thema gehörten. Beide Referate sollten als ein Ganzes genommen werden, das von zwei verschiedenen Blickpunkten angesehen, beschrieben und ausgewertet wird. Leo Brandt und ich umkreisen beide die Phänomene der neuen Wirklichkeit, suchen sie zu erfassen, und wir treffen uns beide am selben Kreuzweg, der da den Namen trägt: Wie kann das Leben des Menschen vermenschlicht werden? Ist es denn notwendig, bei Betrachtung der Dinge, von einer Revolution zu sprechen, von einer zweiten industriellen Revolution, wenn man die unsere Gegenwart und unsere nächste Zukunft bestimmenden Produktionsweisen und ihre Folgen bewerten will? — Dieses Wort „Revolu-

tion", ist es eine bloße Redensart? Oder müssen wir nicht vielleicht andere Konsequenzen aus unseren Betrachtungen ziehen, je nachdem, ob wir von einer Revolution sprechen müssen oder nur von einer Entwicklung? Was heißt denn „Revolution“? Doch wohl eine solche Umwälzung der materiellen und geistigen Existenzbedingungen, daß sie zu einer völligen Umgestaltung der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und auch der humanen Lebensordnungen führen muß. Bei bloßer Wandlung gegenwärtiger Verhältnisse mögen Verbesserungen des Alten genügen, um der neuen Lage gerecht zu werden. Wenn aber eine Revolution hereinbricht, genügen Verbesserungen nicht mehr; dann muß man die Lebensordnungen der Menschen ändern (Beifall).

Wo es sich nur um die Ablösung einer Phase einer organischen Entwicklung durch eine andere handelt, brauchen Versäumnisse nicht tödlich zu sein; das Versäumte kann da noch immer nachgeholt werden, wenn auch mit mehr Unkosten, als wenn man das Notwendige gleich getan hätte. Wenn es sich aber um Revolutionen handelt, sind Versäumnisse tödlich: wer das Notwendige versäumt, wird von der Revolution überfahren. (Starker Beifall.)

Ob man in einer Revolution lebt oder nur in einer neuen Phase einer kontinuierlichen Entwicklung, ist oft schwer zu erkennen; denn Revolutionen kommen oft auf leisen Sohlen daher, und das Neue tritt nicht überall mit gleicher Stärke und in gleicher Sichtbarkeit auf. Manche Revolution vollzieht sich in gedehnter Weise, und bei sehr vielen und sehr einschneidenden Revolutionen ist es zu Beginn unendlich schwer gewesen, sich von den Ereignissen des Anfangs aus die Zukunft einigermaßen richtig vorzustellen.

Vieles läßt sich noch, einigermaßen wenigstens, aus der Gegenwart heraus erklären und ist doch in Wirklichkeit schon der erste Akt einer Umwälzung. Das sicherste Zeichen, daß wir in einer revolutionären Phase stehen, ist, daß mit einem Male die Gleichungen, mit denen wir gestern noch unsere Zeit zu begreifen vermochten, nicht mehr aufgehen wollen. Wenn man dies bemerkt, ist es allerdings meistens zu spät, den neuen Tag zu meistern; dann pflegen die Menschen — das ist ein böses Ding — Erkenntnis und Gestaltungskraft durch Ideologie und Reaktion zu ersetzen, und das Unheil nimmt seinen Lauf. (Starker Beifall.)

Hat unsere Zeit denn nun wirklich nicht nur neue, sondern revolutionäre und revolutionierende Produktionsverhältnisse geschaffen? Ich glaube, nach dem Referat Leo Brandts kann darüber kein Zweifel mehr bestehen. Die Möglichkeit, durch Spaltung oder Anreicherung von Atomen ungeahnte Energien zu entbinden, die Automatisierung vieler Fabrikationsprozesse, das elektronische Gehirn sind Dinge, die mit nichts in unseren bisherigen Produktionsverhältnissen vergleichbar sind. Hier wird nicht nur schneller und mehr gearbeitet und getan, hier stehen wir nicht in einer Evolution, sondern hier geschehen, um einen Ausdruck aus der Biologie zu gebrauchen, Mutationen. Hier werden nicht etwa die Produktionsmethoden nur verändert, sondern hier erscheinen spontan, ohne kontinuierliche Verbindungen mit Bisherigem, Techniken, die den Produktionsprozeß zu etwas völlig anderem machen werden, als er heute ist und die darum unsere Gesellschaftsordnung, unsere politischen Lebensformen, ja die Formen des menschlichen Daseins selbst vielleicht im Kern verändern werden.

Worin hat denn die erste industrielle Revolution bestanden? Sie fing damit an, daß man die Steinkohle als Energiespender entdeckte — in England etwa um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in Deutschland etwa vor 130 Jahren. Sie nahm ihren Fortgang, als aus dem Teekessel des James Watt die Dampfmaschine wurde, die die Muskelkraft des Menschen, die tierische Muskelkraft, dazu die Wasserkraft und die Windkraft ersetzte. Man konnte nun plötzlich mit sehr viel weniger Arbeitern ein Vielfaches an Gütern erzeugen. Die handwerkliche Produktionsform wurde abgelöst durch die arbeitsteilige industrielle Massenproduktion, die die Verwendung ungelernter Arbeitskräfte möglich machte und auf der anderen Seite die ganze handwerklich-patriarchalische Gesellschaftsordnung zerstörte. Es entstanden neue Schichten und Klassen, der Unternehmer und der Proletarier, die sich plötzlich, ob sie wollten oder nicht, in einem bitteren Klassenkampf gegenüberstanden.

Die neuen Transportmittel ermöglichten einen bisher ungeahnten Austausch von Gütern über die ganze Welt hinweg, und dies wiederum schuf die Voraussetzung für eine erstaunliche Vermehrung der Bevölkerung der Welt, die Malthus Lügen strafte, eine Vermehrung insbesondere in den Staaten, die von dieser ersten industriellen Revolution zu profitieren vermochten. Die weltpolitischen Konsequenzen sind bekannt.

Niemand hat die Kennzeichen der ersten industriellen Revolution besser geschildert als das Dioskurenpaar Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“.

Aber Karl Marx hat daneben ein anderes entdeckt. Er hat entdeckt, daß diese industrielle Revolution nicht nur die Produktionsprozesse umzustülpen drohte, sondern daß sie auch den Menschen in die Gefahr brachte, sich selbst zu entfremden, bis zu dem Grade, daß Idee und Wirklichkeit des Menschen nicht mehr zusammenfielen. So würde die große Masse der von dieser ersten industriellen Revolution betroffenen Bevölkerung für lange Zeiten die Kosten des neuen Überflusses nicht nur mit Verelendung in der ersten Zeit, sondern für die ganze Epoche mit einer Verringerung ihrer Menschenwürde bezahlen müssen.

Erst die Überführung der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung in die sozialistische würde die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen können, daß Idee und Wirklichkeit des Menschen sich wieder decken können.

Es war nicht Anbetung der Materie, die Karl Marx und die Arbeiterbewegung beflügelten, über eine Veränderung der Existenzbedingungen auf dieser Welt nachzudenken. Es war die Trauer über die Degradierung des Menschen durch den erbarmungslosen Mechanismus seelenloser, politischer, ökonomischer und sozialer Prozesse, und es war die Erbitterung über den Materialismus der sogenannten Antimaterialisten, was sie dazu trieb, die Arbeiterschaft aufzurufen, das Werk ihrer Befreiung selbst in die Hand zu nehmen! (Tosender Beifall.)

In dieser ersten industriellen Revolution verdrängten Kohle und Eisen das Wasser und das Holz. So kam es, daß der industrielle Fortschritt und das industrielle Potential weitgehend standortgebunden blieben. In den Kohleländern ballte sich die Industrie, ballten sich die Siedlungen der Menschen zusammen und die Folge dieses Mangels an Streuung war neben einer Stei-

gerung der Ergiebigkeit der Arbeit in Zeiten der guten Konjunktur eine gesteigerte Anfälligkeit für Krisen, und Krisen bedeuteten im wesentlichen Arbeitslosigkeit der breiten Massen und die Schaffung jener industriellen Reservearmee, die es den Unternehmern gestattete, den Lohn an der Grenze der Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu halten.

Politisch brachte es diese Standortgebundenheit des Fortschritts mit sich, daß nur die Staaten, die auf der Kohle sitzen — und sie liegen alle auf der nördlichen Halbkugel —, die Möglichkeit hatten, bestimmend in die Geschicke der Welt einzugreifen, um sich damit die innere und äußere Unabhängigkeit zu bewahren: nur die Länder beiderseits des Kohlegürtels, sind in den letzten hundert Jahren geschichtsbestimmende Staaten geblieben oder geworden. Die anderen Staaten und Völker blieben industriell unterentwickelt, darunter manche, die einstmals die Wiege unserer Kultur gewesen sind (Beifall).

Die Elektrizität und der Explosionsmotor ermöglichten nach einem Jahrhundert freilich eine neue Streuung industrieller Unternehmungen und erlaubten die Mechanisierung auch kleinerer und mittlerer Betriebe. Ein neuer Mittelstand, eine neue Kategorie qualifizierter Handarbeiter entstanden. Das Sozialprodukt wuchs wesentlich rascher an, als die Bevölkerung sich vermehrte. Aber alles dies hielt sich noch innerhalb des Koordinationssystems, innerhalb dessen die Epoche sich selber begriff.

So behielten viele der Feststellungen und Voraussagen von Karl Marx ihre Richtigkeit auch für diese Phase der Epoche. Viele, doch nicht alle. Denn durch ihm noch unbekannt *Wandlungen der Produktionsweisen und politische Möglichkeiten* konnte zugleich mit der Zerstörung der alten Mittelschichten eine neuer Mittelstand von kleinen und mittleren Betrieben entstehen.

Die Landwirtschaft ist aus den gleichen Gründen im wesentlichen stabil geblieben, und die organisierte Arbeiterbewegung hat in Gesellschaft und Staat den Kampf gegen die Verelendung aufgenommen und in einem harten Ringen auf manchen Lebensgebieten diesen Kampf gewonnen. Langsam wurde in späten Jahrzehnten korrigiert, was die ersten Jahrzehnte der industriellen Revolution an Bösem und Schlimmem über die Arbeiterschaft gebracht hatten. Nicht in einem automatischen Prozeß wurde das korrigiert, sondern als Folge des Willens der Arbeiterschaft, nicht zu kapitulieren, sondern zu kämpfen (Begeisterter Beifall.) und kämpfend durch Steuerung und Veränderung der diese Zeit bestimmenden Faktoren *diese Welt in dieser Zeit* zum Besseren zu verändern!

Nun steht die Arbeiterbewegung vor neuen Aufgaben, denn sie steht am Beginn der zweiten industriellen Revolution.

Die Entbindung der atomaren Energie gestattet die Auslösung unvergleichlich größerer Energiemengen, als es je die Verbrennung von Kohle und Öl und die Ausnützung der Wasserkräfte vermocht hat und vermögen wird. Wo aber das Ausmaß der dem Menschen zur Verfügung stehenden mechanischen Energie in solchem Maße und mit der Vehemenz einer Explosion anwächst, kann nicht nur mehr und nicht nur schneller produziert werden — es muß dann anders produziert werden. Und gerade dieses „anders“ wirkt sich auf die Gesellschaft, auf den Menschen und auf die Politik als umwälzender, als revolutionierender Faktor aus.

Zunächst gestattet die atomare Energie eine Loslösung auch der Schwerindustrie von den Standorten der Kohle. Der Basler Nationalökonom Edgar Salin hat gezeigt, daß, wo bisher 100 Millionen Kilowatt elektrischer Energie 35 000 Tonnen Kohle und damit 3500 Eisenbahnwagen Transportmaterial benötigten, künftig die gleichen 100 Millionen Kilowatt elektrischer Energie nur 35 kg angereichertes Uran nötig haben werden, die in einem kleinen Köfferchen als Flugzeuggepäck mitgenommen werden könnten. Das ist kein bloßer Wandel heutiger Produktionsverhältnisse mehr, das ist eine Umwälzung, die die Welt verändern wird.

Denn diese neue Energiequelle gestattet mit dieser fast völligen Standortungebundenheit in ganz anderer Weise als bisher die Industrialisierung der Länder, die bei der ersten industriellen Revolution auf der Strecke geblieben sind. Man wird für ihre Industrialisierung keine riesigen elektrischen Leitungen mehr zu bauen haben; man wird keine Kohlenbergwerke abzuteufen haben; man wird keine kostspieligen Bahnbauten zu unternehmen haben. Einige wenige Transporte — Leo Brandt hat es schon gesagt —, die mit dem Flugzeug ausgeführt werden können, vermögen die zentralen Kraftstationen zu schaffen. Man wird zu allem hin nunmehr in diesen neuen Industriegebieten mit verhältnismäßig wenigen ausgebildeten Technikern auskommen. Das bedeutet: Man wird darauf verzichten können — was heute noch die Crux der unterentwickelten Länder ist —, in jahrzehntelanger riesige Investitionen erfordernder Arbeit einen breiten Stamm qualifizierter Arbeiter auszubilden. Das hat weiter zur Folge, daß die neuen Produktionsmethoden sich relativ leicht in die herkömmliche soziale Struktur dieser Länder werden eingliedern lassen. Dafür gibt es schon Beweise.

Während die erste industrielle Revolution die neuen Produktionsweisen auf Europa und Nordamerika konzentrierte und von diesen Zentren aus in die nichtkapitalistische Peripherie vortrug, kann in der zweiten Revolution diese Peripherie selbst zum eigentlichen Anwendungsgebiet der neuen Produktionsweisen werden. So könnte von diesem neuen, gewissermaßen exzentrisch gelegenen Mittelpunkt — man entschuldige das Paradox — eine spontane Transformation der Gesellschaft in eine sozialistische Ordnung ausgehen: in allen diesen Ländern werden ja nicht einzelne Kapitalisten, sondern nur die Gesamtheit der Nation die erforderlichen Mittel aufzubringen vermögen, es sei denn, daß diese Völker fremdem Kapital gestatten wollten, sich bei ihnen einzurichten — eine Entwicklung, die in Anbetracht des zwar friedlichen, aber leidenschaftlichen Nationalbewußtseins gerade dieser „unterentwickelten“ Völker kaum wahrscheinlich ist; denn dieser sogenannte Nationalismus ist ja nur die zeitbedingte Form, in der sich die soziale Emanzipation dieser Völker vollzieht.

Der Schweizer Gelehrte Adrian Turel hat schon vor vielen Jahren auf die Konsequenzen hingewiesen, die aus der Auswanderung der technischen Entwicklung aus ihrer einstigen nordamerikanisch-europäischen Domäne in die kolonialen Randgebiete erwachsen. Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts beruhte im wesentlichen, nach den Worten Freyers, „auf der Einmaligkeit der europäischen Kohlenförderung, den weißen Arbeiterschaften und dem technischen Geiste, der in der abendländischen Seele erwachsen war . . .“

Heute aber schon zeigt sich, daß andere als die sogenannten „weißen“ Völker die industrielle Technik nicht nur verwenden, sondern auch weiterzuent-

wickeln in stande sind, ohne an früheren Fortschritten und Ursprüngen beteiligt gewesen zu sein. Die industrielle Entwicklung wird universal, sie erweist sich als die Zauberformel, die ganze Kontinente, nahezu über Nacht, in moderne Weltmächte verwandeln und zur Weltgeschichte erwecken kann.

Damit stehen Europa und Nordamerika vor bedeutsamen dialektischen Situationen und Wendungen. Ich darf wieder Freyer zitieren: „Das Abendland hat Gedanken gedacht, die in ihm selbst gar nicht zu Ende gedacht werden können, Machtmittel erdacht, die zuerst ihm selbst dienten, die aber außerdem ihrem Wesen nach herrenloses Gut sind.“ Nun, manchem erscheint dies als der Anfang des „Untergangs des Abendlandes“, aber in dieser Wendung der Dinge stecken auch, wie ich glaube, ungemein optimistische Perspektiven: zur Zeit ist die alte Welt in zwei große feindliche Lager zerfallen; es ist im Augenblick keine Möglichkeit zu sehen, wie diese beiden Lager zu einer vollen Verständigung kommen sollen; es ist aber möglich, sich vorzustellen — und das erscheint mir nicht utopisch —, daß die heute noch unterentwickelten Länder, gestützt auf die ungeahnten Möglichkeiten, die ihnen die technische und industrielle Entwicklung bietet, mehr und mehr in eine Vermittlerrolle hineinwachsen, die zwischen den bisherigen weltbeherrschenden Blöcken ausgleichend wirken können als eine Gemeinschaft von Völkern und Staaten, die in den entscheidenden weltpolitischen Auseinandersetzungen nun ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen vermag und den Gang der Geschichte bestimmen kann. In diesem Sinne haben die Führer der asiatischen Länder, zum großen Teile Sozialisten, ihre Aufgabe auf der Konferenz in Bandung im letzten Jahre begriffen.

Mit dieser Feststellung ist aber auch schon ein Dilemma angedeutet. Diese Länder werden, zunächst wenigstens, sehr von Staaten abhängig sein, die ihnen die neuen Produktionsmittel liefern, und die bereit sind, ihre Lehrer zu werden. Wer wird dies sein? Der Westen oder der Osten? Es wird nicht genügen, daß der Westen materielle Hilfe anbietet. Er wird im Wettbewerb mit dem Osten unterliegen, wenn er sich nicht bereit findet, die einzig mögliche Sozialordnung anzuerkennen, die für diese Völker in Frage kommt, und das ist die sozialistische (Beifall). Burma, Indien, China, Indonesien und manche andere noch werden sich mit den Lebensordnungen des kapitalistischen Systems nie mehr abfinden wollen; denn für diese Länder würde Kapitalismus in Wirklichkeit nicht bürgerliche Freiheit und Fortschritt bedeuten, sondern Rückfall in den Feudalismus der Maharadschas und der Paschas. Und um den weiter zu ertragen, haben diese Völker zu viel Selbstachtung! (Starker Beifall.)

Der Sozialismus ist heute nicht mehr auf den kapitalistischen Kern der Völker dieser Welt beschränkt. Als Karl Marx seine Bücher schrieb, lebte etwa ein Zehntel der Bevölkerung der Erde in industrialisierten Ländern der nördlichen Halbkugel. Heute hat sich da vieles geändert. Damals glaubte man, daß die Gesellschaftsordnung des Kapitalismus unserer Prägung sich auf den Rest der Welt ausdehnen würde. Man hat sich getäuscht. Die nichtkapitalistischen Länder beweisen eine ungemein starke Widerstandskraft gegenüber der gesellschaftsbildenden Funktion des kapitalistischen Systems der alten und der neuen Welt. Ein viel größerer Teil der Bevölkerung der Erde steht heute näher am Sozialismus als die alten Kernländer der industriellen Entwicklung umfassen. Und diese Völker haben ein anderes Weltbild als wir. Von ihnen

wird die sozialistische Idee mit Denkformen und Denkinhalten gespeist werden können, die ihr bisher fremd gewesen sind, mit Denkformen und Denkinhalten, die anderswoher kommen als aus der deutschen, englischen, französischen Philosophie, Soziologie und Ökonomie.

Die Zwangsläufigkeit der Aufeinanderfolge von Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus ist im Weltmaßstabe durch die zweite industrielle Revolution überholt. An der Peripherie der bisherigen kapitalistischen Welt wird wahrscheinlich die sozialistische Transformation der Gesellschaft nicht nach, sondern vor dem Sieg des Sozialismus in den alten Industrieländern stattfinden. Wir sollten diese Entwicklung beobachten; sie geht uns wahrhaftig etwas an! (Beifall.)

Lassen Sie mich nach diesem Exkurs zu den alten Industriestaaten zurückkehren! In diesen wächst der Bedarf an industrieller Energie ständig. Auf der Genfer Atomkonferenz vom letzten Jahre wurde festgestellt, daß im Jahre 1975 die Menschheit dreimal soviel Energie verbrauchen wird als heute, und im Jahre 2000 achtmal soviel.

Darum muß auch in den Kohle- und Ölländern atomare Energie erzeugt werden, selbst wenn diese heute noch teurer zu stehen kommen sollte als aus Kohle und Öl erzeugte mechanische Kraft. In Großbritannien werden innerhalb der nächsten 10 Jahre zwölf Atomkraftwerke mit einer Kapazität von 1,5 bis 2 Millionen Kilowatt errichtet werden, um den Neubedarf zu decken. In den Vereinigten Staaten von Amerika vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung, und auf der Genfer Atomkonferenz haben die sowjetischen Delegierten erklärt, daß in den nächsten Jahren schon die Atomkraftwerke der Sowjetunion nicht wesentlich weniger wirtschaftlich arbeiten werden als die bisherigen Kohle- und Wasserkraftwerke.

Solche Energiemengen können zum Nutzen der Gesamtheit nur unter Anwendung sozialistischer Methoden wirksam gemacht werden; denn nur dann wird nicht eine neue Form der Sklaverei über uns kommen. Die erforderlichen Kapitalien könnten von privater Seite nur über das Monopolkapital aufgebracht werden, dem so auch eine politische Macht zuwachsen würde, die weit über das hinausginge, was ihm heute schon an politischer Macht zur Verfügung steht, und das ist doch schon recht viel. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung in Heft 13 des Jahrgangs 1956 der Monatsschrift der Industriegewerkschaft Metall über die Gründung der „Physikalischen Studiengesellschaft“ in Düsseldorf hin. Will man eine solche Entwicklung vermeiden — und man muß sie vermeiden wollen —, kommt als Träger der neuen Entwicklung nur der demokratisch organisierte und kontrollierte Staat in Frage. Der Ihnen vorliegende Atomplan der Partei macht hierüber konkrete Vorschläge.

In den alten Atomländern, den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien, hat der Staat alle Probleme der Erzeugung atomarer Energie auch organisatorisch in die Hand genommen — unter Wahrung aller Freiheiten, ohne die schöpferische Initiativen selten sind —, denn er gedachte sie zunächst in erster Linie für militärische Zwecke zu verwenden. Ungeklärt ist die Lage noch in den „neuen“ Atomländern. Hier beginnt sich ein Wettlauf zwischen dem Monopolkapital und dem Staat anzudeuten.

Dieser Wettbewerb findet bei uns in Deutschland seinen Niederschlag in den verschiedenen Entwürfen, die zur gesetzlichen Regelung der Atomenergieerzeugung ausgearbeitet worden sind. Die Texte dieser Entwürfe machen es dem Leser oft nicht ganz leicht; denn die Fähigkeit der Industriejuristen, Machtansprüche hinter einer Tarnwand harmloser Worte zu verbergen oder in Verfahrensfragen umzumogeln, ist erstaunlich (Beifall). Wir werden da sehr wachsam sein müssen, insbesondere gegenüber dem Gesetzentwurf der Bundesregierung. Dieser Entwurf ist schlecht; er ist reaktionär. Er wird, wenn er Gesetz werden sollte, die Herrschaft über die neuen Energiequellen den Kartellen — den offenen und den heimlichen — in die Hand spielen. Glauben wir nicht, es gehe dabei nur um Wirtschaft! Es geht bei diesen Dingen nicht nur um die Beherrschung der Märkte, es geht auch um die Beherrschung der öffentlichen Meinung und damit der Menschen (Beifall).

Im Atomzeitalter kann unter dem Tarnmantel der Wirtschaftsfreiheit die monopolistische Marktbeherrschung und die Lenkung der öffentlichen Meinung durch unkontrollierte und unkontrollierbare Machtgruppen immer erfolgreicher praktiziert werden. Diese für uns alle tödliche Gefahr kann nur durch die Unterstellung der einschlägigen Unternehmen unter demokratische Verfügungsgewalt und Kontrolle und durch die Planung und Kontrolle des Ablaufs der dazugehörigen Wirtschaftsprozesse wirksam gebannt werden.

Freilich — Leo Brandt hat es schon ausgeführt — kann dabei das Ziel einer Partei des freiheitlichen Sozialismus nicht Abschaffung der Freiheit im Wirtschaftsleben sein, sondern nur die Sicherung unveräußerlicher Freiheitsrechte des Menschen, die durch die wirtschaftliche Scheinfreiheit im Kapitalismus gerade im neuen Zeitalter auf das tödlichste bedroht sind!

Die Aufgabe heißt: Vermenschlichung; eine Wirklichkeit, die den Menschen in eine neue Phase seines Schicksals führt, indem es ihn zu ihrem Herrn macht und nicht zum bloßen Objekt werden läßt. Zu ihrem Herrn wird der Mensch aber nur, wenn er, wie der Bürger im Staat, durch planende Bestimmung seiner Lebensordnungen zum Herrn des Ablaufs des neuen Prozesses gemacht wird. Geplant und gelenkt wird auf jeden Fall werden. Die Frage ist — Joachim Schöne hat es im Atomausschuß der Partei so formuliert —, ob die Kartelle planen und lenken werden, oder ob der demokratische Staat planen und lenken wird (Beifall). Die Kartelle sind heute schon am Werk. Es ist an der Zeit, daß der Staat, daß das Parlament sich rührt. Die Sozialdemokratische Partei hat diese Herausforderung der Zeit aufgenommen und wird auch unseren Staat zwingen, sich dieser Herausforderung zu stellen!

Wir stellen uns freilich die Planung und Lenkung nicht vor, wie sie im sowjetischen Herrschaftsbereich gehandhabt werden. Wir wollen auch auf diesem Gebiete keine Kommandowirtschaft, wir wollen auch hier nicht den Menschen dem Staat unterwerfen, sondern wir wollen auch hier den Staat wie die Wirtschaft dem Menschen unterworfen sein lassen. Mit den alten Unternehmungsformen wird man wohl nicht auskommen können. Wir sollten den Gedanken unseres Genossen Weißer aufgreifen und uns an die Konzeption und die Entwicklung neuer Unternehmungsformen machen. Ein weites Feld steht hier der Kraft unseres Geistes offen. Wenn wir es aber nicht bald unter den Pflug nehmen, wird Gestrüpp und Geröll es so verunreinigt haben, daß das Unkraut den Samen, den wir streuen wollen, ersticken könnte.

Manche glauben, die Wirtschaft könne heute schon durch Anwendung der bisherigen Mitbestimmungsgesetze demokratisiert und ausreichend kontrolliert werden. Ich halte dies, was die Atomenergie anbetrifft, für eine Illusion. Einmal ist das Mitbestimmungsrecht als solches seiner Mechanik nach für eine solche Kontrolle nicht geeignet, und dann — ich will das hier ganz offen herausagen auf die Gefahr hin, manchen vielleicht zu kränken —, dann haben wir noch nicht genügend ausgebildete Menschen aus den Kreisen der Arbeiterbewegung, die dieses Mitbestimmungsrecht auch auf dem neuen Feld wirkungsvoll genug handhaben könnten (Beifall).

Deswegen ist die Brechung des allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Bildungsmonopols so besonders wichtig, dieses Bildungsmonopols, das die Nutzbarmachung des geistigen Potentials unserer Nation so schrecklich einschränkt. Denn nur, wenn es gelingt, das bisherige Bildungsmonopol des Besitzes zu brechen, wird es möglich sein, die Macht zu bändigen, die bei Fortdauer der heutigen Verhältnisse in den Händen der Technokraten liegen wird, die an der Spitze der neuen Unternehmungen stehen werden. Bildung ist aber etwas, was man nicht von heute auf morgen schaffen kann. Sie ist noch immer das Produkt eines langen und langsamen Prozesses gewesen. Darum muß man heute schon auf den Fall von morgen hin auch die Organisation des Bildungswesens so planen, daß sie den Erfordernissen der zweiten industriellen Revolution gerecht werden kann (Beifall). Es nützt nichts, Entscheidungen zu treffen, wenn der Würfel schon gefallen ist; denn die Entscheidung fällt ja schon in dem Augenblick, in dem man den Würfel im Becher schüttelt. Die Übergangszeiten sind es, die von uns die großen Entscheidungen verlangen! Das vergessen wir gelegentlich!

Heute gehören wir Deutsche auf dem Gebiet der Atomforschung — Leo Brandt hat das in schmerzvoller Eindringlichkeit gesagt — zu den minderentwickelten Völkern. Uns ist die schwere Aufgabe der Selbstbehauptung und der Selbstbestimmung der Inhalte und der Formen unseres nationalen Lebens auch auf diesem Gebiet gestellt. Wir müssen verhindern, daß es so geht, wie es einmal Spanien gegangen ist, im Verhältnis zu dem wir einmal ein unterentwickeltes Land gewesen sind; und wie es anderen, einst so hochentwickelten Ländern gegangen ist, denen die Natur die Kohle verweigert hat. Tun wir das nicht, dann werden wir in zehn Jahren ein von den Atomländern abhängiger Staat geworden sein. Wir werden das Notwendige nur leisten können, wenn wir uns mit den Völkern zusammentun, die in ähnlicher Lage sind wie wir. Nur so haben wir eine Chance, auch künftig Inhalte und Formen unserer nationalen und politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Existenz — in Gemeinschaft mit anderen und frei — selbst bestimmen zu können. Darin liegt die eigentliche Bedeutung des EURATOM-Projekts. Nur dann, wenn sich die von der Natur weniger begünstigten Länder zusammenschließen und sich frei dafür entscheiden, einer für alle und alle für einen da zu sein, werden sie die Herren ihres Schicksals bleiben können.

Wir dürfen nicht zulassen, daß wir von fremdem Monopolkapital organisiert werden. Wir müssen alles tun, um den ganzen Entwicklungsprozeß und seine Ausstrahlungen in der Hand zu behalten. Aber das können wir nur unter Verwendung sozialistischer Methoden. Sonst wird es letztlich darauf hinauskommen, daß Verträge zwischen unserem Monopolkapital und dem ausländischen Monopolkapital bestimmen werden, was bei uns geschehen kann. Ich weiß,

daß manche Manager der deutschen chemischen Industrie sich die Zukunft so vorstellen. Wir könnten dann vielleicht eines Tages aufwachen und merken, daß wir nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch überfremdet sind, d. h., daß andere von außen her unsere ökonomischen, politischen und sozialen Lebensformen gestalten. Daran sollen wir in den nächsten Wochen und Monaten denken, wenn es darum gehen wird, das Gesetz über die Erzeugung atomarer Energie zu beraten und zu beschließen.

Aber, Genossinnen und Genossen, die Freimachung der atomaren Energie für industrielle Zwecke ist nicht der einzige Faktor, der unsere Produktionsmethoden radikal verändern wird. Vielleicht noch umwälzender wird sich zumindest für die nächste Zukunft die sogenannte „Automatisierung“ auswirken. Sicher wird sie sich schneller auswirken als die neue Atomwirtschaft. Schon hat sie sich, fast unbemerkt, auch bei uns eingeschlichen.

Das entscheidende Merkmal der Automatisierung liegt darin, statt Menschen Maschinen nicht nur für die Bedienung, sondern auch für die Steuerung und Kontrolle anderer Maschinen einzusetzen. Um eine Definition Pollocks hier zu zitieren: „Sie hat zum Ziel, die menschliche Arbeitskraft in den Funktionen der Bedienung, Steuerung und Überwachung von Maschinen sowie der Kontrolle der Produkte so weit durch Maschinen zu ersetzen, daß vom Beginn bis zur Beendigung des Arbeitsprozesses keine menschliche Hand das Produkt berührt. Zum erstenmal in der Geschichte der Mechanisierung ist es möglich, in weitem Umfang die Funktionen der Sinnesorgane des Menschen durch Maschinen ausführen zu lassen.“ Das Entscheidende bei der Automatisierung ist nicht etwa, daß wir künftig mehr Fabriken haben werden, in denen Automaten stehen, sondern das Entscheidende ist, daß die Fabrik selber zum Automaten geworden sein wird. Die zweite industrielle Revolution ersetzt im Gegensatz zur ersten nicht nur die Muskelkraft des Menschen durch Maschinen, sondern sie ersetzt auch das Gehirn des Menschen durch Mechanik. Automatische mechanische Vorgänge steuern, kontrollieren und scheiden Fehlleistungen aus, ohne daß sich eine menschliche Hand zu regen braucht. Diese durchlaufende quantitative und qualitative Selbstkontrolle des technischen Prozesses ist der entscheidende Unterschied zwischen der heutigen Automatisierung und der bisherigen Verwendung automatischer Maschinen in Fabriken.

Lassen Sie mich einige weitere Sätze aus dem schönen Buch von Professor Pollock über die Automatisierung zitieren: „Heute sieht man in einem Fabrikssaal noch abgehetzte Menschen in Laboratoriumskitteln und Arbeiter im Monteuranzug. Morgen werden wir in der Fabrik nur noch einige Angestellte sehen, die sich am Schaltbrett bewegen und dabei offenbar recht viel Zeit zum Überlegen haben. Übermorgen sitzt im Kontrollraum ein Angestellter, der die Zeitung lesen kann, weil er weiß, daß er nur in Ausnahmefällen gebraucht werden wird, für deren Lösung das Regelungsgerät gerade nicht eingerichtet ist.“ Die Folgen dieses neuen Daseins für die Arbeiterschaft werden ungeheuer sein. Die Fabriksäle werden klein und sehr leer werden. Es werden völlig andere Anforderungen an die Eignung und an die Ausbildung des arbeitenden Menschen gestellt werden. Industrielle Produktion wird etwas völlig anderes werden, als sie heute noch ist. Das wird die Struktur der Gesellschaft umwälzen. Es gibt niemanden, der davon nicht betroffen werden

würde. Weil dem so ist, sind die Unternehmer, wie jüngst die amerikanischen Gewerkschaften es kundgetan haben, heute geneigt, in der öffentlichen Meinung die Bedeutung und das Tempo dieses Prozesses herabzusetzen, weil sie fürchten, daß die im Gang befindliche Automatisierung die Arbeiterschaft zu unerwünschten Forderungen veranlassen könnte. Wir haben hier einen Verharmlosungsfeldzug vor uns, der nicht zum erstenmal von Unternehmerseite als Waffe benutzt worden ist. Aber weil dem so ist, hat einer der großen Führer der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, Walter Reuther, schon vor Jahren Lärm geschlagen — Fritz Erler und ich waren vor drei Jahren bei ihm, als er von diesen Dingen sprach — und klipp und klar es als eines der wesentlichsten Ziele der amerikanischen Gewerkschaftsarbeit bezeichnet, rechtzeitig die Wirkungen, die möglichen verhängnisvollen Wirkungen der Automatisierung abzufangen.

Häufig begegnet man der Vorstellung, daß die Automatisierung nur in wenigen Wirtschaftszweigen werde Anwendung finden können. Diese Auffassung ist falsch. Sie wird sich freilich sicher zuerst der Massengüterindustrie bemächtigen. Aber heute schon gehen mittlere Betriebe zur Automatisierung über, und die großen Werke Amerikas, die elektronische Maschinen bauen, produzieren in immer steigendem Umfange ihre Einrichtungen gerade für die mittleren Betriebe. In den Büros wird sich die Automatisierung besonders rasch durchsetzen, aber auch in sehr vielen Fabrikationsbetrieben mittlerer Ausdehnung wird dies der Fall sein; denn der Anwendungsbereich der Automatisierung ist fast unbeschränkt. Und, wie die amerikanische Rüstungsindustrie es bewiesen hat, bedarf sie zu ihrer Rentabilität durchaus nicht der hundertprozentigen Spezialisierung der Produkte. Freilich ist die Automatisierung am weitesten gediehen in der chemischen Industrie, bei den Ölraffinerien und bei den Mühlen. Eine Raffinerie, die früher 800 Menschen beschäftigte, kann heute die gleiche Produktion mit 12 Angestellten schaffen. Ein Werk Fords in Cleveland, in dem 6-Zylinder-Motorblöcke hergestellt werden, braucht heute für die völlige Herstellung eines Motorblocks vom Rohling bis zum fertigen Stück 15 Minuten, wo früher im modernsten Fließbandverfahren 9 Stunden gebraucht worden sind — und man braucht dabei nur ein Fünftel der Arbeiter, die im alten Verfahren nötig waren. Ein Versuchswerk, das jetzt gerade in Pittsburgh aufgebaut wird, soll mit 6 Mann Bedienung die Millionenstadt Pittsburgh mit Elektrizität versorgen.

Am stärksten aber wird sich die Vollautomatisierung im Büro auswirken. Dort wird sie die menschliche Arbeitskraft in heute unvorstellbarem Maße ablösen. In den Konstruktionsbüros leisten heute elektronische Rechenmaschinen eine Arbeit, für die früher Hunderte von Mathematikern und Ingenieuren monatelang rechnen mußten. In den Lohnbüros wird heute in wenigen Stunden der Lohn der ganzen Belegschaft elektromaschinell errechnet, mit allen Abzügen, Steuern, Buchungen usw. Die menschliche Arbeit reduziert sich dort auf das Ausdenken der besten Methode für die Lochung der Karten. Bei General Electric wird der Zahltag für 12000 Arbeiter und Angestellte in zwei Stunden bis zur Nettoauszahlung ausgerechnet, in weiteren vier Stunden besorgt die Maschine die bargeldlose Lohnzahlung, füllt die Lohnlisten aus, besorgt die Personalberichte und die Eintragung in die Konten. Was die Maschine hier mit wenig Menschen in sechs Stunden leistet, dafür wurde vor kurzem noch ein großes Personal eine Woche lang beschäftigt.

Welches werden die Folgen sein? Zum ersten werden erhebliche Kosten erspart werden. Leo Brandt hat dafür Beispiele angegeben. Diese Gewißheit der Kostenersparnis wird schon aus Konkurrenzgründen die Unternehmer zwingen, die neuen Verfahren so rasch als möglich einzuführen — viel rascher, Genossinnen und Genossen, als wir heute denken!

Zum zweiten: Der Produktionsprozeß wird außerordentlich beschleunigt werden, und damit wird das Kapital sich erheblich schneller umschlagen.

Zum dritten: Es werden Arbeitskräfte erspart werden, brutaler ausgedrückt: Es werden Arbeiter entlassen werden.

Zum vierten: Im Betriebe selbst werden gewaltige Umschichtungen stattfinden. Die Relation zwischen Arbeiter und Ingenieur, zwischen Arbeiter und Angestellten, wird sich weiter zugunsten des Ingenieurs und des Angestellten verschieben. Es könnte der Fall eintreten, daß in manchen Betrieben auf zwei Arbeiter schließlich ein Ingenieur kommt.

Zum fünften: „Maschinen sind leichter zu kontrollieren als Menschen“, sagte ein bedeutender amerikanischer Unternehmer jüngst auf einer Industriellenkonferenz und dachte dabei wahrscheinlich nicht nur an technische Kontrollen...

Lassen Sie mich noch in einigen wenigen Worten einen weiteren Aspekt der Automatisierung andeuten: Die Ausarbeitung der Planung selbst wird nunmehr zu einer Sache der Mechanik. Wassilij Leontjew hat Maschinen konstruiert, die es erlauben, auf maschinelle Weise wissenschaftlich exakte Prognosen aufzustellen. Man kann die Beanspruchung jedes Einzelteiles der Wirtschaft durch jede neue Anforderung nunmehr exakt vorausberechnen. Leontjews mechanische Rechenmethode arbeitet mit 200 000 Einzelwerten, die alle miteinander auf mechanischem Wege in mathematische Wechselbeziehung gesetzt werden.

Ein Beispiel für die Vortrefflichkeit dieser Methode! Im Jahre 1947 erwartete die amerikanische Stahlindustrie einen Rückgang des Weltbedarfs an Stahl. Leontjew rechnete mit seiner Maschine das gegenteilige Ergebnis aus. Er behielt recht. Das Erstaunlichste ist, daß die Differenz zwischen seiner Prognose und dem wirklichen Stahlbedarf nur einige wenige 100 Tonnen betrug. Heute hat man die Leontjewschen Methoden so weit verfeinert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich heute dieser Maschinen sogar für politische und strategische Wahrscheinlichkeitsrechnungen bedient.

Welches sind die Reaktionen auf der Seite der Arbeiterschaft? Schon geschehen Dinge, die an die Maschinenstürmerei von vor 200 Jahren erinnern. Als in Coventry auf Grund der Automatisierung eines Betriebes 2500 Arbeiter eines Werkes entlassen wurden, legten 11 000 Arbeiter der Stadt aus Solidarität die Arbeit nieder — natürlich ohne Erfolg. Das ist kein Mittel, mit dem man mit dem neuen Wesen fertig werden kann.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben von Anfang an richtig reagiert. Sie sind nicht gewillt, für ein mögliches Ansteigen ihres Lebensstandards in einer fernen Zukunft heute mit einer ähnlichen langanhaltenden Verelendung zu zahlen, wie sie sich nach der Erfindung der Dampfmaschine eingestellt hat. Sie wollen, daß die Arbeiter und Angestellten nicht erst in 30 Jahren, sondern sofort in den Genuß der Steigerung des Sozialprodukts kommen, die die neuen Produktionsmethoden ermöglichen. (Lebhafter Beifall.)

Sie denken darum nicht daran, die Einführung der Automatisierung zu sabotieren. Was sie durchsetzen wollen, ist ein planvoller Übergang vom Alten zum Neuen. Sie wollen Dämme aufwerfen, Schleusen einbauen — kurz, sie wollen die Flut, die die zweite industrielle Revolution entfesseln wird, kanalisieren, so kanalisieren, daß sie mehr Mühlen treiben kann, mehr Menschen besseres Brot schaffen kann, als es die erste industrielle Revolution vermochte, — und das alles ohne jeden utopischen Sinn.

Freilich hat jede Zeit ihre besonderen Utopien. Die Utopien der Zeit der ersten industriellen Revolution waren insgesamt optimistisch: Die Maschine wird das Glück erfinden und den Menschen frei machen. Die Utopien unserer Zeit sind demgegenüber dezidiert pessimistisch: Die neue Zeit wird den Menschen zum Roboter degradieren, wird ihn einer erbarmungslosen Gewalt Herrschaft der Technokraten unterwerfen, der letzte Rest menschlicher Freiheit wird der Perfektion der Technik geopfert werden. Orwell hat in seinem schrecklichen Zukunftsroman „1984“ diese Welt schauerlich gezeichnet.

Aber auch dort, wo man solche Bücher nicht liest, herrscht eine allgemeine Weltangst vor angesichts all dessen, was uns die Technik noch beschern mag. Der Zivilisationspessimismus, die eigentliche Krankheit unserer Zeit, rührt nicht nur von der Angst vor der Wasserstoffbombe her. Seine Ursache ist auch, daß das Vertrauen in die gesellschaftsbildende Kraft der industriellen Entwicklung in unseren Tagen geschwunden ist. Die Menschen fürchten, daß die neuen Maschinen sie nicht befreien, sondern noch mehr zu Sklaven und schließlich selber noch zu Maschinen machen könnten — kurz, daß diese Selbstentfremdung, die Karl Marx dazu führte, sein Weltbild auszudenken, noch weiter fortschreiten wird.

Die Menschen fürchten die Gefahr des Absturzes der technischen Menschheit in einen neuen Infantilismus, in eine weitere Verarmung ihrer Seelenkräfte. Sie fürchten, daß sie zu Höhlenmenschen eines Zeitalters der Atomkraft und der Automatisierung werden könnten. Sie fürchten, daß ihre schöpferischen Kräfte bis auf einige wenige mathematische und technische Fähigkeiten einiger weniger Elitemenschen absterben könnten.

Franz Leopold Neumann hat in einem 1954 vor der Freien Universität Berlin gehaltenen Vortrag Ausführungen über diese Angst gemacht, die keiner vergessen wird, der sie gehört oder gelesen hat. Die Angst könne eine warnende Rolle spielen, meint er. Die Angst könne aber auch eine destruktive Rolle spielen, indem sie die Menschen unfähig macht, sich aufzuraffen. Schließlich aber könne die Angst auch eine reinigende Wirkung haben, sie könne den Menschen innerlich stärken. Wenn er sich bewiesen habe, daß er das Vermögen hat, der Ursachen dieser Angst Herr zu werden, sei er fähiger, Entscheidungen in Freiheit zu treffen, als jener, der nie mit einer Gefährdung zu ringen hatte. (Beifall.)

Ist mit dieser Feststellung F. L. Neumanns nicht der Kern des Problems umrissen, vor das uns die zweite industrielle Revolution stellt? Geht es denn in Wirklichkeit um etwas anderes als um die Meisterung der neuen Gewalten, auf daß sie nicht von den Zauberlehrlingen entfesselt und verselbständigt werden. (Beifall.)

Da gilt es zunächst, sich einiger sicherer Auswirkungen bewußt zu werden. Diese werden mannigfaltigster Art sein. Eine Reihe herkömmlicher Berufe wird zerstört werden. Neue Berufe werden entstehen. Eine starke Gruppe

qualifizierter Facharbeiter, die die Aristokratie der heutigen Arbeiterschaft darstellen, wird an Bedeutung verlieren. Sie wird wahrscheinlich zu einem Teil absinken und Arbeiten übernehmen müssen, die weit unter dem Niveau ihres Könnens liegen. Dazu liegen eine ganze Reihe aufschlußreicher Darstellungen aus amerikanischen Federn vor.

In vielen Industrien werden Arbeitskräfte „frei“, das heißt entlassen werden. Manche glauben, daß sie von den Industrien aufgenommen werden können, deren Produkte sie gerade freigestellt haben. Aber die Wirtschaft wird nicht Kostenfaktoren einsparen wollen, indem sie neue Kostenfaktoren schafft. Wo wir keine offene Arbeitslosigkeit bekommen werden, wird eine schleichende Arbeitslosigkeit uns bedrohen wie jetzt in Coventry. Schon heute bewegt sich die Zahl der Arbeitskräfte im umgekehrten Verhältnis zum Ansteigen der Produktion. Gerade bei den Fabriken, die elektronische Geräte erzeugen, hat sich die Produktion pro Kopf eines Angestellten in einem Jahrzehnt mehr als verdoppelt, das heißt, man braucht gerade die Hälfte von Angestellten, um eine gleichbleibende Produktion zu erzeugen.

Das Kaufkraftproblem wird neue Aspekte erhalten. Die Automatisierung erzwingt eine Wirtschaftsverfassung, in der man mit bestimmtem und beständigem Niveau der Beschäftigten und ihrer Kaufkraft rechnen kann. Stabilität der Einkommen wird ihr A und O sein.

Es werden erhebliche Umschichtungen in der gesellschaftlichen Struktur eintreten. Innerhalb der gesamten Arbeitnehmerschaft werden die Angestellten gegenüber dem Handarbeiter im Verhältnis mächtig zunehmen. Das stellt nicht nur soziale und soziologische Probleme, sondern — ich bitte, hier aufzumerken — auch ein politisches Problem. Wir wissen doch aus jahrzehntelangen schmerzlichen Erfahrungen, wie schwer es ist, gerade die Angestellten-schaft zu organisieren und politisch für Parteien zu gewinnen, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind! (Beifall.)

Das Managertum wird an Bedeutung noch zunehmen. Wir laufen Gefahr, einer Technokratie zu verfallen, die letztlich alles beherrschen könnte und ihre Entscheidungen nicht im Hinblick auf den Menschen, sondern im Hinblick auf das gute Funktionieren ihrer Automaten trifft, dem sie den Menschen opfert. Diese Technokraten werden auf die öffentliche Meinung — ich habe schon darauf hingewiesen — in einem sehr viel stärkeren Maß einzuwirken vermögen als die heutigen Manager.

Damit stellt sich das Problem der Funktionsfähigkeit der heutigen Methoden politischer Demokratie. Denn wo es nur um die Befriedigung materieller Bedürfnisse geht, ist die technokratische Diktatur der auf ethischen Überzeugungen und Ausgleich beruhenden Demokratie technisch überlegen. Darum wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, in den Menschen die geistigen Werte der Demokratie so lebendig zu machen, daß das Bewußtsein ihrer Unverzichtbarkeit die Menschen gegen die Versuchungen, die in der Perfektion der Technik liegen, immunisieren kann (Beifall).

Was gibt es hier zu tun? Viele halten die Entwicklung zum Guten wie zum Bösen für zwangsläufig. Ich glaube nicht an solche Zwangsläufigkeiten. Auch heute hängt alles vom Menschen ab. Auch in der zweiten industriellen Revolution besteht die Möglichkeit, mit den neuen Verhältnissen das anzufangen, was der Mensch in Kenntnis ihrer Gegebenheiten und Gesetzmäßigkeiten

aus ihnen machen will. (Lebhafter Beifall.) Auch heute noch gilt der Satz Sir Francis Bacons: „Natura parendo vincitur“ — man besiegt die Natur, indem man ihren Gesetzen gehorcht. Wir müssen die inneren Gesetze der neuen Faktoren studieren, wir müssen die Bedingungen ihrer Möglichkeiten analysieren und dann mit konstruktiver Phantasie, — ich möchte sagen — mit wissenschaftlich exakter Phantasie, ans Werk gehen. Sicher werden uns dabei Irrtümer unterlaufen, aber schließlich kann man auch über Fehler hinweg zur Wahrheit und zum Richtigen kommen!

Auf keinen Fall aber darf man kapitulieren! Auf keinen Fall darf man die Dinge der „Entwicklung“ überlassen — weder im optimistischen noch im pessimistischen Sinn. Auch hier ist der Mensch der Schmied seines Glücks und seines Unglücks:

Für uns ergeben sich aus dieser Feststellung eine Reihe von Forderungen:

Wir müssen mehr denn je den Primat der demokratischen und humanitären Postulate aufrichten, die da heißen: Menschenwürde und Freiheit (Beifall). Der Mensch darf sich auch in der neuen noch weiter technisierten Zeit nicht zum Objekt der Umweltfaktoren herabdrücken lassen. Es darf keine neuen Herren und keine neuen Knechte geben. (Lebhafter Beifall.) Es darf keinen neuen Reichtum und keine neue Armut geben!

Es hat keinen Sinn, den Lebensstandard einiger Gruppen zu erhöhen, wenn dadurch Millionen die Möglichkeit genommen werden sollte, von der Steigerung des Sozialprodukts Nutzen zu ziehen. Man muß darum von vornherein zu planen und zu lenken versuchen, um zu verhindern, daß der Übergang in die Welt der zweiten industriellen Revolution für Millionen zu einem Leidensweg wird.

Friedrich Pollock, der amerikanische Gelehrte, der kein Sozialdemokrat ist, führt in seiner beachtlichen Schrift über die Automation an, daß nur bei Planung auf lange Sicht verhindert werden könne, daß die Automatisierung den breiten Massen dieselben Übel bringt, die die erste Revolution ihnen gebracht hat. Nur, wenn in einem gesellschaftlich ausschlaggebenden Maß — schreibt er — der Wille bestehe, die neue Produktionsweise unmittelbar und planmäßig für das Wohl der Menschen nutzbar zu machen, könne sie den Segen bewirken, den heute viele allzu optimistisch von ihrer unkontrollierten Entfaltung erwarteten. Nur dann werde die Automatisierung nicht Arbeitsplätze überflüssig machen, nur damit Lohn eingespart und die Produktion billiger gestaltet werden, sondern dann könne sie vielmehr Arbeitskräfte freimachen, um sie für Aufgaben einzusetzen, die nicht mehr nur der Befriedigung unserer unmittelbarsten Bedürfnisse dienen und für die wir bis jetzt keine Hände frei hatten.

Die Planung dieses Prozesses müssen wir in der Hand behalten. Planung darf nicht in Kommandowirtschaft ausarten. Planung heißt zunächst, daß wir sämtliche Faktoren studieren müssen, die mit der zweiten industriellen Revolution in unser Leben getreten sind — nicht nur die technischen Faktoren im Bereich der gewerblichen Wirtschaft. Wir müssen den Einfluß der neuen Produktionsweisen auf die Volksgesundheit ebenso studieren wie die Möglichkeit ihrer Nutzbarmachung zum Beispiel für die Landwirtschaft (Beifall). Es müssen heute schon, vorausplanend, alle Anlagen geschaffen werden, die erforderlich sind um die Bevölkerung nicht nur vor unmittelbaren,

sondern auch vor mittelbaren, sich erst in den nächsten Generationen auswirkenden Schädigungen durch die neuen Produktionsmethoden zu schützen. Amerikanische und britische Gelehrtenkonferenzen haben in den letzten Tagen Warnungen ausgesprochen, denen wir unsere Ohren nicht verschließen sollten. Manche dieser Warnungen sagen uns, daß, wenn wir auf diesem Feld nicht hundertmal mehr tun als bisher, der biologische Bestand ganzer Völker niederzugesen droht.

Planung bedeutet, daß man dem neuen Wesen nicht erlauben darf, wie eine Naturkatastrophe über die Menschheit hereinzubrechen. Es gilt nicht, das Neue zurückzustauen; es gilt, den neuen Strom zu kanalisieren, damit er nicht die Mühlen wegreiße, die heute am Ufer des Alten stehen, sondern daß er uns die Kräfte spendet, neue Mühlen zu betreiben, in einem Rhythmus, den wir selber wollen (Beifall).

Planung heißt: Ermittlung des Bedarfs an Investitionsgütern und an Konsumgütern, Planung heißt Aufsuchen des Inbegriffs von Maßnahmen, die gestatten, heute schon den Lebensstandard so zu erhöhen, daß gerade diese seine Erhöhung eine noch größere Steigerung in der Zukunft zu bewirken vermag.

Planung heißt aber auch Berufslenkung, damit unsere jungen Leute nicht falsche Berufe auswählen, die in zehn oder zwanzig Jahren vielleicht keine praktikablen Berufe mehr sein könnten, sondern damit sie heute schon Berufe suchen, für die man sie in zehn und zwanzig Jahren brauchen wird. Planung heißt Schaffung von Ausbildungsstätten, Schaffung von Forschungsstätten, Aufsuchen neuer Lehrmethoden.

Planung heißt Berechnung der Probleme, die sich aus der Verlagerung der Standorte ergeben werden, wobei wir nicht vergessen dürfen, in welchem Maße der Arbeiter bei uns sich an sein Haus gebunden fühlt. (Vereinzelter Beifall.)

Planung heißt Studium und Vorbereitung der Mittel, mit denen wir einer eventuell drohenden Massenarbeitslosigkeit begegnen könnten. Darum müssen wir heute schon öffentliche Arbeiten planen, öffentliche Arbeiten aber, die neue Werte schaffen und nicht nur dazu dienen sollen, die Menschen schlicht zu beschäftigen. (Vereinzelter Beifall.)

Planung heißt, Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die Kaufkraft zu erhalten und weiter zu steigern. In einer Wirtschaft, die sich immer weiter automatisiert, müssen die Löhne gesteigert werden, selbst dann, wenn die Arbeit weniger beschwerlich geworden sein sollte. (Sehr richtig!) Und schließlich bedeutet Planung heute, daß wir, wie die amerikanischen Gewerkschaften es nunmehr tun, an das Problem des garantierten Jahresarbeitslohns herangehen; denn er allein vermag die Kaufkraft zu stabilisieren und den technischen Fortschritt nach dem Maße des Menschen zu regulieren. (Beifall.) Der garantierte Jahresarbeitslohn wird aber auch durch den besonderen Zwang, den er ausübt, auf lange Sicht zu planen, den Unternehmer zwingen, den Einsatz der neuen Mittel in einer Weise zu kalkulieren, die den Arbeiter sehr viel besser als bisher gegen plötzliche Umstellungen und ihre Gefahren schützen wird.

Das entscheidende Problem aber wird das Problem der Regelung der Arbeitszeit sein.

Nur das ständige Anwachsen der Freizeit kann das Problem der Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Technik lösen. Die größere Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit durch die neuen Maschinen und die neuen Energiequellen ermöglicht sowohl die Verkürzung der Arbeitszeit als auch die Steigerung des Lohnniveaus. (Beifall.)

Darum streben die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten heute schon die Viertagewoche an, und jüngst erst hat die Handelskammer der Vereinigten Staaten in einer Denkschrift ihrer Meinung Ausdruck gegeben, daß man innerhalb der nächsten zehn Jahre in Amerika das dreitägige Wochenende erreicht haben werde.

Manche glauben, daß die Steigerung der Freizeit für sich allein und durch sich allein den Menschen das Glück bringen werde. Ich glaube nicht, daß das Problem so einfach liegt. Von selber kommt das Glück auch in der Freizeit nicht zu den Menschen. (Sehr gut!) Mögen die Bedingungen ihres Lebens sein, welche auch immer — in jedem Falle haben die Menschen ihr Glück selber zu schmieden! Aber durch die zweite industrielle Revolution könnten sie dafür besondere, noch nie dagewesene Chancen bekommen. (Sehr gut! — Beifall.) Die fortgesetzte Verringerung der Arbeitszeit zugunsten einer Ausdehnung der Freizeit, wie sie durch Automatisierung des Produktionsprozesses ermöglicht wird, könnte zum ersten Male in der menschlichen Geschichte einen realen Zustand schaffen, in dem der Mensch sowohl seinen Ort im Koordinatensystem unserer Wirtschaft und Gesellschaft bejahen kann, ohne auf Selbstachtung verzichten zu müssen, als auch darüber hinaus in seiner Lebens-tätigkeit selbst die Bestätigung seines menschlichen Wesens zu erblicken vermag. (Beifall.) So könnten Idee und Wirklichkeit des Menschen wieder zur Deckung kommen. So könnte endlich wieder einmal eine Welt entstehen, in der der Mensch nicht nur lebt, um zu arbeiten, sondern in der er arbeitet, um zu leben. (Starker Beifall.)

Bisher erfüllte die Freizeit drei Funktionen. Einmal diente sie dem Ausgleich der Spannungen und des Energieverzehrs, dem der Mensch im industriellen Produktionsprozeß ausgesetzt ist. Die Freizeit leistete, was Karl Marx „Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft“ nannte.

Dann diente sie der Erholung von den Anstrengungen eines Hauptberufes, in dem die Persönlichkeit eines Menschen aufzugehen vermag. Freilich kam diese zweite Funktion nur einer kleinen Gruppe intellektueller Berufe und leitender Personen zugute. Hierüber hat der französische Soziologe Georges Friedmann in seinem Werk „Die Zukunft der Arbeiter“ sehr lehrreiche Untersuchungen angestellt.

Schließlich erfüllte die Freizeit bisher die Funktion, das Unbehagen an einer Lebenswirklichkeit zu betäuben, die der arbeitende Mensch im Tiefsten seines Herzens nicht bejahen konnte. Welches diese Betäubungsmittel sind, ist uns allen zur Genüge bekannt.

Diese traditionellen Funktionen der Freizeit müssen notwendig ihre ausschlaggebende Bedeutung verlieren, wenn sich die Freizeit so weit ausdehnt, daß sie mehr Zeit umfaßt als die eigentliche Arbeit im Produktionsprozeß. Dies rückt das Freizeitproblem in den Mittelpunkt aller sozialen Überlegungen, die durch die zweite industrielle Revolution herausgefordert werden. Mit der Verschiebung des Verhältnisses zwischen Freizeit und Arbeitszeit

zugunsten einer ständigen Zunahme der ersteren könnte eine Veränderung der Lebens- und Seinsordnung des Menschen selbst einhergehen. Warum? Bisher wurde der Mensch geprägt und bestimmt von der Arbeit im Betrieb. In der arbeitsteiligen Gesellschaft stellt Form und Inhalt abhängiger Arbeit für den Menschen aber nur in seltenen Fällen „Wesensbejahung“ dar, einen „Selbsterzeugungs- oder Selbstvergegenständlichungsakt“, wie es Karl Marx nennt. Diese Arbeit entfremdet; wie Marx uns gelehrt hat, den Menschen sowohl der Natur — ich gebrauche wieder Worte des jungen Marx — als sich selbst, als der menschlichen Gattung überhaupt. Künftig wird der Mensch geprägt und bestimmt werden können von der Freiheit und der Art, wie er seine Freiheit nützt. Der Entfremdungsprozeß hat in der modernen Gesellschaft den Menschen ergriffen, weil in der arbeitsteiligen Produktion die Arbeit den größeren Teil der Tageszeit beanspruchte. Wenn aber die Arbeitszeit an Volumen hinter der Freizeit zurücktritt, der arbeitende Mensch also Zeit hat, in Freiheit mit sich selber umzugehen und die Arbeit im Betrieb als etwas Komplementäres zu betrachten, könnte es sein, daß sich die Entfremdung des Menschen von selbst aufhebt. Faktisch würde damit der Zustand verwirklicht, den Karl Marx mit den Worten beschreibt, der Mensch sei frei, wenn er sich „in einer von ihm geschaffenen Welt anschaut“.

Diese Hypothese gilt natürlich nur im reinen Fall. Es gibt aber Faktoren, die in gegensätzlicher Richtung wirken könnten. Die Verwirklichung dieser Hypothese könnte an der Unfähigkeit des Menschen, seine Freiheit zu nutzen, ebenso scheitern wie an dem Mangel oder Versagen der gesellschaftlichen Integrationskräfte im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, als da sind: Familie, Kirche, Gewerkschaften, Parteien, Schulen usw. Hier kann, glaube ich, was an Gefahren droht, nur überwunden und fruchtbar gemacht werden durch sozialistische Änderung der Struktur unserer Gesellschaft; vielleicht müssen wir mit diesen Strukturänderungen beginnen, um die neue Wirklichkeit einfangen und kanalisieren zu können. Hier dürfen wir nicht zuwarten, bis das neue Wesen uns mit der Unbarmherzigkeit seiner Dämonie sein Gesetz aufgezwungen haben könnte. Es könnte nämlich die Verwirklichung der angedeuteten Möglichkeiten daran scheitern, daß der Mensch den Zwang der entfremdenden Arbeit mit einem anderen Zwang, nämlich dem der Hörigkeit gegenüber ihm fertig angelieferter Zeit, „vertreibe“ vertauscht (Beifall).

Nur wenn der Mensch in seinem geistigen und seelischen Vermögen so gebildet ist, daß er auch ohne den Zwang der Arbeitsdisziplin etwas mit sich anzufangen vermag, wird die lange Freizeit für ihn ein Segen sein (Beifall). Sonst wird sie ein Fluch und dieser Fluch wird Langeweile heißen: geistige und seelische Verödung, der auch der höchstspezialisierte Diplomingenieur verfallen wird — auch er kann mitsamt seiner Mathematik zum Höhlenmenschen werden! Es wird also nicht genügen, daß wir die Menschen nur ausbilden, man wird sie *bilden* müssen in des Wortes weitester Bedeutung.

Es erscheint mir höchst zweifelhaft, ob das mit unserem bisherigen Schulsystem möglich sein wird (Beifall). Wir müssen heute schon anfangen, es zu verändern, denn die heute Zehnjährigen werden als Dreißigjährige, nämlich in zwanzig Jahren, den Gefahren einer leeren Freizeit ausgesetzt sein (Beifall). Also gilt es heute schon, die Bildungswege so zu gestalten, daß die künftigen 30-, 40-, 50jährigen imstande sind, ihre Freizeit als schöpferische Muße zu nutzen.

Bisher gab es Muße nur für die oberen gesellschaftlichen Schichten; künftig aber könnte es Muße für alle geben — dann erst wäre das Wort des Aristoteles gegenstandslos geworden, das in etwa besagt, die höheren Schichten kämpften, regierten und philosophierten, das Volk aber habe sich auf Arbeit zu beschränken.

Diese Veränderungen unseres Bildungswesens müssen bei der Grundschule anfangen und müssen über die höhere Schule, die Fortbildungsschule zu den Volkshochschulen und den Hochschulen weiterschreiten; denn in keiner dieser Schulgattungen ist der Stand bisher erreicht, der erreicht werden muß, wenn wir die neue Zeit sollen bestehen können (Beifall).

Leo Brandt hat über den beschämend niedrigen Stand unseres Stipendienwesens Ausführungen gemacht. Manches Volk hat seine spezifische Schande; mir scheint es heute eine besondere deutsche Schande zu sein, daß wir auf diesem Gebiet die unterste Stelle einnehmen. (Starker Beifall.)

Diese Bildung kann nicht allein eine intellektuelle oder ästhetische, mathematische und naturwissenschaftliche Bildung sein. Sie muß auch eine moralische Bildung werden; sie muß dem Menschen Kriterien geben, mit denen er sein Verhältnis zu sich selbst und zu seiner Umwelt nach festen Maßstäben bestimmen kann — wo der Mensch also sowohl frei als auch tätiges Glied eines Ganzen zu sein vermag.

Damit ist das Problem der politischen Bildung angeschnitten. Es besteht ja eine unbestreitbare Affinität zwischen dem Denken des Nur-Ingenieurs und dem Denken der totalitären Machthaber. Das ist in diesem Zeitalter bedeutungsvoll. Demokratie aber ist das Gegenteil von Apparatdenken! (Beifall.)

Bildung ist nur dann wirkliche Bildung, wenn sie es vermag, den Menschen die Freiheit als die oberste Lebensmacht und nicht nur als ein Idol erscheinen zu lassen, also als etwas, das allein das Leben zu Leben macht und das man darum keinem anderen Gut, auch nicht dem des technischen Fortschritts unterwerfen darf, wenn er mit der Freiheit bezahlt werden müßte — dieses technischen Fortschritts, der seine letzte Rechtfertigung doch nur in dem Maße findet, in dem er dem Menschen die Chance gibt, sich von dem Zwange der äußeren Umstände seiner Lebensordnung freizumachen.

Wie schlimm wäre es, wenn die Freizeit, die die zweite industrielle Revolution dem arbeitenden Menschen geben wird, darauf hinausläufe, uns vollends auf eine Zivilisation zu beschränken, deren Hauptstücke die Illustrierten und Reader's Digest wären! (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Es ist Ihnen der Entwurf eines Atomplans vorgelegt worden. Seine Absätze gehen auch dort, wo sie ganz technisch zu sein scheinen, alle darauf aus, den Menschen zu retten. Wir können nicht auf die Idee des Menschen verzichten, die im Begriffe der Freiheit, des Schönen und des Guten wurzelt; und wir können nicht darauf verzichten, alles zu tun, was die Wirklichkeit des menschlichen Lebens wieder mit der Idee des Menschen zur Deckung zu bringen vermöchte — denn wenn wir darauf verzichteten, wären wir keine Sozialisten mehr. (Langanhaltender begeisterter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Carlo Schmid für sein Referat. Es bildet in der Tat zusammen mit dem Referat Leo Brandts eine Einheit. Mit den beiden Referaten hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gesellschaftliches und politisches Neuland betreten und einen Weg beschritten, von dem wir nicht wissen, was uns auf ihm alles begegnen wird.

Mit den beiden Referaten sind gleichzeitig Richtungsweiser aufgezeigt für die heute nachmittag folgende Erörterung der Probleme. Damit ist auch zur Diskussion gestellt die Entschließung „Die zweite industrielle Revolution“, die Ihnen der Parteivorstand in Vorlage 4 auf den beiden letzten Seiten vorlegt. In dieser Entschließung ist auch der Atomplan inbegriffen.

Ferner stehen zur Diskussion die Anträge 18, 38 bis 42 und 82, des weiteren Antrag 101, ebenfalls eine Entschließung des Parteiausschusses zu den radioaktiven Gefahren. Diese Vorlage bezieht sich auf die Anträge 58, 41 und 42. Ferner steht zur Diskussion der Antrag 102 des Parteivorstandes und Parteiausschusses.

Alle diese Anträge bitte ich in die Diskussion mit einzubeziehen. Ich ersuche die Delegierten dringend, sie zu studieren, ehe wir heute nachmittag in die Diskussion eintreten.

Genossinnen und Genossen! Ich habe dann noch bekanntzugeben, daß durch eine Delegation dieses Kongresses an der Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers Dachau eine Kranzniederlegung stattfindet. Ferner habe ich mitzuteilen, daß Anmeldungen für die Autobusfahrt nach Starnberg am Freitag und die Autobusfahrt nach Penzberg am Sonnabend, soweit noch nicht erfolgt, umgehend im Parteitagbüro, Abteilung Organisation, abzugeben sind. Eine erhebliche Teilnahme an der Veranstaltung in Penzberg am Samstag ist dringend erwünscht. Anmeldekarten für beide Veranstaltungen hat jeder Delegierte mit seinen Unterlagen erhalten.

Ferner habe ich bekanntzugeben, daß heute abend die landsmannschaftlichen Zusammenkünfte stattfinden. Die Münchner Parteiorganisation teilt mir mit, daß dort, wo die Zusammenkünfte mehrerer Bezirke in einem Lokal stattfinden, Vorsorge dafür getroffen ist, daß die Bezirke sich zunächst in besonderen Lokalen in allernächster Nähe zusammenfinden können, um ihre internen parteiorganisatorischen Angelegenheiten zu besprechen.

Genossinnen und Genossen! Ich muß Ihnen Dank sagen, daß Sie so hervorragend diszipliniert ausgehalten haben. Ich glaube, es war nicht nur die Disziplin, sondern auch das Interesse aller Delegierten an den großen Fragen unserer Zeit (Beifall).

Wir wollen den Kongreß jetzt für zwei Stunden unterbrechen. Ich bitte Sie wieder hierher um 15.30 Uhr.

(Die Sitzung wird um 13.30 Uhr unterbrochen.)

Nachmittagssitzung

(Beginn: 15.48 Uhr)

Vorsitzender von Knoeringen: Genossen und Genossinnen! Die Beratungen sind wieder eröffnet. Ich gebe dem Genossen Drexler das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Drexler, Berichterstatter: Genossinnen und Genossen! Im Auftrag der Mandatsprüfungskommission erlaube ich mir, dem Parteitag folgenden Bericht zu unterbreiten:

Von den ausgegebenen 388 Delegationen sind 385 Mandatsprüfungskarten abgegeben worden. In den einzelnen Gruppen sind anwesend:

Partei Vorstand 28 von 29; die Genossin Dr. Elisabeth Selbert ist als krank entschuldigt; Parteiausschuß 33 von 34; ein Genosse ist inzwischen verreist. Von der Kontrollkommission sind alle 9 anwesend und von den 300 stimmberechtigten Delegierten der Bezirke sind 299 anwesend. Der Fehlende war gestern anwesend und mußte wegen Krankheit den Parteitag verlassen.

Unter den 385 Delegierten, die anwesend sind, befinden sich 341 Männer und 44 Frauen.

Die Prüfungskarten sind mit der Delegiertenliste verglichen worden. Ebenso sind die Mitgliedsbücher überprüft worden. Zwei Differenzen konnten mit den zuständigen Bezirken aufgeklärt werden. Es sind alle Beiträge bezahlt worden, und zwar in den einzelnen Beitragsgruppen zahlen unsere Genossen 8: DM 0,60 — 27: DM 1,20 — 16: DM 1,80 — 43: DM 2,40 — 31: DM 3,60 — 56: DM 6,00 — 22: DM 8,40 — 51: DM 12,00 — 28: DM 24,00 — 18: DM 30,00 — 82: DM 36,00 — und 3 Genossen zahlen einen Beitrag von DM 50,00.

Altersmäßig setzt sich der Parteitag folgendermaßen zusammen: Bis zu 30 Jahren: 10 — von 31 bis 40: 72 — 41 bis 50: 135 — 51 bis 60: 122 — über 61 Jahre 46 Delegierte. Das Durchschnittsalter dürfte bei ca. 47 Jahren liegen.

Erfreulich aus der Mandatsüberprüfung sind folgende Tatsachen: Einmal, daß 385 von 388 Gesamtmitgliedsdelegierten anwesend sind; daß sich, wie schon gesagt, keine Beitragsrückstände feststellen lassen und daß die Beitragsleistung etwas besser ist, als dies beim Parteitag 1954 der Fall war. Natürlich bieten diese Beitragsleistungen keinen Querschnitt für die Gesamtorganisation. Wir wollen aber hoffen, daß dies bald ein Querschnitt sein wird. Dann, glaube ich, wird Genosse Nau in finanziellen Fragen allgemein zugänglicher sein. (Heiterkeit.)

Trotzdem viele erfreuliche Feststellungen gemacht werden konnten, muß doch noch eine Kleinigkeit — ich sage: eine Kleinigkeit — erwähnt werden. Zunächst sei vorausgeschickt, daß die Mandatsträger ihre Mitgliedsbücher in mustergültiger Ordnung haben und daß die Beitragsleistung hervorragend ist. Aber es dürfte sich meiner Meinung nach um einen Irrtum handeln, wenn ein Mitglied des Bundestags nur Beitragsraten zu 6 DM pro Monat nachweist. (Hört, hört!) Ich glaube, daß das ein Irrtum ist. Oder aber, man stellt auch mitunter fest, daß der Ortsegoismus eine Rolle spielt. (Hört!) Hierzu möchte ich sagen: Der Mitgliedsbeitrag ist die zuverlässigste Kalkulations-

basis der Partei und aller ihrer Gliederungen. Ich glaube, auf Kosten der Beitragsmarke kann es keine Sonderleistungen geben. Ebenso dürfte ein Mitglied des Landtags eines großen Landes nur irrtümlich Beitragsmarken zu 6 DM im Mitgliedsbuch haben. Ich glaube, überzeugt sein zu können, daß beide schon morgen hier eine Korrektur vornehmen werden.

Nun eine weitere Feststellung. Dieses Jahr ist eine Frau weniger delegiert als vor zwei Jahren. Es waren vor zwei Jahren nicht viel, und ich glaube, daß der Prozentsatz der delegierten Frauen doch etwas höher sein könnte; denn, Genossinnen und Genossen, erstens nehmen die Frauen einen sehr hohen Prozentsatz der Wähler ein und zweitens entspricht die Zahl der Delegierten nicht ganz dem prozentualen Anteil der Frauen an der Mitgliederzahl. Aber darüber hinaus, glaube ich, geben mehr Frauen dem Parteitag ein anmutigeres Bild (Heiterer Beifall), und ich glaube, mehr Frauen hätten gestern abend am Nockherberg noch mehr Stimmung gebracht.

Zusammenfassend sei also gesagt: Die Mandate sind in Ordnung. Die Mandatsprüfungskommission anerkennt alle Mandate und bittet den Parteitag um Zustimmung (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Ich danke dem Berichterstatter für seinen Bericht. Die Mandatsprüfungskommission beantragt Anerkennung der Berichte über die Mandate insgesamt.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Keine. Einstimmige Zustimmung.

Genossinnen und Genossen! Wenn man die schwere Arbeit verrichten muß, die der Parteitag verlangt, dann darf man auch die Annehmlichkeiten bei diesen Geschäften nicht vergessen. Ich freue mich deshalb, berichten zu können, daß die Genossin Maria Prejawa, die hier als Schriftführerin tätig ist, heute ihren Geburtstag feiert; deswegen die roten Rosen (Beifall).

Zweitens: Wir alle haben die Broschüre „Revolution der Roboter“ überreicht bekommen. Ich glaube, im Namen des Parteitags Dank sagen zu können der „Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen Akademiker“ in München und nicht zuletzt der Landtagsfraktion unserer Partei, die hier in München durch Aufwendung vieler Mittel diese Arbeit ermöglicht und nun durch die Überreichung dieser Broschüre einen Ausschnitt ihrer Arbeit überreicht haben. Meinen herzlichen Dank im Namen des Parteitags an die Landtagsfraktion und an die sozialdemokratischen Akademiker.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein.

Ich erteile das Wort dem Genossen Dr. Werner Stein-Berlin; ihm folgt Max Brauer-Hamburg.

Werner Stein (Berlin): Genossinnen und Genossen! In dem bisherigen Verlauf der Parteitagserörterung ist der Münchner Parteitag von 1902 erwähnt worden. Ich kann nicht behaupten, daß ich dabei gewesen bin. Aber wenn ich in der Parteigeschichte richtig bewandert bin, ist das die Zeit gewesen, als in unserer Partei heftig um das Prinzip der Evolution oder der Revolution gekämpft wurde. Rückblickend ist es sicherlich eindrucksvoll, wie die Geschichte unabhängig von den Beratungen und ihren Ergebnissen eine der

größten Revolutionen in immer wachsendem Tempo vollzogen hat, die die Geschichte der Menschheit durchlaufen hat. Und heute vormittag sind wir darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir nunmehr in eine neue Phase dieser Revolution getreten sind, die man die zweite technische Revolution nennt. Der Genosse Brandt hat gefragt, ob es überhaupt richtig ist, dies eine zweite Revolution zu nennen oder nur eine Fortsetzung der bereits bestehenden. Er hat sich aber doch dafür entschlossen, das erstere anzunehmen.

Ich möchte aber sagen, Genossinnen und Genossen, daß mir nicht so sehr die auftretende Atomenergie dafür ein Grund zu sein scheint, sondern vielleicht noch viel mehr die Tatsache, daß nunmehr in dieser Phase der technischen Revolution auch der vernachlässigte Teil der Menschheit, die sogenannten zurückgebliebenen Gebiete mit dem Ende der Kolonialherrschaft in diesen Prozeß der industriellen Revolution mit aufgenommen worden sind. Ich möchte sagen, daß ich es für ein außerordentlich gutes Vorzeichen halte, daß unsere Partei diesen ersten Schritt in das Atomzeitalter in Gegenwart vieler sozialistischer Freunde aus den asiatischen Gebieten tun kann; denn nunmehr gehören wir noch enger zusammen als bereits in den vergangenen Tagen. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir müssen uns ja deutlich machen, daß die Erde heute nicht mehr so groß ist wie etwa noch zu dem Parteitag von 1902. In knapp zwei Menschenaltern ist die Erde auf fast $\frac{1}{100}$ ihres Umfangs zusammengeschrumpft und heute im Begriff, zu einer Tagesreise zu werden und einen kleineren Umfang zu bekommen. Das hat zur Folge, daß es heute keine politische Ferne mehr gibt, sondern daß politisch gesehen alle Menschen Nachbarn sind, im guten wie im bösen Sinn, und daß es keine Sorgen, auch besonders keine politischen Sorgen eines Teils der Erdbevölkerung gibt, die von dem anderen Teil außer acht gelassen werden können.

Nun, wenn ich auch gesagt habe, daß vielleicht die Atomenergie nicht an erster Stelle als Grund genannt werden soll, daß wir in die neue Phase der industriellen Revolution eintreten, so sind wir doch alle darüber klar, wie außerordentlich wichtig diese neue Energieform für die weitere Entwicklung ist. Und, Genossinnen und Genossen, wir können bzw. wir müssen leider sagen, daß die friedliche Entwicklung der Atomenergie praktisch kaum begonnen hat, während die negative Auswirkung der Atomenergie auf militärischem Gebiet bereits sehr bedeutungsvoll geworden ist.

Ich möchte ein Wort zu einem Antrag sagen, den wir auf der Tagesordnung stehen haben. Es ist der Antrag, der die Regierung auffordert, mit dafür einzutreten, daß die Atombombenversuche beendet werden. Ich möchte diesen Antrag wärmstens unterstützen, muß aber sagen, daß mir seine Begründung insofern unvollständig erscheint, als hier nur die Gefahr der radioaktiven Verseuchung, die durch die Versuche entstehen kann, in den Vordergrund gestellt wird. Wir dürfen aber dieselbe Forderung stellen, auch wenn eine radioaktive Verseuchung mit dieser Waffe nicht verbunden wäre. Es ist eine politische Forderung, daß solche Versuche nicht fortgesetzt werden, und zwar bedeutet diese politische Forderung den ersten Schritt auf dem Weg vom Frieden aus Furcht, wie es gestern genannt wurde, zu einem echten Frieden, in dem echte Annäherungen zwischen den Menschen vor sich gehen können. Die radioaktive Verseuchung, von der heute gesprochen wird, ist ein ernstes Problem und muß im Auge behalten werden. Auch hier haben wir Forderungen

gen zu stellen. Es ist nicht länger angängig, daß die Bevölkerung über diese Gefahr aus der Feder von Leuten unterrichtet wird, die nicht den nötigen sachlichen Ernst aufbringen, sondern eigentlich nur nach dem Honorar gehen, das die illustrierten Zeitungen ihnen zahlen. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, aus lauterer Quelle unterrichtet zu werden, wie groß diese Gefahren sind. Deswegen müssen wir von der Regierung fordern, daß sie Vorkehrungen trifft, daß dieses Ausmaß der radioaktiven Verseuchung, soweit es bereits zu verzeichnen ist, laufend festgestellt und der Bevölkerung in klarer und verständlicher Form mitgeteilt wird. Ich habe das Gefühl, daß die Regierung deshalb versagt, weil sie weiß, daß, wenn sie überhaupt erst einmal auf das Thema der Atomenergie als Waffe zu sprechen kommt, sich herausstellen wird, wie fragwürdig ihre ganze bisherige Wehrpolitik im Licht dieser Betrachtung dastehen würde (Glocke). Wir haben aber die Forderung, daß die Bevölkerung klar und deutlich über diese Gefahr orientiert wird.

Ich glaube, in diesen zwei Phasen gibt es noch eine Gefahr, die wir als politische Menschen, besonders aber als Sozialdemokraten, ins Auge fassen müssen. Diese neue Energiequelle ist dem Laien verhältnismäßig so fremd, daß er hier besonders das Bedürfnis hat, Fachleute zu konsultieren. Da ich selber wenigstens ein bescheidener Fachmann als Physiker auf diesem Gebiet bin, sehe ich darin eine deutliche Gefahr. Es ist nämlich die Gefahr, daß mit der fachmännischen Beratung auch die politischen Entscheidungen an der falschen Stelle fallen (Beifall). Wir müssen stärker als bisher sehr deutlich die fachmännische Beratung von der politischen Entscheidung trennen. Ich sage „sehr deutlich“, weil auch die Kommission, die in dem Atomplan vorgesehen ist, der uns gestern vorgelegt wurde, sicherlich eine Notwendigkeit ist. Selbstverständlich müssen wir über diese neue Energie fachmännischen Rat haben, da wir nicht alle Physiker sein können. Die Gefahr ist aber, daß diese Fachleute gleichzeitig mehr oder weniger versteckt ihre politische Meinung hineinbringen und wir nicht mehr recht unterscheiden können, was fachmännischer Rat und was versteckte politische Vorentscheidung ist. Auf diese Gefahr hat auch der Genosse Carlo Schmid hingewiesen. Da müssen wir uns vorsehen. So wie die Bildungseinrichtungen bisher gestaltet waren, ist es nur natürlich, daß sehr viele Fachleute unserem politischen Denken nicht nahestehen und so versuchen werden, auf unsere politischen Entscheidungen Einfluß zu gewinnen.

Die beiden ausgezeichneten Referate, die wir heute vormittag gehört haben, haben klargemacht, mit welcher gewaltigen Kräften wir es zu tun haben. Ich bin der Meinung, wir müssen uns darüber klar sein, daß diese gewaltigen Kräfte nur gemeistert werden können, wenn wir unseren politischen Willen vergleichbar mit diesen wachsenden industriellen Kräften steigern. Wir müssen noch energischer und leidenschaftlicher für unsere Ziele eintreten, und wir können das auch, weil diese Kräfte, die jetzt neu in die Entwicklung eintreten, eindeutig in unsere politische Richtung weisen. Genossinnen und Genossen! Mit dem Parteitag in München in diesen Tagen sollte endgültig die Gefahr gebannt sein, daß die Partei sich von der demokratischen Plan- und Gemeinwirtschaft abwendet, während die technische Entwicklung ganz eindeutig in diese Richtung drängt (Beifall). Ich darf sagen, daß nicht wenige Genossen nach dem Kongreß in Köln solche Befürchtungen gehabt haben. Die Worte aber, die heute morgen von beiden Referenten gesprochen worden sind, geben uns die Gewißheit, daß die Forderung nach demokratischer

Plan- und Gemeinwirtschaft nach wie vor ein wesentlicher Programmpunkt der Sozialdemokratischen Partei ist (Beifall). Die neuen Energien gehören zu jenen Kräften, die die Produktivität der Wirtschaft weiterhin stark ansteigen lassen. Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen uns dabei vor Augen halten, daß die Produktivitätssteigerung nur der erste Schritt für uns ist. Der zweite und politisch wesentliche Schritt ist, dafür zu sorgen, daß das Produzierte sozialistisch, wenigstens aber sozial gerecht, verteilt wird. Diese Garantie gibt auch die Atomenergie nicht. Ohne unseren politischen Willen werden die Dinge nicht den Verlauf nehmen, den wir von ihnen erwarten, sondern nur dann, wenn wir laufend politisch auf diese Entwicklung Einfluß nehmen, werden wir auch die Erfolge erzielen, die in dieser neuen Entwicklung zweifellos für uns enthalten sind.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen alle — und können das auch ruhig in Gegenwart unserer ausländischen Freunde aussprechen, daß seit dem ersten Weltkrieg der Gedanke des internationalen Sozialismus etwas notleidend geworden ist, und trotz aller menschlichen Sympathie, die über die Grenzen hinüber und herüber kommt, die alte Aktionsfähigkeit der Sozialistischen Internationale noch nicht wiedergewonnen ist. Im Atomzeitalter muß sie aber wiedergewonnen werden. Wir müssen fordern, daß die Sozialistische Internationale über einen unverbindlichen Gedankenaustausch hinauskommt und ein internationales Arbeitsprogramm entwickelt in Richtung des internationalen Sozialismus. Wenn man daran denkt, daß zwei Jahre Wehrbeitrag in Deutschland ausreichen würden, um den gesamten Colombo-Plan für Asien zu finanzieren, sieht man, welche wichtige Probleme heute zur Diskussion stehen und wie wir im internationalen Maßstab den Bolschewismus wirksamer bekämpfen könnten, als es sich die heutige deutsche Regierung vorstellt.

Genossinnen und Genossen! Das Atomzeitalter ist ohne Katastrophen nur als ein sozialistisches Zeitalter vorstellbar. Daß es aber sozialistisch wird, hängt in hohem Maße davon ab, wie starke politische Kräfte wir entfalten können, wie zielbewußt und umsichtig wir nach der politischen Macht greifen und sie verwalten können (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, einige erfreuliche Meldungen.

Wie sehr wir richtig gehandelt haben, als wir diesen Fragenkomplex auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags setzten, mag unter anderem aus den vielen Grußtelegrammen hervorgehen, die wir bisher erhalten haben. Aus den vielen Telegrammen darf ich Ihnen nur zwei zur Kenntnis bringen:

An den Parteitag der SPD, München.

Der Verband der deutschen Studentenschaften dankt dem Parteitag der SPD, daß er mit Entschiedenheit die Bedeutung der Wissenschaft und Forschung für das Schicksal unseres Volkes angesprochen hat und sich für die Förderung des akademischen Nachwuchses voll mitverantwortlich fühlt.

Jösch
(1. Vorsitzender)

Ein zweites Telegramm hat folgenden Inhalt:

Die sozialistischen Studenten haben mit Begeisterung und Ergriffenheit den Appell des Parteitags der SPD gehört, die Forschung und Wissenschaft der Bundesrepublik aus ihrer unwürdigen Lage zu befreien. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, für dieses Ziel das Bildungsmonopol der Begüterten zu brechen und alle Begabtenreserven unseres Volkes auszuschöpfen. Wir sind stolz darauf, daß unsere Partei mit solchem Ernst und solcher Verantwortung in dieser letzten Stunde bereit ist, eine für unser ganzes Volk gefährliche Entwicklung abzuwenden.

Sozialistischer Studentenbund
Bundesvorstand

(Beifall.)

Nummehr erteile ich dem Genossen Brauer das Wort. Ihm folgt Dr. Hermann Veit, Karlsruhe.

Max Brauer (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Ich hatte in den letzten Monaten Gelegenheit, eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu unternehmen. Das wesentliche Ziel meiner Reise war, festzustellen, inwieweit sich die Automatisierung, die Einschaltung der elektronischen Technik und der Atomenergie für friedliche Zwecke in Amerika entwickelten. Ich will bekennen, daß ich mit einer gewissen Skepsis nach Amerika gegangen bin.

„Zweite industrielle Revolution“ — dieses Wort hat gewiß auch etwas Schlagwortartiges an sich. Aber ich muß sagen, was ich drüben gesehen habe, hat mir nicht nur bestätigt, daß die zweite Revolution im Gange ist, wie es die Referenten heute vorgetragen haben, sondern ich habe in Forschungsstätten, Fabriken, Büros und in den Verwaltungen überall diese neuen Entwicklungen bereits Wirklichkeit werden sehen. Was in wenigen Jahren in Amerika auf dem Gebiet der Automatisierung geschehen ist, geht so weit, daß es längst aus den Forschungsinstituten heraus ist und nicht nur die großen Unternehmungen dabei sind, ganze Betriebsvorgänge zu automatisieren, sondern die Automatisierung bereits weit in die Mittelbetriebe hineingreift. Sie können dieses große Land, das einen ganzen Kontinent umfaßt, bereisen und finden in jedem Ort und überall in Industrie und Verwaltung bereits die neuen Maschinen in Gang gesetzt. Es sind hier Beispiele angeführt, wie weit die Automatisierung in einzelnen Industrien gegangen ist. Ich kann eine ganze Reihe weiterer Beispiele hinzufügen, möchte es aber nur bei wenigen tun.

Die Automatisierung hat sich auf das amerikanische Fließband aufgebaut, und das Ergebnis in weiten Industriezweigen sieht so aus, daß man in der Autoindustrie damit rechnet, daß in kurzer Zeit die Arbeitsleistung von 1 Million Arbeitern in der Autoindustrie von 200 000 Arbeitern geleistet werden kann. Das heißt, von fünf Menschen, die in dieser Industrie tätig sind, sind vier überflüssig geworden, wenn man die gleiche Produktionskapazität erreichen will, die bei einer Million Arbeitern gegeben war.

Es ist aber nicht nur in der Autoindustrie so, wie ich schon sagte, sondern in allen Industrien, am stärksten wohl in dem Beispiel, das, glaube ich, Carlo Schmid angeführt hat, wo in modernen Raffinerien statt 800 Mann nur noch

ganze zwölf Mann tätig sind. Ich bin in einer automatischen Werkstätte der Fordwerke gewesen — Riesensäule und Riesenhallen, aber keine Menschen, und am Fließband, wo sonst an jeder Seite die Menschen standen, sind jetzt Maschinenblöcke, die die von den Gießereien kommenden Motorstücke bearbeiten und sie nach dem Arbeitsgang fix und fertig zum Versand abliefern. Mir wurde erklärt, hier werden 6000 solcher Maschinensätze hergestellt, und in der ganz großen Halle waren 52 Beschäftigte in zwei Schichten. Was sie machen, ist, an den Schalttafeln abzulesen, ob die Maschinen funktionieren oder nicht. Dieses Beispiel aber gilt für alle Industrien.

Es geht aber auch hinein in den Handel. Auch da ist, zwar nicht die Automatisierung, aber die Anwendung der Rechenmaschine, der sogenannten Combusters, so weit entwickelt, daß heute die Warenverteilung unter ungeheurer Vereinfachung nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgt. Vor allen Dingen wirkt es sich aber in den Büros aus. Es wurde schon darauf hingewiesen, wie die Gehaltslisten gemacht werden. In der großen Flugzeugfabrik in Los Angeles, die die Super Constellation baut, sind etwa 30 000 Menschen. Vor wenigen Monaten noch hat man die Gehaltszahlungen monatlich durchgeführt. Jetzt ist man zu wöchentlichen Zahlungen übergegangen, und die Gehaltslisten für 30 000 Menschen sind in eineinhalb Stunden fertiggestellt. Man steht vor diesen Dingen und hat keine Antwort. In der Metropolitan Life Insurance, der größten Lebensversicherung New Yorks, machen die Maschinen alle Funktionen bis zur Prämienausrechnung und Fertigung der Rechnungen an die Versicherten. In Philadelphia habe ich eine kleinere Sparkasse mit solchen Maschinen gesehen. Man hat mir erklärt, früher war die Jahresabrechnung, das Hinzuschreiben und Ausrechnen der Zinsen eine Sache, die wochenlang viele Kräfte beschäftigt hat. Mit den Maschinen machen sie diese Arbeit jetzt in 33 Stunden. Jeder, der weiß, was Jahresabschlüsse in Banken und Sparkassen manchmal für eine Belastung bedeuten, kann erkennen, wieweit hier die Maschine schon den Menschen ersetzt hat. Man hat in Amerika in einer solchen Unternehmung, die die Maschinen herstellen, welche die Automatisierung durchführen, eine Bank konstruiert, die die ganzen Bankgeschäfte automatisch durchführen kann. Wenn man mit seinem Scheck hinkommt, läuft die ganze Sache automatisch ab (Glockenzeichen). Ach, um Gottes willen, das ist schade!

Genossen, ich kann nur noch ganz wenige Worte sagen. Ich wollte zunächst auf das Tatsachenmaterial hinweisen und dann die Schlußfolgerungen ziehen, die sich daraus ergeben. Auch die amerikanischen Arbeiter stehen nicht wie die Maschinenstürmer der ersten industriellen Revolution, sondern mit dem Optimismus, der dort drüben üblich ist, der Entwicklung gegenüber. Sie sagen, wir werden diese neue Entwicklung zum Nutzen für das allgemeine Wohl durch kürzere Arbeitszeiten, Erhöhung des Lebensstandards und trotz alledem Vollbeschäftigung, gestalten. Das führt aber — ich möchte das unterstreichen — weit weg von dem uns in der Nachkriegszeit immer wieder von den Neoliberalen vorgesetzten alten Aufguß der Manchesterlehre aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Auch dort in Amerika hat man die großen Probleme der Planung und der Sicherung und Indienststellung der neuen Kräfte zum Wohle aller Menschen erkannt. Ich kann in diesem Augenblick, weil ich schon abgeläutet bin, nicht darüber reden, wie man über die Freizeitgestaltung in Amerika denkt und was man in dieser Beziehung schon

getan hat. Aber ich möchte, wie mein Vorredner schon sagte und der Genosse Carlo Schmid heute morgen bestätigt hat, in dieser großen neuen Entwicklung eine neue Bestätigung unseres sozialistischen Denkens sehen. Auf die erste industrielle Revolution folgte das, was Friedrich Engels in der Lage der arbeitenden Klassen geschildert hat. Es kam aber auch die Umwälzung der Wissenschaften, der Kampf gegen die Anarchie in der Wirtschaft und das sozialistische Gestaltungsbild und Gestaltungswollen, das wir durch die Jahrzehnte als sozialistische Bewegung verfochten haben. Durch das, was sich neu anbahnt, werden wir bei Aufrechterhaltung unserer demokratischen Freiheiten und unseres demokratischen Denkens die Wirtschaft zu dem gestalten, was in der Mitte des vorigen Jahrhunderts vielleicht eine Utopie oder ein Traum war, was sich aber jetzt vor uns als Notwendigkeit offenbart (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Dr. Hermann Veit-Karlsruhe; ihm folgt Erwin Welke-Lüdenscheid.

Hermann Veit (Karlsruhe): Werte Gäste, Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag steht unter einem glücklichen Stern. Die drei Probleme, die in den großen Referaten von gestern und heute behandelt worden sind, haben uns die große, weit über Deutschland hinausreichende Aufgabe eindringlich vor Augen geführt, die der deutschen Sozialdemokratie gestellt ist. Die Größe dieser Aufgabe ist es, und sie allein ist es, die uns gestern zu einer solchen Manifestation der Einmütigkeit und Geschlossenheit dieses obersten Parteiorgans zusammengeführt hat. Das läßt uns hoffen, daß wir den geschichtlichen Auftrag erfüllen werden.

Die beiden bedeutenden Referate des heutigen Tages haben neben vielen anderen Punkten auch das Gebiet der Wirtschaft berührt, und viele von uns haben das begrüßt, weil die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik in einer Partei, die vom Ökonomischen her angetreten ist, leider nicht mehr in der Weise im Vordergrund der Erörterungen steht, wie es früher der Fall war und wie es wieder werden muß. Die Ausblicke, die uns die Genossen Leo Brandt und Carlo Schmid in einer großartigen Schau gezeigt haben, ließen uns wieder erkennen, daß die großen Aufgaben, die der Menschheit gestellt sind, mit den Mitteln einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, auch nicht mit einer auf neu aufpolierten Wirtschaftsordnung zu lösen sind. Wir sind auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit von unseren Gegnern durch eine skrupellose und unwahre Propaganda zu stark in die Defensive gedrängt worden. Man wollte uns das menschenunwürdige System der Zwangswirtschaft anlasten, das in Deutschland eingeführt worden ist, als die Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern und in den Zuchthäusern saßen, das von Menschen eingeführt worden ist, die zum Teil heute wieder verantwortliche Stellen in Bonn bekleiden (Beifall). Obgleich wir es auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik an sich nicht nötig haben, uns als Vorkämpfer für die Freiheit der Menschen, allerdings nicht einzelner Gruppen, sondern aller Menschen zu legitimieren, haben wir das tun müssen, weil wir einer lügnerischen Propaganda begegnen mußten. Vielleicht ist in dieser Auseinandersetzung von dem einen oder anderen zuviel gesagt worden, vielleicht hat mancher unseren Freiheitswillen so in den Vordergrund

gestellt, daß uns zur Verwirrung unserer Anhänger von den Gegnern fast nichts mehr zu trennen schien. Heute ist wieder alles klar geworden. Wir sind nicht das letzte Aufgebot der Brigade Erhard. Von ihm trennt uns immer noch eine Welt. Für uns ist nicht die Methode der Inbegriff unseres wirtschaftlichen Handelns, sondern der Mensch, seine Befreiung und seine Selbstverwirklichung. (Sehr richtig!) Die Wirtschaftspolitik hat uns die Aufgabe gesetzt, drei Ziele gleichzeitig und gleichwertig anzustreben: das Ziel der Vollbeschäftigung, das Ziel der gerechten Verteilung des Sozialprodukts und das Ziel der Stabilität der Währung. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß sich diese Ziele von selbst verwirklichen durch das freie Spiel der Kräfte. Es ist dies eine Täuschung, die sich durch die Entwicklung der letzten zehn Jahre und einen fast immer wolkenlos blauen Himmel dargestellt hat. Es ist ein Irrtum, der teilweise auch in unserer Partei Platz gegriffen hat, daß das Spiel der Kräfte allein diese Ziele erreichen könnte.

Wir haben aber feststellen müssen, daß schon zwei Erscheinungen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in ernste Bedrohung geführt haben. Einmal war es die Koreakrise. Sie erinnern sich noch an die Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers vor dem Bundestag. Er hat damals sogar Mittel angekündigt, von denen wir alle längst nichts mehr wissen wollten und die den zwangswirtschaftlichen Methoden nahe kamen. Heute stellen wir fest, daß die Bundesregierung mit der Situation der Konjunkturüberhitzung nicht mehr fertig wird, daß sie es der Bank deutscher Länder überlassen muß, mit den sehr globalen und sehr harten, weil gleichmäßig Gerechte und Ungerechte treffenden Methoden einigermaßen diese Überhitzung abzumildern. Eine Wirkung ist bisher nicht eingetreten. Die Tatsache, daß wir in Deutschland einen Geldmarkt haben, der einen Zinsertrag von fast über 3 Prozent mehr bringt als in der übrigen Welt, hat ein Zinsgefälle entstehen lassen, das sich die Banken zu eigen gemacht haben, um Kapital vom Ausland nach Deutschland hereinzubringen, wodurch die Wirkung der Methoden der Bank deutscher Länder inhibiert werden. Wir haben also festzustellen, daß die Mittel der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, wenn man überhaupt von einer Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sprechen kann, nicht einmal mit diesen doch recht bescheidenen Auswirkungen, die in der letzten Zeit eingetreten sind, fertig zu werden vermag. Wie soll das einmal werden, wenn nun auch die großen Fragen zu lösen sind, die vor uns stehen. Die Bundesregierung hat sich die Aufrüstung in kurzer Zeit zur Aufgabe gestellt, und der Bundeswehrminister ist der Meinung, daß dieses Problem auch schon dadurch wirtschaftlich gelöst ist, daß man die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Wie die Überhitzung übersteigert werden wird, wenn in kürzester Frist diese Wehrmacht aufgestellt und ausgerüstet wird, das werden wir in der nächsten Zeit erkennen, und die Situation, die schon jetzt gefährdend zu werden beginnt, wird sich in ihrer Gefährlichkeit steigern, wenn die Bundesregierung nicht in der Lage ist, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen mit der Situation fertig zu werden.

Die Probleme der Automatisierung und der Kernenergie, die wir heute morgen in so eindringlicher Weise vor Augen geführt bekamen, stellen neue, sehr ernste und schwierige Fragen: die riesige Frage, wie die Investitionen zu finanzieren sind, denen wir uns nicht entziehen können, weil wir auf beiden Gebieten nicht hinter anderen Völkern der Welt zurückstehen können, die

Frage der neuen Machtzusammenballung und der Bildung von Monopolen, die entstehen, wenn man es etwa der freien Wirtschaft überläßt, diese Probleme der Automatisierung und der Kernenergie nach eigenem Gutdünken zu lösen, die Fragen der gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen, die mit diesen Problemen aufstehen, die Fragen der Forschung und Bildung usw. Ich kann nur andeuten, daß die Veränderung des weltwirtschaftlichen Kräftespiels dadurch, daß beinahe eine Milliarde Menschen unter den Methoden der zentralen Verwaltungswirtschaft lebt, dem Spiel der Kräfte auf dem Weltmarkt jederzeit ernste Schwierigkeiten zu bereiten in der Lage ist. Hinzu kommt die Frage der Entwicklung befreiter oder erwachender Völker in Asien und Afrika. Wollen wir sie dem Spiel kapitalistischer Impulse überlassen? Dann werden viele Länder nicht entwickelt und andere werden ausgebeutet. Oder wollen wir sie dem Machtblock des Kommunismus überlassen? Da wäre es gut, wenn die sozialistischen Länder in Afrika und Asien, in denen gläubige Sozialisten leben, mit den Sozialisten Europas einen noch engeren Kontakt herstellen könnten, und wenn dies dadurch ermöglicht würde, daß in den Völkern Europas, Afrikas und Asiens die Gewißheit Platz greift, daß die Sozialisten aller Länder sich von der Idee des Kolonialismus abgewendet haben (Beifall).

Es sollten nachgerade alle Menschen erkennen, daß nicht mehr die Alternative gegeben ist zwischen der kapitalistischen Wirtschaft und dem Kommunismus, sondern, wenn die freie Welt bestehen will, nur noch die Alternative zwischen freiheitlichem Sozialismus der Menschenwürde und Humanität und der sozialen Sicherung für alle Menschen und Völker einerseits und dem totalitären, diktatorischen Zwangsstaat des Kommunismus andererseits. Mögen endlich die deutschen Menschen erkennen, wo ihr Platz ist! Mögen sie mit uns die Aufgabe sehen, mit dem freiheitlichen Sozialismus nicht nur das deutsche Volk, sondern die Menschheit vor der Barbarei oder dem Untergang zu retten (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Erwin Welke, Lüdenscheid. Ihm folgt Georg Kahn-Ackermann, München.

Erwin Welke (Lüdenscheid): Genossinnen und Genossen! Wir haben am heutigen Morgen in sehr eindrucksvoller Weise die Problematik empfunden, die hier an uns herangetragen wurde. Es klingt fast vermessen für denjenigen, der sich darum bemüht, hier einen Diskussionsbeitrag zu leisten und das in der Absicht zu tun, die Ausführungen zu vertiefen. Ich glaube aber, sie sollten in einem mir wesentlich erscheinenden Punkt ergänzt werden, ergänzt werden aus der praktischen Kulturpolitik der Partei heraus gesehen. Und da will es mir scheinen, als sei ein großer Teil der Problematik, die auf dem Bildungs- und Erziehungssektor liegt, in der Bundesrepublik dazu angetan, hier aufgezeigt zu werden im Zusammenhang mit der Frage, ob es denn wirklich einzig und allein nur darum gehen könne, Wissenschaft und Forschung so auszustatten, Nachwuchsprobleme der einzelnen Disziplinen so in den Vordergrund zu stellen, wie das bisher der Fall gewesen ist. Mir will es scheinen, als handle es sich hier um ein sehr weitgehendes Bildungsproblem, um die Frage, welches Menschenbild uns eigentlich vorschwebt in dem Augenblick, wo wir darangehen, die Aufgabe zu lösen, die uns unser Zeitalter stellt.

Genossinnen und Genossen, ich will damit zum Ausdruck bringen, daß wir es in erster Linie mit Menschenbildung auf breitester Grundlage zu tun haben. (Sehr richtig!) Man sprach hier sehr häufig, ganz klar und sicherlich zu Recht von den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten. Ich möchte hier die Meinung vertreten, daß auf dem Bildungssektor die Bundesrepublik sicherlich auch zu einem unterentwickelten Gebiet gehört (Beifall).

Wir müssen die Frage stellen, wie die Bildungsmittel und Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik beschaffen sind, die wir brauchen und einsetzen müssen, um das Bildungsziel, das wir anstreben, auch erreichen zu können. Dann erfassen wir die Kalamität, in der wir uns befinden. Welches Menschenbild und welches Bildungsziel schwebt uns vor? Welche Bildungsträger müssen wir heranziehen, um das Bildungsgut weiterzutragen? Nun, wir haben in unserer Welt — und das haben die geistigen Väter des Sozialismus schon zu einem sehr trüben Zeitpunkt getan — umfassende Vorstellungen von diesem Menschenbild, wir leben aber nicht in einer sozialistischen Gesellschaft. Wir haben auch in neuerer Zeit im Kulturpolitischen Ausschuß der Partei und im Kulturpolitischen Ausschuß des Bundestags in der Fraktion ganz bestimmte Forderungen erarbeitet, die wir durchsetzen wollen und durchsetzen müssen. Es würde zu weit führen, sie hier im einzelnen aufzuzählen. Vielleicht darf ich aber einige wenige Stichworte geben: Die Frage nach der Lehrerbildung — das berührt ja das Problem der Bildungsträger von morgen —, untrennbar damit verbunden steht die Lehrerbeseoldung, die Frage nach der Lehr- und Lernmittelfreiheit und damit auch zugleich die Brechung des Bildungsmonopols, die uns schon immer vorgeschwebt hat und die, glaube ich, heute in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist. Dazu gehört die Hochschulreform, dazu gehört die Frage nach der Grundschulreform. Und damit habe ich vielleicht einen der entscheidenden Punkte berührt: die Grundschule. Genossinnen und Genossen! Durch die Grundschule und die Berufsschule gehen 90 Prozent unserer Menschen. Die Grundschule ist also die echte Schule des Volkes, und nicht die Kaserne (Beifall). Wenn wir hier unsere klaren Vorstellungen realisieren wollen, ist es notwendig und unsere Pflicht, daß wir uns einmal darüber klarwerden, welche Verhältnisse wir in der Bundesrepublik und in den Ländern der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Grundschule haben. Die Kommunen sind die Träger. Das wissen wir. Wer aber heute einmal Umschau hält in den vielen großen und kleinen Gemeinden der Bundesrepublik und der einzelnen Länder, der erkennt doch, daß wir noch nicht einmal die wesentlichste Voraussetzung für eine echte Beschulung und damit auch für die Schaffung einer echten Plattform für die Menschenbildung geschaffen haben und schaffen konnten. Die Gemeinden sind weitgehend von den Ländern unterstützt worden, und hier spielt die Frage der finanzstarken und der finanzschwachen Länder natürlich eine entscheidende Rolle. Die heutige Situation ist aber doch die: die Kommunen als Träger des Schulbaus sind doch nicht mehr in der Lage — auf Grund der Tatsache, daß der öffentliche Kapitalmarkt zusammengebrochen ist —, die Finanzierungslücken zu schließen, die immer dort auftauchen, wo es sich um die Durchführung wichtiger und entscheidender Projekte handelt. Der öffentliche Kapitalmarkt hält mit seinem Geld zurück, und zwar in erster Linie deshalb, weil es jetzt gilt, die Aufrüstung zu finanzieren und weil dabei ein sehr viel besseres Geschäft zu machen sein wird als im Rahmen echter kommunaler Aufgaben. Notwendige Schulbauten konnten

nicht in Angriff genommen werden; in Angriff genommene Schulbauten liegen zum Teil schon seit zwei bis drei Jahren als Ruinen still, weil die Restfinanzierung nicht gesichert werden konnte.

Ein zweiter wichtiger Punkt, der zu meinen Anträgen gehört, ist dieser: Mit verblüffender Deutlichkeit wurde uns klar — und, damit meine ich die Genossinnen und Genossen, die im Rahmen der Arbeit der Bundestagsfraktion die Aufgabe haben, auch Verhandlungen mit den Kultusministern der Länder zu führen — — (Glocke) — Dazu muß ich noch einige Worte sagen.

Wir haben den Antrag eingebracht, eine Stiftung zur Förderung des Schulbaues auf Bundesebene einzurichten. Diese Stiftung sollte mit 100 Millionen DM ausgestattet werden. Es war geplant, damit jene Bauten fertigzustellen, die im Rahmen der Entwicklung nicht fertiggestellt werden konnten. Bei einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der Länder waren es unter anderem auch sozialdemokratische Kultusminister, die die erste Frage nicht etwa im Blick auf die Aufgabe, die als zentrale Verantwortung des Bundes gesehen werden mußte, stellten, sondern die einzig und allein sich um die Klärung der Frage bemühten, wie viele Millionen den Ländern von der Stiftung eventuell gegeben werden könnten. Sie lehnten diese Stiftung ab, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie in erster Linie auf die im Grundgesetz verankerte Kulturautonomie der Länder pochten. Ich will mich hier nicht weiter verbreitern über die Tatsache des föderalistischen Aufbaues der Bundesrepublik. Ich will auch nichts sagen zu dem Antiweimar, das aus dieser Verfassung auf uns zukommt. Eines aber muß hier festgestellt werden: Echte zentrale Aufgaben, wie sie heute an uns herangetragen worden sind, können nur zentral gelöst werden (Beifall). Wir wollen und müssen es durchsetzen, Genossinnen und Genossen, daß wir endlich soviel Angleichung — ich sage jetzt nicht Vereinheitlichung, weil ich die Uniformierung wie jeder andere hier ablehne — einführen sollten wie nötig ist, und soviel freie Entwicklung und echtes Wachstum aus dem Brauchtum heraus wie möglich zulassen sollten. (Erneut Glocke).

Einige Worte auch zu unseren Anträgen im Zusammenhang mit der Vorlage „Die zweite industrielle Revolution“, der Begabtenauslese. Heute fördern 22 verschiedene Stellen in der Bundesrepublik durch Stipendien, und keine weiß von der anderen, was sie tut. Es wird gefördert nach dem „Gesangbuch“, nach der Zugehörigkeit zu einer Verbindung; es wird gefördert nach allen möglichen Gesichtspunkten, aber es wird selten oder nie gefördert nach der Aufgabenstellung, die wir uns nach diesen Referaten noch zu erarbeiten haben (Beifall). Das, liebe Genossinnen und Genossen, können wir uns auf die Dauer nicht gefallen lassen. Eine einzige Organisation, die Stipendienstiftung des deutschen Volkes in Bad Godesberg, fördert echt zentral. Sie betreibt — und kein Wort dagegen; es ist ihre Aufgabe — echte Elitenförderung. Es ist erreicht worden, daß ihre Mittel wesentlich erhöht wurden. Gerade in diesem Zusammenhang müßten wir nicht nur ein Programm für Begabtenauslese fordern, sondern unendlich viel weiter gehen und die Forderung erheben, eine Stiftung für die allgemeine Begabtenförderung zu schaffen. Wir haben bereits einen Antrag gestellt, eine solche Stiftung mit 20 Millionen DM auszustatten.

Als letztes ein Wunsch: Ich wollte, der Parteitag wäre in der Lage, die Kultusminister der Länder, soweit sie Sozialdemokraten sind, dazu zu bewegen, ein ganz klein wenig Föderalismus aufzugeben im Interesse unserer großen Sache. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Kahn-Ackermann.

Georg Kahn-Ackermann (München): Genossinnen und Genossen! Wie Sie habe ich heute morgen den beiden erregenden Referaten zugehört, und wie dem Genossen Welke ist mir dabei klar geworden, wie sehr doch auch wir darauf bedacht sein müssen, bei den Aufgaben, die uns in der Zukunft gestellt sind, nicht auf einem Fundament zu bauen, das diese Dinge nicht zu tragen vermag. In beiden Referaten von heute morgen ist die Rede davon gewesen, daß die Bildungsinstitutionen der Bundesrepublik von unten bis oben den Aufgaben, die jetzt an sie gestellt sind, ganz zu schweigen von Aufgaben, die sie in der Zukunft übernehmen müssen, nicht gewachsen sind. Ich glaube, es war der Genosse Brandt, der heute morgen sagte, daß die Inder 5000 Freistellen bei uns gewünscht hätten, an unseren Ingenieurschulen, Technischen Hochschulen, Universitäten und sonstwo.

Genossen! Wir könnten sie ihnen heute gar nicht geben, weil die Plätze gar nicht vorhanden sind. Man muß sich doch daran erinnern, daß alles, fast alles bei uns wieder aufgebaut ist bis auf die Institutionen des Bildungswesens, wo heute noch fast die Hälfte unserer Kriegsverluste, trotz all dem, was schon geleistet worden ist, erst wieder aufgebaut werden muß.

Genossen! Wir haben vor einiger Zeit im Bundestag darüber gesprochen und der Öffentlichkeit Zahlen darüber mitgeteilt, wo und woran es noch fehlt. Aber, Genossen, wenn man von der Neuorganisation des deutschen Bildungswesens spricht, das in unmittelbarem Zusammenhang mit all den Problemen steht, die heute morgen vorgetragen worden sind, mit dem technischen Nachwuchs, mit der politischen Bildung, mit der Heranziehung von Wissenschaftlern, mit der Vermehrung der Mittel für Forschung und Wissenschaft und mit der Aufrüstung unserer Universitäten, muß man sich doch auch darüber klar sein, welch ungeheures Paket von Problemen leider Gottes hinter der Lösung dieser Aufgaben heute in der Bundesrepublik steht. Wir haben es ja in der Vergangenheit so oft erleben müssen, daß hier auf diesem Gebiet das gemeinsame Anliegen zurücktritt, das gelöst werden muß, vor formellen Hindernissen.

Und Genossen, es ist hier gesagt worden: Die Kultusminister müßten in Zukunft in Permanenz tagen. Genossen! Wir haben die Kultusminister zehn Jahre erlebt. Ich will ihnen keinerlei Vorwürfe machen; es ist auch eine Menge geleistet worden. Aber wenn wir die Leistungen mit dem vergleichen, was heute morgen hier an Forderungen aufgestellt worden ist, so stellt sich uns die Frage: Ist jene Grundlage erreicht, auf der wir das aufbauen können, was morgen geschaffen werden muß? — Diese Frage müssen wir leider Gottes verneinen.

In diesem Zusammenhang, Genossen, möchte ich eines sagen! Wenn wir diese Forderungen erheben, müssen wir auch den Mut haben, die politischen Konsequenzen auf allen Gebieten zu ziehen, wo wir sie ziehen müssen. Das ist doch eine der entscheidenden Fragen, die hier in jedem Falle gelöst werden müssen. Ich wäre sehr froh, wenn dieser Parteitag sozusagen das Startsignal für uns würde, daß wir endlich in die Lage versetzt werden, die politischen Konsequenzen aus diesen Forderungen zu ziehen, jedenfalls auf den Gebieten, wo sie notwendig sind. Ich möchte wie mein Vorredner sagen: Es geht nicht

darum, die Kulturautonomie und den Föderalismus der Bundesrepublik zu zerschlagen, im Gegenteil! Wir haben ja stets dem Grundsatz gehuldigt: So föderalistisch wie möglich, so zentralistisch wie notwendig! Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre, Genossinnen und Genossen, haben uns zu der Erkenntnis geführt, daß auf einigen Stätten unseres Bildungswesens, unseren Universitäten, z. B. in diesem Punkte etwas geändert werden muß, und es geht nicht an, daß in den ärmeren Ländern die Aufgaben nicht so gemeistert werden, daß dringende Probleme im Zusammenhang mit der Forschung und der Wissenschaft, mit der Gewährung von Stipendien, mit dem Ausbau von Universitäten zurückstehen müssen, weil die Mittel nicht da sind, obwohl es in unserem gesamten Interesse notwendig wäre, daß diese Mittel dann von einer Zentralstelle gegeben werden.

Sehen Sie, Genossen, wenn wir nicht anfangen, hier wirklich mit Hilfe der politischen Schlüsse und Entschlüsse, die wir daraus ziehen müssen, die etwa notwendigen Änderungen vorzunehmen, dann, Genossen — und das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen —, machen auch wir uns mitschuldig an dieser Situation des Mangels in der Bundesrepublik auf dem Gebiet des Bildungswesens, deren eine Folge davon ist, daß in vielen Ländern der Bundesrepublik immer noch eine reaktionäre Kulturpolitik getrieben werden kann. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß wir hier einige Änderungen herbeiführen, und das bezieht sich auch — wenn ich das sagen darf — auf die bei uns dringend notwendige Universitätsreform.

Genossen! Die Organisationsform und der Lehrbetrieb an unseren Universitäten sind auf die Forderungen, die von den Genossen Brandt und Carlo Schmid heute morgen erhoben worden sind, nicht eingerichtet. Wir können die wissenschaftlichen Aufgaben mit der Organisationsform und dem Lehrbetrieb, wie sie heute an unseren Universitäten herrschen, nicht lösen, und eine Voraussetzung für die Lösung dieser Fragen ist eben jene Reform, die jahrelang auf sich warten lassen wird, wenn wir nicht in die Lage versetzt werden, von oben in einer politischen Entscheidung, ohne die Unabhängigkeit der Universitäten anzutasten, hier Änderungen herbeiführen, um diesen Dingen eine Bahn zu brechen.

Genossen! Sie haben heute morgen gehört, daß, abgesehen von diesen Hindernissen, darüber hinaus in unserem Grundgesetz und den verfassungsmäßigen Zuständigkeiten ein schwieriges Hindernis liegt, zudem wir ja auch noch den Widerstand unserer politischen Gegner in dieser Frage brechen müssen. Wie wenig weit die Erkenntnis gediehen ist, mögen Sie daraus ersehen: Heute morgen ist hier mitgeteilt worden, Großbritannien gebe 1,2 Milliarden zur Förderung des technischen Nachwuchses aus. Bei uns in der Bundesrepublik haben sie uns in diesem Jahr bei den Haushaltsberatungen kümmerliche 20 Millionen zur Lösung dieser dringenden Aufgaben abgelehnt. Auf diese Art und Weise kann aber in der Bundesrepublik diese Angelegenheit nicht in Angriff genommen werden, und ich möchte noch einmal erneut den Appell an Sie richten: So, wie die Dinge heute organisiert sind, und so, wie auch verschiedentlich in unseren eigenen Reihen auf diesen Zuständigkeiten, die fallen müssen, beharrt wird, können wir die großen Aufgaben, die uns hier zukünftig gestellt sind, nicht lösen. Hier muß etwas geändert werden, und das kann nur aus dem politischen Entschluß der Partei heraus geschehen, und

wenn man uns in Bonn dazu in die Lage versetzt, diesen Beschluß auszuführen. Es ist Ihnen wahrscheinlich allen klar, daß diese Zusammenarbeit nicht möglich ist bei der Unterschiedlichkeit, wie sie in den einzelnen Ländern nun einmal gegeben ist. Es ist aber nicht so, daß wir Anklagen erheben. Wir wissen, daß sehr viel geleistet worden ist. Aber die Erfahrung der letzten Jahre bewegt uns leider dazu. Lassen Sie mich, Genossen, mit einem Wort des Dankes an die bayerische Landtagsfraktion, an die sozialdemokratischen Akademiker in München schließen, die es durch ihre jahrelangen Bemühungen dahin gebracht haben, daß dieses Thema heute im Mittelpunkt der Erörterungen der deutschen Öffentlichkeit steht. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Waldemar von Knoeringen, anschließend der Genosse Herbert Wehner.

Waldemar von Knoeringen (München): Genossinnen und Genossen! Für uns ist das heute ein großer Tag. Die ausgezeichneten Referate von heute vormittag haben uns in ihrem wesentlichen Inhalt schon seit Jahren beschäftigt. Wir erleben nun den historischen Augenblick, in dem eine große Partei, nämlich die unsrige, solche Gedanken einer praktischen politischen Verwirklichung zuführt. Aber, Genossinnen und Genossen, es geht nicht nur darum, die Situation von heute zu erkennen. Es ist, wie wir gehört haben, höchste Zeit, etwas zu tun (Beifall). Die Voraussetzung für dieses Tun aber ist, geistige Unruhe in unsere Partei hineinzutragen (Beifall). Wir dürfen nicht erwarten, daß der Vorstand schon das Richtige tut, die richtigen Entschlüsse faßt. So wie einst bei der ersten industriellen Revolution die Sozialisten mit naturwissenschaftlichen Lehrbüchern in der Tasche herumgegangen sind, so müssen auch wir wieder anfangen zu lernen und zu studieren, um die Aufgaben der Zeit meistern zu können. (Lebhafter Beifall.)

Es ist gestern davon gesprochen worden, daß man sich der Remilitarisierung widersetzen, die Wehrpflicht wieder rückgängig machen solle. Da habe ich mir gedacht, es werden wahrscheinlich nicht 10 Jahre vergehen, bis wir wieder ein neues Gesetz ähnlich Artikel 131 schaffen müssen, um die überflüssig gewordenen Soldaten wieder in einen normalen zivilen Beruf zurückzuführen (Beifall). Denn, Genossinnen und Genossen, die revolutionäre Entwicklung, die sich heute auf Grund der zweiten industriellen Revolution auch auf dem Gebiet der modernen Waffentechnik vollzieht, ist heute in ihren Auswirkungen noch nicht zu übersehen. Ich will mich darüber nicht verbreitern, aber neue Probleme fordern neues Denken, fordern neue Formen des Handelns, fordern einen neuen Stil in der deutschen Politik (Beifall).

Der Vorstand hat Ihnen eine Entschliebung vorgelegt, die sieben Punkte enthält. Diese sieben Punkte sollen nicht nur allgemeine Forderungen, sondern ein Programm sein, das wir Punkt für Punkt annehmen und verwirklichen.

Ich mache folgenden konkreten Vorschlag: Im September wird eine Konferenz sämtlicher sozialdemokratischer Landtagsfraktionen unter Beteiligung der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes einberufen (Sehr gut!). Diese Konferenz sozialdemokratischer Parlamentarier hat die Aufgabe, eine gemeinsame Richtlinie für ihre Politik in den einzelnen Ländern in diesen sieben Punkten zu entwickeln. (Sehr gut! — Beifall.) Wir gehen zurück in unsere Landtage und stellen in jedem Parlament der Bundesrepublik dieselben

Anträge und werden in allen Parlamenten der Bundesrepublik die Auseinandersetzung um die Finanzierung dieser Fragen erzwingen. (Lebhafter Beifall.)

Punkt 2 dieser sieben Forderungen verlangt ein umfassendes Programm zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, Einigung zwischen Bund und Ländern über Schwerpunktaufgaben für Wissenschaft und Forschung und anderes. Das ist nicht zu verwirklichen ohne einen Finanz- und Zeitplan.

Wir sind nicht mehr in der Lage, in den einzelnen Ländern die Geldmittel aufzubringen, die heute allein die wissenschaftliche Forschung von uns verlangt. Das ist auch vom Genossen Leo Brandt gesagt worden. Wenn unsere Partei im Bundestag eine Anfrage stellt, sagt der Herr Bundesinnenminister: Tut mir leid, ist eine Angelegenheit der Länder. Gehen wir zu unserem Länderfinanzminister, was sagt er?: Tut mir leid, ich hab' kein Geld. Und dann bleibt die Sache, wie sie ist, und wir fallen zwischen den Sesseln durch. Dieses System reicht in der Zeit der zweiten industriellen Revolution nicht mehr aus. Wenn es möglich ist, für die Bundeswehr neun Milliarden jährlich auszugeben, wird es auch möglich sein, für die neuen Aufgaben neun Milliarden auszugeben. (Sehr starker Beifall.) In den einzelnen Ländern werden wir zu verlangen haben, daß unsere Ministerpräsidenten nicht nur gelegentlich auf Besprechungen zu Tagesordnungspunkten dieser Art Stellung nehmen, sondern wir werden zu verlangen haben, daß sie sich als Ministerpräsidenten dieser Sache dringendst annehmen, daß sie eine Form für die Zusammenarbeit der Länder finden und mit dem Bund entsprechende Absprachen für die Finanzierung eines großen Planes zur Durchführung dieser sieben Punkte erstellen.

Genossinnen und Genossen! Die Stunde des Föderalismus — das möchte ich mit allem Ernst und Nachdruck sagen — hat geschlagen, wenn die Länder nicht aufwachen und gemeinsam handeln. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich bin gegen die wachsende Zentralisierung. Sie wird zwangsläufig kommen — das liegt in der Natur der Sache —, aber wir müssen die Gefahren der wachsenden Konzentration von Macht erkennen, und wir müssen alle Kontrollmöglichkeiten ansetzen, um diese Macht unter Kontrolle zu bringen.

Hier liegt die Wurzel meines Föderalismus. Ich bin der Meinung, die Länder müssen sich untereinander verständigen, aber sie müssen bei der Kontrolle, wenn es um die Durchführung dieser Dinge geht, eingeschaltet bleiben. Aus diesem Grunde werden wir sehr ernsthaft arbeiten müssen, um in den einzelnen Landesparlamenten die geeigneten Vorschläge zu machen, um einen entsprechenden Finanzierungsplan vorzulegen, um in der Öffentlichkeit eine Bewegung zu erzeugen. Und ich sage Euch, der kleine Mann auf der Straße ahnt etwas von diesen Dingen. Unterschätzen wir das heute nicht, unterschätzen wir unsere Jugend nicht. — Das Telegramm der deutschen Studentenverbände ist ein Beweis dafür; es war die erste Stimme aus dem deutschen Volk, die zu uns gekommen ist und ja gesagt hat zu dieser Debatte auf unserem Parteitag. (Starker Beifall.) 1800 Mark für einen Studenten, 18000 Mark für einen Soldaten — das ist kein Verhältnis im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution.

Neue Probleme treten vor uns hin. Wir können sie nicht lösen, wenn wir aus irgendeinem Büchlein das Rezept abschreiben. Wir können uns auch nicht

führen lassen in die neue Zeit von irgendeinem großen Theoretiker der Vergangenheit. Wir müssen selbst aus dieser Zeit heraus die modernen technischen Methoden entwickeln. Indem wir das tun, werden wir als Partei ein neues Gesicht zeigen — aber nur dann und nicht aus propagandistischen Gründen. Genossinnen und Genossen! Unsere Propaganda wird gut sein, wenn sie aus einem gläubigen, überzeugten Herzen kommt (Beifall).

Unterschätzen wir die Problematik nicht, seien wir nicht überheblich, gehen wir bescheiden, aber mit Leidenschaft an die Dinge heran — nicht mit Fanatismus, das ist schlecht —, aber mit Leidenschaft, die uns vorwärtsbringt, weil wir wissen, daß eine große Stunde der Menschheit da ist. Wenn die große Auseinandersetzung zwischen Ost und West sich entwickelt — ich habe das bestimmte Gefühl, es wird nicht mehr die Auseinandersetzung der Atombomben sein, sondern es wird sich die Auseinandersetzung auf technischem und ökonomischem Gebiet abspielen, auf den großen Arbeitsfeldern der Wissenschaft wird um die Führung in dieser Welt gerungen werden —, wenn heute die Russen zu uns kommen und von Ort zu Ort gehen, von der Ziegelfabrik bis zum Atommeiler alles anschauen, um, wie mir kürzlich einer gesagt hat, das Beste hinüberzunehmen — was ist es dann anderes, als der Siegeszug abendländischen Geistes in der Welt, der sich heute durch die Technik alle Länder der Welt erobert? Hier haben wir die Chance, hier ist der Beitrag unseres Volkes zu einer Neuordnung Europas — deshalb auch der Punkt 7, der eine internationale Politik auf diesem Gebiet verlangt.

Genossen, es wäre stundenlang zu reden und man würde nicht müde werden. Immer, wo wir es getan haben, haben wir Menschen für diesen Gedanken gewonnen. Klammern wir uns nicht nur an die Fragen der Wehrpolitik. Sie wird mit überrannt werden von den neuen Problemen, die hier auftauchen. (Sehr gut!) Mißachten wir sie nicht, nehmen wir sie ernst, aber schauen wir über sie hinaus und seien wir uns darüber klar, daß man das Problem nicht meistern kann, wie es die Russen versuchen, d. h. durch Technik plus politischer Macht. Hinzu gehört die Freiheit des Geistes, die Freiheit der Forschung und der Wissenschaft auf allen Gebieten. Wir werden die Technik nicht bewältigen, wenn wir nicht aus der geistigen Sphäre des Menschen heraus überlegen sind. Und wir werden überlegen sein! Diese Freiheit der Wissenschaft kann Rußland nicht gewähren, weil die Freiheit wissenschaftlicher Forschung gegen die Fundamente jeder Diktatur gerichtet ist. (Sehr gut! und starker Beifall.)

Indem die Sozialdemokratie diese Freiheit fordert, indem sie verlangt, Politik und Wissenschaft zu vereinen, indem wir politische Bildung an unsere Universitätsprofessoren zuerst herantragen, indem wir ihre Verantwortlichkeit, ihre Mitverantwortlichkeit entwickeln, werden wir auch die Fundamente schaffen, die uns als Demokraten und Sozialisten eine Politik entwickeln lassen, die die Partei weiterträgt in eine neue Zeit. (Anhaltender starker Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Herbert Wehner, dann Genosse Fritz Erler.

Herbert Wehner (Bonn): Genossinnen und Genossen! Das Thema, das uns heute fesselt, ist ein erregendes Thema — wir alle merken es. Es handelt

sich dabei nicht um Zukunftsträumereien, sondern auch diese Zukunft hat schon begonnen. Ich glaube, die ganze Partei wird es den beiden Sprechern dieses Tages danken, und viele außerhalb der Partei werden es ihnen und der Partei danken, daß sie diesen Problembereich in dieser Weise heute hier zum zentralen Thema gemacht haben. Danken wird man ihnen besonders das eine, daß sie diesen Problembereich mitten in unsere Gegenwart hineingestellt haben, und daß es ihnen gelungen ist, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Es ist hier gesagt worden, daß *jetzt* etwas getan werden muß. Vieles von dem, worüber hier gesprochen wurde, befaßt sich gerade mit dem, was jetzt zu tun ist. Die Weichen werden nämlich jetzt gestellt, und dem gilt meine Bemerkung: Wir müssen feststellen, daß gerade in der Bundesrepublik offenbar von gewissen Interessenskreisen mit um so größerer Verbissenheit versucht wird, diese Weichen in einer bestimmten Richtung zu stellen, als wir in Deutschland in der Entwicklung dessen, worauf es ankommt, noch sehr weit zurück sind.

Die Bundesregierung hat kürzlich — das ist bisher in der deutschen Öffentlichkeit nicht recht bekannt geworden — den eigentümlichen Standpunkt eingenommen, daß sie von sechs beteiligten Regierungen, die sich um die Bildung einer europäischen Gemeinschaft zur Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke bemühen, die einzige Regierung war, die sich gegen eine Regelung des Eigentumsverhältnisses an den Kernbrennstoffen gewendet hat, in dem Maß, wie sie alle anderen fünf Länder gewollt haben. (Hört, hört!) Das ist bemerkenswert. Es ist um so bemerkenswerter, als der Sprecher des Auswärtigen Amtes zugeben mußte, daß das, was die fünf Länder mit dem Eigentumsrecht an den Kernstoffen wollten, nichts anderes sei als die auf die Praxis dieser Gemeinschaft zu übertragende Erfahrung und Praxis in den Vereinigten Staaten, von denen heute morgen Leo Brandt so klar gesprochen hat.

Wenn das so ist, müssen wir um so hellhöriger sein gegenüber dem, was hierbei geschieht, ohne daß eine breite Öffentlichkeit es erfährt. Unsere Partei hat durch die Teilnahme an dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa unter Jean Monnet den Versuch gemacht, an einem Gemeinschaftswerk mitzuwirken, das allen beteiligten Ländern und Völkern zugute kommen sollte.

Ich möchte sagen, daß diejenigen, die uns immer vorgeworfen haben, wir seien Nationalisten, wir argumentieren gegen die europäischen Pläne von einem nationalistischen Standpunkt aus, daß diejenigen, die das taten, als es um die EVG ging, nun plötzlich sehr lahme Europäer geworden sind, dort, wo es um konstruktive Dinge geht, dort, wo es um Dinge geht, die nicht einfach mit einem ideologischen Stempel versehen oder mit der Fortführung von Blockpolitik verglichen werden können. Bei der Gemeinschaft zur Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke ging es doch um etwas Neues, um eine Ordnung für die Meisterung neuer Entwicklungen. Jetzt besteht allerdings die Gefahr, daß diese Gemeinschaft eine ganz leere Hülle bleibt, von der nur noch die Bezeichnung an die ursprünglichen Absichten erinnern mag. Das ist deshalb so, Genossinnen und Genossen, weil die Kräfte von gestern ihre Privilegien in die Welt von morgen hineinretten möchten, damit sie diese Welt auch weiterhin nach ihren Vorstellungen von gestern unter völlig neuen Gegebenheiten unter ihrer Gewalt halten könnten.

Es ist nicht zufällig, daß im Zusammenhang mit der Atomenergie und den Problemen, die uns heute morgen hier dargelegt worden sind, so starkes Gewicht auf die Frage der Ausbildung gelegt worden ist, auf die Bildungsfrage schlechthin. Ich war in dem Zusammenhang besonders froh, die Bemerkungen, die Leo Brandt in bezug auf Indien und das kurzsichtige und engstirnige Verhalten des Amtes in Bonn machte, zu hören. Das müssen wir hier scharf herausstellen. Hier ist doch der Angelpunkt für die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West — wenn man so sagen will — in der vor uns liegenden Periode. Hier sind die eigentlichen Ansatzpunkte (Beifall).

Es ist so, Genossinnen und Genossen, für die Staaten mit demokratischer Verfassung, zu denen wir uns rechnen, ist es heute, schlicht gesagt, lebensnotwendig, ihre Kraft und ihre Fähigkeiten mit dem Willen jener Völker und Staaten zu vermählen, die um ihre Entwicklung ringen. Wenn man aber im eigenen Land — das hat hier, glaube ich, Erwin Welke dargelegt — kein Verhältnis zur Anwendung der Demokratie auf die Probleme der Schule, der Hochschulbildung und der Ausbildung hat, dann kann man kaum erwarten, daß dieselben Leute zu den neuen Problemen, die über die Grenzen hinaus weltumspannend sich stellen, ein Verhältnis finden können. Wer heute von sozialer Sicherheit redet, muß von diesen Problemen ausgehen; denn es gibt in den größten Ländern keine soziale Sicherheit, ohne daß sie diesen Aufgaben gerecht werden.

Schließlich möchte ich noch bemerken, daß ich froh war, als ich mit einigen anderen Genossen zusammen beim Parteitag der schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei dabei sein durfte und eine Schrift in die Hand bekam, die dort für die Debatte eine wesentliche Bedeutung hatte. Ich wünschte, wir würden in solchen Schriften mehr Austausch pflegen, wir würden daraus lernen können. (Beifall.) Diese Schrift trägt den schlichten Titel — ich übersetze ihn wörtlich —: „Die Politik des Fortschritts.“ Dort wird ausgeführt, daß das Ausbildungsproblem das Schlüsselproblem der Entwicklung sei. Daraus können wir lernen — das war ja auch der Tenor unserer beiden Redner von heute morgen.

Ich wollte dazu nur das eine sagen: hier zeigt sich etwas Verbindendes, Gemeinsames der sozialistischen Parteien in den alten Ländern mit den demokratischen Kräften in den Ländern, die nun ihre Selbständigkeit begründen und entwickeln wollen. Genossinnen und Genossen! Das darf uns glücklich machen; denn es ist so, daß der demokratische Sozialismus eine Idee und einen Plan verkörpert, einen konstruktiven Gestaltungswillen für die Menschheit. Es ist gut, daß wir das heute hier feststellen können (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Fritz Erler, dann folgt Walter Krause, Mannheim.

Fritz Erler (Pforzheim): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich hoffe, daß es demjenigen nicht verübelt wird, der zum zweitenmal auf dem Parteitag auf dieser Tribüne das Wort nimmt. Ich hoffe, daß es vielleicht in eigener Sache ein kleiner Beitrag dazu ist, daß endlich einmal jener Brandstempel aus der öffentlichen Diskussion verschwindet, der Brandstempel vom Wehrexperthen. (Sehr gut!) Das kommt gleich nach dem Fachidioten! Wehe dem Politiker, dem bei seinen Entscheidungen der Überblick über die Gesamtheit der Probleme

und ihre Zusammenhänge verlorengelassen, wehe dem Politiker, der glaubt, sich bei seinen Entscheidungen ausschließlich und allein auf die Experten verlassen zu können! Der ist verloren! (Beifall.) Was nicht etwa heißen soll, daß zur Beurteilung bestimmter Probleme ein gewisses Maß an Sachkunde nicht auch ganz nützlich ist. (Vereinzelt Heiterkeit.)

Und nun zu dem Thema, das wir hier und heute als erste deutsche Partei — das können wir mit Stolz feststellen — behandeln. Von diesen Fragen hängt die Zukunft nicht nur unseres Volkes ab, sondern der künftige Zustand der menschlichen Gesellschaft überhaupt.

Es ist hier ein gutes Bild gebraucht worden, nämlich, daß wir lernen müßten, nach der Bändigung der Naturkräfte auch die von den Menschen selbst entfesselten gesellschaftlichen Kräfte zu beherrschen. Wir können den Strom nicht bergauf fließen lassen, wir können aber dafür sorgen, daß wir den Strom nützen, statt in ihm zu ertrinken. Wie notwendig es ist, daß wir auch jetzt und heute bestimmte Forderungen zu diesem Problem anmelden, das ergibt sich aus einer sehr einfachen Überlegung aus der Geschichte unseres Volkes heraus.

Der erste Weltkrieg hat in den Ländern, die ihn ausgefochten haben, eine ganze Reihe von technischen Entwicklungen gebracht, die nach Beendigung des Krieges ihre Fortsetzung in der Friedensindustrie gefunden haben, in der Welle dessen, was man damals die Rationalisierung nannte. Wir wissen alle, daß es einen inneren Zusammenhang zwischen der Tatsache gegeben hat, daß man diese Rationalisierungswelle wie einen Sturzbach über die Völker sich ergießen ließ, ohne die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Bewältigung dieser Probleme zu schaffen, daß es einen inneren Zusammenhang zwischen dieser Tatsache, zwischen der Rationalisierungswelle und der Massenarbeitslosigkeit Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre gibt (Beifall). Wer das einsieht, begreift, daß es auch einen Zusammenhang gibt zwischen diesem Problem und dem Heraufkommen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und damit dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs.

Wenn wir hier um diese Dinge ringen, dann ringen wir nicht nur um die Zweckmäßigkeit einer künftigen neuen gesellschaftlichen Ordnung, sondern dann ringen wir damit auch um Krieg und Frieden, das heißt um den Bestand der Menschheit (Beifall). Es darf nicht so werden, daß die technischen Fortschritte des zweiten Weltkriegs, die sich dann im Automationsprozeß ausgewirkt haben, der jetzt die Wirtschaft von immer mehr Ländern erfaßt, sich später auch, weil man nicht rechtzeitig vorausplant, vorausdenkt und voraushandelt, niederschlagen in gewaltig steigenden Produktionsmöglichkeiten auf der einen Seite und Massenarbeitslosigkeit und Massenelend auf der anderen. Wer das nicht will, der muß begreifen, daß es Aufgabe gestaltender Wirtschaftspolitik, Aufgabe der gestaltenden Kräfte in der Gesellschaft ist, dafür zu sorgen, daß die technischen Errungenschaften mit dem zu erwartenden Warenstrom auf der anderen Seite auch die ständig aufnahmebereite, kaufkräftige Nachfrage finden.

Und hier besteht ein innerer Zusammenhang — Herbert Wehner wies eben schon darauf hin — zwischen dem Problem der Automation und dem, was uns unter dem Stichwort der Sozialreform bewegt. Das ist mehr als eine Frage

der Lohnpolitik, das ist auch mehr als eine Frage zusätzlicher Freizeit. Der Warenstrom der automatisierten Produktion z. B. erlaubt nicht nur, sondern er wird erzwingen, wenn wir nicht in ihm ersaufen wollen, eine Versorgung der Alten, die garantiert, daß auch die Alten beim Ausscheiden aus der Produktion nicht wie bisher aus der Verbrauchersphäre ausscheiden, sondern daß sie drinbleiben (Beifall).

Ein anderes Problem in diesem Zusammenhang: Otto Bauer hat zur ersten Rationalisierungswelle ein kluges Buch geschrieben und hat darauf hingewiesen, daß sich privatwirtschaftlich das Rationalisieren für manchen Unternehmer lohnt, daß aber, wenn die Gesellschaft einen Konstruktionsfehler hat, diese privatwirtschaftlich rentable Rationalisierung für die Gesellschaft eine sehr teure Angelegenheit wird, wenn nämlich die Ersparnisse des einzelnen Betriebs niedriger sind als die Kosten, die die Gesamtgesellschaft für den Unterhalt der Arbeitslosen, für Umschulung, Umsiedlung und ähnliches aufwenden muß. Auch daraus sehen wir, daß wir den Automationsprozeß nicht einfach blind wie ein Naturgeschehen hinnehmen können, sondern daß dafür gesorgt werden muß, daß die gesamten gesellschaftlichen Auswirkungen dabei beobachtet werden, damit er sich nicht zum Nutzen der wenigen, sondern zum Nutzen der vielen auswirkt.

Dann ist hier mit Recht auf das Entstehen neuer Machtpositionen hingewiesen worden, auf Macht nicht nur zentral beim Staat, sondern auf die genauso, vielleicht noch gefährlicher wirkende unkontrollierte Macht in den Händen sehr weniger einflußreicher Privatpersönlichkeiten! (Sehr gut!) Überall — das haben wir bei einem anderen Thema gestern diskutiert — ist es unsere Aufgabe, die Aufgabe derer, die über die Freiheit wachen, daß dort, wo Macht entsteht, auch das Instrumentarium geschaffen wird, um die neu entstehende Macht zu kontrollieren, und zwar von Anfang an (Beifall).

Hier war in der Diskussion um das Eigentum schon die Rede von dem spaltbaren Material. Es geht doch nicht nur um die Gefahr, die daraus entsteht, daß derartige Rohstoffe Energie produzieren können oder unter Umständen auch Atombomben, sondern es geht auch um die Gefahren für die Gesundheit unserer Mitmenschen, die nur dadurch abgewendet werden können, daß von Anfang an eine wirklich ernsthafte öffentliche Aufsicht dafür sorgt, daß das Profitstreben seine Grenzen in dem Interesse der Allgemeinheit, an der Gesunderhaltung unserer Menschen findet.

Noch vieles wäre hier zu sagen. Ich will zum Schluß nur noch auf ein Problem aufmerksam machen. Es war die Rede von Erziehung, Forschung und Lehre. Das bedeutet unter anderem eine Unterstützung unserer Forderung nach dem 9. Schuljahr. Denn die Stofffülle in der Schule ist heute schon so groß, daß sie in der bisherigen Schulzeit nicht mehr bewältigt werden kann. Aber, Genossinnen und Genossen, eines muß ganz klar sein. Wir meinen damit nicht nur die technische Ausbildung, wir meinen nicht nur die Ausbildung dazu, in der automatisierten Produktion nützliche Dienste zu leisten, wir wollen nicht nur Fachidioten ausbilden — um das Wort noch einmal zu bringen —. Sozialismus ist mehr als rationell betriebene Schafzucht. Uns geht es um den ganzen Menschen, um die Entwicklung seiner Persönlichkeit (Beifall), um die Freiheit der Wissenschaft, nicht nur, weil dann vom Baum der Wissenschaft bessere Äpfel gepflückt werden können, sondern weil sie überhaupt aus Prinzip sich frei entwickeln können muß. Uns geht es auch um die Freiheit

der Kunst, uns geht es darum, daß die Menschen auch wieder ein Verhältnis zur Kunst als Ausdrucksmittel ihrer Zeit gewinnen, auch ein Verhältnis zu den schönen Dingen des Lebens. Uns geht es um das Menschenbild, um das schöne Wort von Erwin Welke aufzugreifen. Wir wollen, daß der Mensch sein Leben selbst gestalten kann, und zwar in seiner ganzen bunten Fülle. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat Walter Krause-Mannheim. Ihm folgt Ludwig Preller-Kassel.

Walter Krause (Mannheim): Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen! Die Referate von Leo Brandt und Carlo Schmid haben den Delegierten dieses Parteitags bewußt gemacht, daß Wandlungen von weltweiter Bedeutung im Gange sind, Wandlungen, die wir heute erst zu einem Teil überschauen, die wir in weiten Teilen in ihrem vollen Ausmaß aber noch nicht abzuschätzen vermögen. Klar ist der Trend, daß immer mehr Arbeit der Vorbereitung, der Planung, der Rechnung, der Konstruktion dient, daß der Anteil der ausführenden Arbeit immer weniger wird. Nicht sicher sind wir über das Ausmaß der Umschichtungen, die sich in den Betrieben ergeben werden, und nur tastend können wir die Umschichtung der Gesellschaft abzuschätzen versuchen. Aber wir wissen eines, wir wissen, daß die Entwicklung sich überstürzt, daß sie mit einem noch unglaublichen Tempo über uns herfällt und daß es sehr wohl zu spät sein kann mit der Erkenntnis und dem Ziehen von Folgerungen.

Ein ganzes Bündel von Problemen wird vor uns ausgebreitet, ein Bündel von Problemen, von denen jedes einzelne eine gründliche Untersuchung erfordert. Heute, auf dem Parteitag, können wir sie nur in großen Zügen diskutieren und einige Anregungen dazu geben.

Die erste Aufgabe, die vor uns steht, ist, Klarheit zu gewinnen, Klarheit über Art und Umfang der Entwicklung und über die Tendenzen dieser Entwicklung. Die zweite Aufgabe ist, praktische Folgerungen zu ziehen, das, was heute hier gesagt worden ist, in konkrete Anträge umzumünzen, daraus konkrete Vorschläge zu machen. Das wird heute auf dem Parteitag nicht möglich sein, das erfordert Kommissionsarbeit. Insofern ist ein erster Anfang mit dem Antrag 102 gemacht, der dem Parteitag vorliegt, und mit der Anregung des Genossen von Knoeringen auf eine gemeinsame Konferenz der Abgeordneten der Landtage und des Bundestags.

Ich möchte noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der mir in den Erörterungen nicht von ungefähr aufzutauchen scheint: Es ist die Frage der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik. Sie kommt gar nicht zufällig in diese Debatte herein. Denn tatsächlich ist es doch so, daß alle Konsequenzen oder ein Großteil der Konsequenzen auf dem Gebiet der Kulturpolitik zu ziehen sind, für das in der Bundesrepublik die Länder zuständig, und die Zuständigkeiten des Bundes im Grundgesetz sehr beschränkt sind. Auf der anderen Seite ist im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern eine Regelung getroffen, die vielleicht in Widerspruch mit dieser Verteilung der Zuständigkeiten gerät. Auch diese Frage muß in diesem Zusammenhang erörtert werden. Ich

möchte behaupten, daß die Lösung dieser Fragen nicht allein dadurch erschwert ist, daß die Bundesregierung hier untätig ist oder „daß ihr vielleicht die ganze Richtung nicht paßt“. Es werden auch eine ganze Reihe objektiver Schwierigkeiten im Wege sein, die wir zu überwinden haben. Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen:

Das eine ist das Thema „Technischer Nachwuchs“. Nachdem der Verein Deutscher Ingenieure mit seiner Denkschrift die Öffentlichkeit auf den großen Mangel an Ingenieuren und Technikern in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht hat, war es das Verdienst Waldemar von Knoeringens und der bayerischen Landtagsfraktion der SPD, diese Frage in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gebracht zu haben. Wir haben gleiche Debatten in den anderen Ländern geführt, in Baden-Württemberg z. B. und in anderen Landtagen mit — man mag sagen — zunächst bescheidenen Ergebnissen. Auch die Kultusminister haben darüber debattiert und kamen zu der Erkenntnis, daß es gemeinsamer Anstrengungen des Bundes und der Länder bedarf. Und was ist im Bundestag geschehen? Einige Genossen, die aus dem Bundestag kommen, haben es hier schon gesagt: Die Antwort des Bundesinnenministers auf die Großen Anfragen im vergangenen Monat war eine Antwort von lakonischer Kürze: „Der Bundesregierung sind die Schwierigkeiten bekannt, sie ist dafür jedoch nicht zuständig und kann deshalb auch nichts tun.“ Wenn bei einer Frage von weltweiter Bedeutung solche Antworten gegeben werden, können wir uns damit nicht abfinden, sondern müssen nach Wegen suchen, um auch den Bund einzuschalten mit seinen ganz anderen finanziellen Möglichkeiten, die hier eingeschaltet werden müssen.

Das andere Thema, bei dem wir zu ähnlichen Ergebnissen kommen, ist das Thema der Begabtenförderung. Hier ist gesagt worden, daß sich in der Bundesrepublik 22 verschiedene Stellen darum bemühen. Diese Zahl ist wahrscheinlich zu niedrig; es gibt eine noch größere Zahl privater Institutionen, die auch Stipendien geben. Es fehlt an der Koordinierung, und vielfach weiß eine Stelle nicht, was die andere tut. Das Bemühen um eine Koordinierung ist an der und jener Hochschule vorhanden. Aber man kann natürlich nicht alles erfahren. Aus der Praxis kann ich nur sagen: Das Schwierigste ist das Suchen nach der geeigneten Quelle, die im Einzelfall zuständig ist. Dem einen kann man mit dem Bundesversorgungsgesetz helfen, dem anderen mit der Ausbildungsbeihilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz, der dritte kommt in den Genuß der „Studienstiftung des Deutschen Volkes“, der vierte hat das Glück, in einem Land zu sein, in dem es eine ausreichende Begabtenförderung gibt — in Baden-Württemberg haben wir dafür einen relativ hohen Betrag im Haushalt —, der fünfte hat das Glück, in einer Gemeinde zu sein, die viel dafür tut. Aber viele, viele haben das Pech, daß sie weder bei der einen noch bei der anderen Stelle zum Zuge kommen. Das ist das große Übel bei der Begabtenförderung. Ich glaube nicht, daß man alles in einen Topf werfen kann; dann werden die Spender, die das Geld geben, nicht mehr bereit sein, diese Mittel aufzuwenden. Wenn man das Problem wirklich lösen will, muß der Bund mit nennenswerten Beträgen einsteigen, mit Beträgen, mit denen man das Niveau der Begabtenförderung spürbar heben kann. Daß heute das Werkstudententum in der Bundesrepublik ein sehr großes und bedenkliches Ausmaß hat, ist bekannt. Um so nötiger ist, die zutreffenden Maßnahmen zu koordinieren und gemeinsame Lösungen zu finden.

Ich möchte mit diesen beiden Beispielen dartun, daß die zur Diskussion gestellten Probleme aus der Sicht des Bundes *und* der Länder gesehen werden müssen, daß dazu gemeinsame Beratungen der Abgeordneten der Parlamente des Bundes und der Länder dringend notwendig sind. Ich bin der Meinung, daß der Vorschlag von Knoeringens ein ausgezeichneter Vorschlag ist und daß er *den* konkreten Weg zeigt, auf dem wir vorangehen müssen. Je mehr die Bundesregierung diese Fragen vernachlässigt, um so mehr müssen wir der deutschen Öffentlichkeit die Verantwortung bewußt machen.

Der künftige Parteivorstand muß die Initiative ergreifen, um diese Gespräche und diese Beratungen herbeizuführen, damit wir über den Anruf der deutschen Öffentlichkeit hinaus, der von diesem Parteitag ausgeht, in Kürze schon konkrete Wege aufzeigen, gründlich durchdachte Anträge stellen und sie in einer koordinierten Aktion in den Parlamenten in Bund und Ländern durchsetzen können (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringens: Das Wort hat Prof. Ludwig Preller, Stuttgart. Ihm folgt Eichler, Bonn.

Ludwig Preller (Stuttgart): Liebe Genossinnen und Genossen! Die großartigen Referate, die wir heute morgen gehört haben, und die Diskussion, haben, glaube ich, völlig klargestellt, daß es der arbeitende Mensch ist, der durch diese Revolution ergriffen wird und der in dieser Revolution steht. Von dieser Tagung muß — das ist schon ausgedrückt worden — eine Welle der Erörterung, der Diskussion, nicht nur in der Partei, sondern weit über die Partei hinaus, ausgehen. Soweit der Sozialpolitische Ausschuß der Partei in Betracht kommt, werden wir uns dort dieser Dinge ganz intensiv anzunehmen haben, weil es sich um Fragen handelt, die gerade auf das Gebiet der Sozialpolitik sehr stark ausstrahlen.

Jetzt und hier können nur einige Schlaglichter auf das geworfen werden, was dabei zu erörtern ist. Zuvor muß man sich klarzuwerden versuchen, welche Unterschiede zwischen der ersten und der zweiten industriellen Revolution bestehen, soweit der arbeitende Mensch selbst in Betracht kommt. Mir scheint, der Unterschied für den arbeitenden Menschen ist darin zu suchen, daß die erste industrielle Revolution die Technik der Hand in die Technik der Maschine überleitete und den arbeitenden Menschen dabei nur als einen Teil dieser Maschine und Apparatur behandelte, als eine Kalkulationsgröße, wie die sachlichen Produktionsmittel. Nun aber, in der zweiten industriellen Revolution, wird weder die Hand, werden auch nicht mehr die Sinne des Menschen — wie Pollock sagte — gebraucht, aber um so mehr der Intellekt des arbeitenden Menschen. Der arbeitende Mensch kann damit Herr der Teile des Produktionsprozesses werden, mit denen er es zu tun hat. Dazu muß er aber etwas können, mehr können als bisher. Es ist hier bereits von der Notwendigkeit verbesserter Berufsausbildung gesprochen worden; ich mag das nicht wiederholen. Mir erscheint es nur wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Berufsausbildung der Arbeiterschaft für die automatisierten Betriebe umfassend sein muß. Wir werden uns ein so aufgesplittertes Spezialistentum wie bisher nicht weiter leisten können; wir brauchen umfassend, voll ausgebildete Facharbeiter für diese automatisierten Betriebe. Dieser Facharbeiter für den

automatisierten Betrieb wird — das ist auch anderweitig schon festgestellt worden — eine Art Techniker sein müssen. Die Folgerungen, die daraus für das Schulwesen, für das Ausbildungswesen zu ziehen sind, sind hier erörtert worden; ich brauche darüber nicht zu sprechen.

Mir liegt an etwas anderem. Mir scheint, daß wir uns nicht dem verhängnisvollen Irrtum hingeben sollten, etwa zu glauben, mit der Automatisierung verschwände jede Arbeit heutiger Art. Es gibt amerikanische Berechnungen; ich weiß nicht, ob sie stimmen. Danach ist jedenfalls für die USA berechnet worden, daß etwa 25% der Arbeiterschaft von dieser Automatisierung ergriffen werden können und daß die restlichen 75% zwar noch stärker mechanisierte Betriebsarbeit leisten würden, aber jedenfalls nicht in Betrieben, in denen eine Automatisierung möglich ist. Man wird somit auf der einen Seite hochqualifizierte Fachkräfte in den automatisierten Betrieben haben und andererseits in den sonstigen mechanisierten Betrieben Teilarbeiter der heutigen Art. Vom soziologischen Standpunkt aus heißt dies nichts anderes, als daß neue Schichtungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft entstehen und daß die Klassenbegriffe klassischer Art neu durchdacht werden müssen in bezug auf diese Situation. Das gilt auch — lassen Sie mich das mit aller Deutlichkeit und Offenheit aussprechen — für die Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern. Ich weiß nicht, ob die Schicht der Angestellten so stark wachsen wird, wie Carlo Schmid annahm. Das werden wir sehen. Aber eines, glaube ich, können wir heute schon feststellen: Begriff und Inhalt der Angestelltentätigkeit werden sich nach Vollendung der zweiten industriellen Revolution weniger noch als heute nach Standesgesichtspunkten richten können, sondern diese Begriffe können sich lediglich nach der Funktion richten, die der Angestellte oder der Arbeiter hat. Das wird für die Angestellten — wie die Arbeitergruppe wechselweise verschiedene Auswirkungen haben. Damit erhebt sich nun endgültig die Frage, ob Angestellte und Arbeiter weiterhin lediglich nach dem Katalog eines Paragraphen eines Versicherungsgesetzes geschieden werden können.

So wie der Unterschied zwischen der Angestelltentätigkeit und der Arbeitertätigkeit neu durchdacht werden muß, muß man auch erkennen, daß sich jene Kluft zwischen den Facharbeitern der automatisierten Betriebe und den Arbeitern der anderen Betriebe auf tun kann und wird. Leo Brandt mußte ja leider auch darauf aufmerksam machen, daß die Gefahr besteht, daß die Bundesrepublik heute schon im Bereich der Automatisierung rückständig ist. Stimmt dies, dann könnte die deutsche Arbeiterschaft international gesehen einmal sogar zu den Ausgeschiedenen der zweiten industriellen Revolution gehören. Dagegen müssen wir uns rechtzeitig wenden.

Ein anderes: Carlo Schmid hat Pollock zitiert, der sagte: „Der Angestellte wird im automatisierten Betrieb künftig die Zeitung lesen können, bis er irgendwie gebraucht wird.“ Pollock hat noch weitere Äußerungen dieser Art gemacht. Genossen und Genossinnen, ich möchte davor warnen, diese Tätigkeiten in der automatisierten Fabrik zu unterschätzen, sie für wenig anstrengend für Geist und Seele des Menschen zu halten. Im Gegenteil, ich glaube, daß auch bei einer sehr verkürzten Arbeitszeit trotzdem die Anstrengung größer sein wird als in der längeren Arbeitszeit heute; und da liegen wieder die Zusammenhänge zwischen Sozialreform und den Gesundheitsfragen, die ich gestern behandelt habe, und dieser Automatisierung.

Ein anderes: Carlo Schmid hat mit Recht am Ende seines Referates von den Fragen der Bildung gesprochen. Dabei fiel mir ein und auf: auch der Liberalismus hat damit begonnen, der Arbeiterschaft Bildung zu empfehlen. Bebel z. B. ist seinerzeit aus einem Arbeiterbildungsverein hervorgegangen. (Glocke.) Der Liberalismus wollte durch Bildung den Arbeiter in den Stand setzen, mehr in der Fabrik leisten zu können. Was Carlo Schmid heute hier gefordert hat, ist dagegen eine Bildung, die nicht mehr nur der Hebel für das persönliche Fortkommen sein soll, sondern sozialistisch wird nun eine Bildung gefordert, die zur schöpferischen Einordnung der Persönlichkeit in die Gemeinschaft beitragen soll.

Da das Glockenzeichen ertönt ist, will ich von der Arbeitslosen- und der Lohnfrage hier nicht sprechen. Lassen Sie mich eines nur zum Abschluß noch sagen! Die zweite industrielle Revolution kann den Menschen zu einem Roboter entwürdigen; das liegt auch in ihr. Sie kann aber, wie ich eben sagte, den Menschen auch anregen zum schöpferischen Mittun, d. h. zur vollen Entfaltung seiner selbst. Ein wenig ist mir heute zuviel von Ratio und Verstand gesprochen worden. Aber Theodor Heuss hat, wie mir vorhin gesagt worden ist, irgendwann einmal gesagt, das Elektronengehirn könne eines nicht: es könne nicht träumen und es könne nicht phantasieren. Ich glaube, das ist ein rechtes Wort zur richtigen Zeit. Wir sollten uns daran erinnern, daß wir trotz aller Automatisierung, trotz aller Rationalisierung das Selbst, die Persönlichkeit, nicht vergessen dürfen. (Glocke.) Das heißt — lassen Sie mich das am Ende aussprechen — eine Persönlichkeit, die bereit ist, sich nicht nur an materielle Dinge zu halten, sondern die weiß, daß es neben den materiellen metaphysische Dinge gibt, jene Dinge, die man nur noch ahnen kann im Verhältnis des Menschen zum Kosmos.

Weil die zweite industrielle Revolution droht, eventuell ein Werk nur von Technokraten, von Managern zu werden, deshalb muß sie — das haben wir gehört — sozialistisch angepackt werden. Und das heißt: die zweite industrielle Revolution kann, Genossinnen und Genossen, nur dann ein Segen für die Menschheit werden, wenn sie nicht nur eine Revolution der menschlichen Verhältnisse wird, sondern auch eine Revolution des menschlichen Verhaltens zueinander, des demokratischen Verhaltens zueinander von Menschen, die zueinander stehen und umeinander wissen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Willi Eichler. Ihm folgt Philipp Brück, Koblenz.

Willi Eichler (Bonn): Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben heute in den beiden ausgezeichneten Referaten die zweite industrielle Revolution vom sozialistischen Gesichtspunkt aus dargestellt bekommen. Ich habe inzwischen in einer Zeitung den Standpunkt eines Liberalen zur Sozialpolitik gelesen. Man soll sich über Zeitungen nicht aufregen: Aber ich muß sagen, ich habe es diesmal nicht fertiggebracht.

Prof. Hayek — er ist weit bekannt — hat in Zürich eine Rede gehalten. Er hat sich dort erregt über die „Abwertung der Moral durch den Begriff des Sozialen“. Früher — so sagte er — hätte man sich unter sozial vorgestellt, daß man schwachen Leuten, die sich nicht selber helfen können, helfen muß. Heute aber seien soziale Begehren häufig ein Ausdruck des Neides, und indem

das Individuum sich einer sozialen Forderung unterordnet, ersterbe das Verantwortlichkeitsgefühl. Die Ideale der Freiheit, der Unabhängigkeit, des Respekts, der Persönlichkeit seien angeblich zurückgedrängt durch die Scheinmoral des Sozialen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, der Mann ist kein Einzelgänger, und wir sehen hier, in welch unerträglicher Weise das, was uns hier vor-schwebt, herabgewürdigt wird; denn wenn die Schwachen sich damals nicht selber helfen konnten und niemand ihnen half — wer sollte ihnen helfen als sie sich selber? Staat, Wissenschaft und Kirche in ihrer Dreigestalt haben es damals nicht verstanden oder nicht gewollt, ihre Verpflichtung, die sie der Freiheit der Persönlichkeit gegenüber haben, einzulösen, und zwar im wesentlichen, weil sie im wesentlichen mit Freiheit und Persönlichkeit der herrschenden Klassen beschäftigt waren. Gerade in damaliger Zeit haben Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle auf die Notwendigkeit der Verbindung von Wissenschaft und Politik hingewiesen. Die sozialistische Bewegung inspirierte und organisierte nicht Neid, sondern die unverschuldete erbärmliche Not in einem scheußlichen System. Das stand an der Wiege des modernen Sozialismus. Und diese Bewegung zu diffamieren zu suchen durch den Hinweis auf Neid und angebliche Verantwortungslosigkeit und Lust am Dirigieren, dazu, scheint mir, gehört die ganze arrogante Unkenntnis eines Menschen, der glaubt, er sei ein Liberaler, der vor der eigenen Persönlichkeit die der anderen nicht mehr sieht. Das alles ist zudem in einer Sprache geschrieben, die schon im Jahre 1850 als überholt gelten mußte.

Genossinnen und Genossen! Der Kampf der Arbeiterklasse hat die Würde des Menschen, seine Freiheit und die Gerechtigkeit eigentlich erst wieder ins rechte Licht gerückt. Er hat sie erst aus ihrer ideologischen Verhüllung befreit. Und nun tauchen selbstverständlich neue Probleme auf, vor denen wir stehen, und neue Aufgaben, die vorher nicht da waren. Es ist ja schon gesagt worden, daß sie nicht eisern genug und schnell genug angefaßt werden können. Die schlimmste Ausrede, die hier vorgebracht werden könnte, ist die der fehlenden Zuständigkeit oder der angebliche Mangel an Geld. (Richtig!) Hier scheint mir nun die Notwendigkeit der Bildung und der politischen Bildung geradezu an die erste Stelle gerückt zu sein. Wir brauchen eine technische Bildung, weil die Wirtschaft sie braucht. Wir brauchen eine *politische* Bildung, weil die *Demokratie* sie braucht, sie notwendig und dringend braucht zur Möglichkeit der Kontrolle offener und versteckter Machtgruppen. Und nicht einmal die technische Erziehung ist, wie wir gehört haben und wie wir alle wissen, heute geleistet worden, weil eine geradezu metaphysisch irrsinnige Furcht vor der Planung die Leute gehindert hat, selbst solche Investitionen vorzunehmen, die sich, wie wir gehört haben, sogar noch besser rentieren als die Investitionen, die man heute gemeinhin vorgenommen hat. Wir haben heute durch die neue Entwicklung immer mehr freie Zeit zu erwarten. Es wird eine längere Schulzeit geben. Es wird eine andauernd wachsende Arbeitszeitverkürzung geben.

Und nun ist gestern gefragt worden: Sollen wir eigentlich immer betonen, wie notwendig für uns die Freiheit ist? Sollte das nicht eigentlich bei dem Leumund, den wir haben, selbstverständlich sein? Genossinnen und Genossen! Mir scheint das keineswegs selbstverständlich. Gerade weil in der zweiten Revolution die Planung noch reichlich viel mehr vonnöten und unerlässlich

ist, besteht die Gefahr, daß auch das über die Planung Notwendige hinaus geplant wird.

Es ist von Carlo Schmid auf gemeinsame Tendenzen der modernen Technik und der Systeme der Diktatur hingewiesen worden. Sie haben etwas gemeinsam, nämlich die Neigung und die Möglichkeit und Fähigkeit, zu organisieren und zu regulieren. Es liegt die Verführung nahe, daß man auch den Menschen, weil die Normierung und Typisierung bei Autos von Nutzen, notwendig und schön ist, zu typisieren und zu normieren versucht. Ich habe noch nicht gelesen, wie viele Typen dafür als Maximum genannt werden und ob es dafür ein Maximum an Lenkbarkeit gibt. Wir sind also immer in Verführung, uns durch genormte Bildung und materiellen Lebensstandard einlullen zu lassen. Hier beginnt die eigentliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus; denn wer die Freiheit riskiert oder aufgibt, weil er glaubt, dafür Sicherheit eintauschen zu können, wird alsbald Freiheit und auf die Dauer auch die Sicherheit verloren haben (Beifall).

Hier liegen unsere Chancen in der Konkurrenz um Asien und Afrika. In dieser Konkurrenz wird es nicht nur darauf ankommen, materiell zu helfen. Es wird darauf ankommen, auch in Freiheit zu helfen und in unseren Demokratien ein Vorbild zu liefern, und ich glaube, es ist richtig, was gesagt worden ist, daß wir in bezug auf Kultur keineswegs übermäßig viel Exportmittel anzubieten haben. Menschen, die einen solchen Kampf führen und solche Mittel zur Aufrechterhaltung der Demokratie und ihrer eigenen Persönlichkeit aufbringen wollen, müssen überzeugt sein, daß der Sinn des Lebens nicht der Profit ist, daß der Mensch nicht lebt, um zu essen, sondern daß er ißt, um leben zu können. Der Mensch ist nicht, was er ißt, sondern er ist das als Mensch, was er in Freiheit und schöpferischer Selbstgestaltung aus sich selber macht in Solidarität mit seinen Mitmenschen — trotz oder gerade wegen der zweiten Revolution! (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Philipp Brück. Ihm folgt Willy Brandt-Berlin.

Philipp Brück (Koblenz): Genossinnen und Genossen! „Zweite technische Revolution“ — dieser Ausdruck zur Bezeichnung des heute zur Aussprache stehenden Fragenkomplexes des bevorstehenden Eindringens der Automation in den Produktionsprozeß und in die Betriebs-, Kommunal- und Staatsverwaltungen, hat sowohl von den beiden Hauptreferenten als auch von den Diskussionsrednern die Frage aufwerfen lassen, ob es sich hier nur um eine propagandistische Formulierung handelt, oder ob diese Begriffsbestimmung auch wissenschaftlich fundiert ist. Die Erörterung ist keine müßige Begriffstreiterei, sondern es steht die Frage der Einsicht in das Wesen wirtschaftstechnischer Veränderungen dahinter, die für politische Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung sein kann.

Das Wort Revolution hat einen schimmernden Glanz und birgt für viele eine gewisse Romantik in sich.

Ich bin der Auffassung, daß jede größere Veränderung in der Technik das Ergebnis einer kontinuierlichen Entwicklung ist, von der Erfindung und Einführung des Rades und des Flaschenzuges bis zur heutigen Automation und Auswertung der Atomenergie. Jede Entwicklung vollzieht sich nach be-

stimmlen Bewegungsgesetzen, die es zu entdecken gilt, wenn man die Vergangenheit verstehen, die Gegenwart erkennen und die Zukunft gestalten will. Aus der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen sind die treibenden Kräfte zu erkennen, um sie politischer Zwecksetzung nutzbar machen zu können. Jede Entwicklung ist bis zu einem gewissen Grade vorausschaubar. In dem Heute sehen wir schon das Morgen.

Jede gehemmte Evolution muß nun früher oder später zu einer Revolution, d. h. zum gewaltsamen Einbruch der gestauten Kräfte führen, die nun plötzlich umgestalten, was sich in längeren Zeiträumen ohne größere Erschütterungen und in allmählicher Folge durchgesetzt hätte.

Darum ist es für die Partei lebensnotwendigstes Erfordernis, in größerem Maße als bisher im Zeitalter der Automation und Atomenergie, die wissenschaftlichen Grundlagen zu überprüfen und durch Förderung der theoretischen Forschung eine zuverlässige Prognose zu ermöglichen, durch deren Auswertung eine erfolgreiche Politik auf die Dauer allein in der Zukunft getrieben werden kann.

Die technische Revolution erfordert auch eine Revolutionierung unseres gesamten Denkens. Es ist höchste Zeit, daß wir uns endlich ein richtungweisendes Programm nach 10 Jahren schaffen. Das Aktionsprogramm kann es nicht ersetzen. Es gibt nur Richtlinien für unser nächstes Tun. Politik aus dem Tage für den Tag machen heißt in den Tag hinein politisieren.

Am Beginn der ersten technischen Revolution, als sich die ersten Keime der kommenden Entwicklung zeigten, stand Karl Marx und hat das Bewegungsgesetz des modernen Kapitalismus enthüllt, das nach 100 Jahren noch gilt. Die Kapitalkonzentration — vergessen wir es nicht — hat erst die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage geschaffen, ohne die es keine Auswertung der Automation und Atomenergie gäbe. Wir waren damals politisch noch zu schwach, um zu verhindern, daß aus dem Triumphzug der Technik ein Trauerzug für die Arbeitnehmer der Übergangszeit wurde.

Am Beginn der zweiten technischen Revolution hoffen wir, daß ein großer Teil des Gedankengutes, des Künders der I. Revolution, auch im künftigen Parteiprogramm verankert werden muß.

Die Referate haben gezeigt, daß wir nicht gewillt sind, uns von der technischen Entwicklung überraschen zu lassen. Wir werden uns nicht willenlos von ihr treiben lassen und damit ihr Opfer werden.

Automation und Atomenergie sind für uns unentrinnbares Schicksal geworden. Die Art, das Tempo, die Formen des Einsatzes müssen wir zu bestimmen suchen.

Diese Entwicklung liegt auf dem Wege zum Sozialismus. Jedoch muß eine technische Revolution nicht zwangsläufig zu einer fortschrittlichen, politischen und sozialen Umgestaltung führen.

Sie kann auch, wenn wir nicht stark und wachsam bleiben, die restaurativen Kräfte stärken. Sie können sich alles beherrschende wirtschaftliche und politische Machtpositionen aus dieser Entwicklung schaffen, aus denen sie unvertriebar sind. Das Wort von der Notwendigkeit, mit der der Sozialismus kommen muß, bedeutet keine zwingende, automatische — unser Kampf wäre sonst überflüssig —, sondern Vernunftsnotwendigkeit. Es ist eine Frage des Über-

lebens und besagt nichts über den Ausgang des Kampfes. Die Verwirklichung des Sozialismus kann nur das Werk der Sozialisten sein.

Wenn die Regierung Adenauer bisher nichts unternommen hat zur Lösung des Problems der Automation und Atomenergie, so darum, weil sie keine Gedanken hat und weil sie bewußt durch „ihre Außenpolitik“ das deutsche Volk ablenken will, sich mit dieser Frage zu befassen. Die deutsche Unternehmerschaft, das englische und amerikanische Kapital haben bereits ihren Feldzugsplan entworfen.

Was uns hier als Preissteigerung entgegentritt, ist der Versuch, durch Drosselung des zivilen Verbrauchs sich die Rohstoffe und die Kapitalmittel zu beschaffen und zu sichern. Denn Erhaltung des heutigen Lebensstandards und Einführung der Automation und Nutzbarmachung der Atomenergie, sowie Aufrüstung zugleich, ist bei unserem Rohstoff- und Finanzpotential gleichzeitig nicht möglich.

Wenn wir unsere historische Aufgabe erfüllen wollen, muß der Parteitag auch eine Wende in unserem theoretischen Denken und praktischen Handeln bringen, eine Wende im inneren Klärungsprozeß der Partei.

Wir müssen zu der grundsätzlichen Erkenntnis kommen, daß es künftig nicht mehr damit getan ist, im kapitalistischen Hause da und dort eine schadhafte Ecke auszubessern oder eine komfortablere Wohnung zu besitzen. Der vollkommene Neubau der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus ist erforderlich. Nur die sozialistische Gesellschaft kann Atomenergie und Automation planvoll in ihre Wirtschaftsordnung einbauen, unter Wahrung der persönlichen Freiheit, sozialen Sicherheit und Lebensstandarderhaltung und -erhöhung. Nur sie kann es schaffen, daß die technische Revolution zum Segen der Menschheit und nicht zu ihrem Fluche gereiche! (Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Das Wort hat der Genosse Willy Brandt, Berlin.

Willy Brandt (Berlin): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich muß mich auf zwei bis drei Randbemerkungen zu dem umfassenden Problembereich beschränken, der heute morgen durch die beiden Referate vor uns ausgebreitet worden ist. Das erste ist dies: Ganz anders als Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre besteht unsere Sorge heute und morgen in Deutschland und in Europa nicht darin, fragen zu müssen, was aus dem sogenannten akademischen Proletariat wird, sondern die Sorge besteht darin, wie wir in der Lage sein werden, eine genügend breite Schicht umfassend ausgebildeter Menschen zu haben, und zwar nicht nur Ingenieure und Mathematiker, sondern neben den Naturwissenschaftlern auch humanistisch und allgemein gebildete Menschen, auf die die Gesellschaft von morgen zurückgreifen kann (Beifall). Die Gesellschaft, von der heute andeutungsweise gesprochen worden ist, und die Wissenschaft, auf der sie fußt, werden viel weniger als in der Vergangenheit geprägt sein durch die geniale Einzelpersönlichkeit als durch das Team-work,

das Zusammenwirken, das Zusammenarbeiten, das aber auch für den gesamten gesellschaftlichen Prozeß die entscheidende Bedeutung erlangt und erlangen muß, wenn wir völlig unmögliche gesellschaftliche Verzerrungen verhindern, mit den freiheitsgefährdenden Tendenzen des Robotertums fertig werden, die Verselbständigung von Technik und Bürokratie auffangen und etwas dazu beitragen wollen, daß wir zu einer Einheitssicht gelangen in einer Zeit, in der durch die heute besprochenen und andere Entwicklungen die Gefahr des Auseinandergleitens von Einzelmensch und Gesellschaft immer größer wird.

Genossinnen und Genossen! Ich sage, die Sorge wird in dem immer größeren Bedarf an umfassend ausgebildeten Menschen bestehen. Das sagen wir in einer Zeit, in der, wie wir alle wissen, ungeheure Bildungsreserven in unserem Volke brachliegen. Wir kennen die geschichtlichen Gründe und kennen den harten materiellen Zwang, unter dem Arbeiterkinder und Arbeiterfamilien überhaupt standen und stehen, ich habe ihn selbst gespürt. Wir kennen auch heute noch die couleurte Borniertheit an unseren Universitäten (Beifall), die zu einer sozialen Einengung führt. Aber mir liegt daran, und ich bitte um wohlwollende Aufnahmebereitschaft des Parteitags, wenn ich hier auch ein Wort an unsere eigene Adresse, ein Wort an die deutsche Arbeiterbewegung richte. Ist es nicht so, daß neben den anderen angedeuteten geschichtlichen und materiellen Gründen auch in unserer deutschen Arbeiterschaft — verständlicherweise, das ist klar — noch ein gut Stück Voreingenommenheit steckt, und daß Hemmungen da sind, die wir helfen müssen zu überwinden, um den deutschen Arbeiter, den wir vertreten, dahin zu bringen, daß er es nicht mehr als Ausnahme, sondern als Regel betrachtet, daß der begabte deutsche Arbeiterjunge und das begabte deutsche Arbeitermädchen den Weg zur Universität finden (Beifall)?

In diesem Appell liegt der Wunsch, daß auch wir unseren Beitrag zur Brechung des Bildungsmonopols leisten, wo es noch besteht, in dem klaren Bewußtsein, daß in den Hörsälen und Laboratorien weitgehend über die Welt von morgen entschieden wird.

Und das Zweite ist dies: Man hat uns ein gutes Programm vorgelegt über das, was erforderlich ist, um Forschung und Lehre in Deutschland zu fördern. Dazu möchte ich nur einen Punkt unterstreichen und ergänzen, der in dem Programm schon enthalten ist. Wie auch sonst in unserer Partei müssen wir über die Sache hinaus an den Menschen denken, an den unter unwürdigen Verhältnissen lebenden 28- bis 30jährigen, verheirateten wissenschaftlichen Assistenten, der unter Hungerbedingungen arbeiten muß (Beifall). Wir haben heute mittag das Telegramm vom VDS, vom Verband Deutscher Studentenschaften, bekommen. Wir haben uns darüber gefreut, und wir sollten das Wort zurückgeben, nämlich das Wort, daß sich dieser Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hinter das Programm stellt, das der VDS kürzlich in Hamburg entwickelt hat und das im Kern nichts anderes bedeutet als daß dem, der dazu geistig in der Lage ist, von der Öffentlichkeit her die Möglichkeit geboten wird, zu studieren. Wir haben uns unter unseren besonderen Berliner Bedingungen bemüht, ein Stipendienwesen zu entwickeln, das über die gegenwärtigen Möglichkeiten im Bund hinausgeht. Ein Bürokrat in einem der zuständigen Ministerien in Bonn hat dazu jüngst gesagt: Möge es uns erspart

bleiben, daß das sozialistische Förderungsparadies aus Berlin auf den Bund übernommen wird. (Hört, hört!) Dann müßte man emigrieren! — Soll er emigrieren! (Beifall.)

Vielleicht hat Franco noch Platz für ihn (Heiterkeit).

Und ein Letztes: Wir spüren heute, an diesem Tage, stärker als in unserer täglichen Arbeit, wie sehr und wie streng unser ganzes Denken und Handeln in dieser Zeit unter dem Zwang der Wissenschaft steht. Das bedeutet auch, liebe Genossinnen und Genossen, eine harte Forderung an uns selbst. Die Politik ist und bleibt der Kompaß und der Koordinator, aber es ist völlig abwegig, zu glauben, daß zu allem anderen Fachwissen gehöre, nur nicht zur Politik. Der geistige Normalverbraucher mag anderen willkommenes Stimmvieh sein; er ist das Gegenteil einer sozialistischen Idealfigur (Beifall). Ich wäre von Herzen froh, wenn von diesem Parteitag aus etwas ausginge, einerseits in unsere Parteiorganisation hinein, und ihren Blick weitete, aber auch hinaus in das Lager der deutschen Wissenschaft und des geistigen Deutschlands überhaupt in dem Sinne, daß diese Schicht, um die es geht, spürt, daß wir sie nicht als Werkzeug, als technische und wissenschaftliche Kulis wollen, sondern daß wir sie als Bundesgenossen wollen (Beifall). So, wie der Sozialismus entstanden ist als ein Bündnis der Denkenden und der Leidenden, ein Bündnis, das in dieser Zeit viel zwingender geworden ist, und wir sollten wissen, daß die sozialistische Bewegung geschichtlich daran gemessen wird, ob sie dieses Bündnis der Denkenden mit der leidenden Menschheit weiter zu entwickeln und zu vollenden imstande sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Zur Geschäftsordnung hat der Genosse Karl Delorme, Mainz, das Wort.

Karl Delorme (Mainz): Genossinnen und Genossen! Ich möchte Schluß der Debatte beantragen. Zur Begründung möchte ich folgendes sagen: Wir hatten heute vormittag zwei Referate gehört, die so vorzüglich und umfassend das gestellte Thema umrissen haben, daß eine Diskussion fast überflüssig gewesen wäre (Widerspruch). Darüber hinaus haben wir in einer mehrstündigen Diskussion noch wesentliche Beiträge zum Thema gehört. Als ich mich jetzt erkundigt habe, mußte ich feststellen, daß noch neun Wortmeldungen vorliegen. Ich glaube, daß sich bei diesen künftigen Diskussionsbeiträgen Wiederholungen kaum werden vermeiden lassen. Ich meine, der Parteitag könnte sich diese im Interesse der Sache ersparen. Ich bitte daher, meinem Antrag zuzustimmen und auf Schluß der Debatte zu votieren (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Will jemand gegen diesen Antrag sprechen? Genosse Hermann Polenz hat das Wort.

Hermann Polenz (Stuttgart): Genossinnen und Genossen! Ich wäre im Prinzip mit dem Antrag auf Schluß der Debatte einverstanden, wenn man sagen könnte, daß wirklich schon alle Probleme, die im Augenblick vor uns stehen, diskutiert worden wären. Ich war vorhin bei dem Genossen von Knoering,

um festzustellen, wie viele Diskussionsredner noch gemeldet sind. Ich war aber auch noch aus einem anderen Grunde dort, um festzustellen, ob unter diesen Diskussionsrednern eventuell einer wäre, der in dieser Diskussion die Stellung der Gewerkschaften zu diesen Problemen anschneiden würde. Genossen! Dazu ist in der Diskussion bis jetzt noch nichts gesagt worden. Ich glaube, daß gerade in dieser Frage noch eine ganze Menge für unsere Genossen in den Gewerkschaften zu sagen wäre. Aus diesem Grunde bitte ich, dem Antrag auf Schluß der Debatte nicht zuzustimmen (Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wer dem Antrag auf Schluß der Debatte seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke, ich bitte um die Gegenprobe. — Das Ergebnis ist zweifelhaft, wir müssen auszählen. Ich bitte nochmals: Wer dagegen ist, wolle aufstehen. — (Es wird ausgezählt.) — 96 dagegen. Ich bitte um die Gegenprobe, wer für den Schluß der Debatte ist, den bitte ich, aufzustehen. — (Es wird ausgezählt.) — Danke schön! Mit 110 gegen 96 Stimmen ist der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Damit ist Schluß der Debatte. Ich erteile dem Genossen Prof. Leo Brandt das Wort zum Schlußwort.

Leo Brandt: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben erkannt, daß Ausbildung, Bildung und Forschung die großen Sorgenthemen sind, die uns packen. Wir wissen, daß etwas geschehen muß. Wir müssen daran denken, daß Zehntausende darauf warten, daß ihr Bildungsweg verbessert wird, daß sie zum Beispiel über den zweiten Bildungsweg zur Hochschule kommen können. Wir müssen daran denken, daß Zehntausende deutscher Studenten auf eine wirkliche Verbesserung ihrer Lage warten. Wir müssen handeln und dürfen es nicht nur bei einer Zustimmung zu schönen Zielen belassen. Lassen Sie mich deshalb hier ganz nüchtern zum Schluß den Vorschlag unterstreichen, den Waldemar von Knoeringen gemacht hat. Können wir etwas tun? — Jawohl! Wir können handeln. Wir haben fünf Männer unter uns, die handeln können, das sind die fünf Ministerpräsidenten der SPD in den deutschen Ländern (Beifall). Sie sind dazu in der Lage. Das Grundgesetz gibt ihnen die Möglichkeit. Haben sie ein Recht zu handeln auch aus ihrer Person heraus? Hat nicht Genosse Hoegner in Bayern weit vorausschauend für Forschung und Atomforschung etwas getan? Hat nicht Genosse Zinn in Hessen einen Forschungsrat eingerichtet, der die Dinge dort zusammenfaßt? Hat nicht Genosse Suhr die Fürsorge für die Freie Universität und die Technische Universität in Berlin mit ihren vorzüglichen Einrichtungen? Hat nicht Genosse Kaisen ein Volksbildungswerk in Bremen, wie kaum in einer anderen Stadt? Hat nicht Genosse Steinhoff in Nordrhein-Westfalen die Forschung zusammengefaßt und ein großes Atomprogramm aufgestellt? Haben nicht diese fünf Männer auch aus persönlichem Wirken heraus ein Recht, etwas zu tun? Ja. Wenn wir nun mit den deutschen Ministerpräsidenten, den Kultus- und Wirtschaftsministern zusammen die Aufgaben in die Hand nehmen, dann können wir zumindest klar erkennen, was getan werden sollte. Dann können sie die Aufgaben und Forderungen an den Bundesrat heranbringen und können erreichen, daß dort und im Bundestag ein Ausschuß für die Fragen von Forschung und Ausbildung geschaffen wird.

Genossinnen und Genossen! Es ist außerordentlich wichtig, daß Ausschüsse von verantwortlichen Parlamentariern hinausfahren und sich ansehen, was die anderen Nationen tun. Man wird erstaunliche Feststellungen machen können. Man wird sehen, daß andere Nationen, wie zum Beispiel Frankreich, das genau wie die Bundesrepublik 50 Millionen Einwohner zählt, und England, das ebenfalls 50 Millionen Einwohner hat, und Schweden und Holland Erstaunliches und Hervorragendes leisten. Wenn unsere Parlamentarier das sehen, dann werden sie zu der Überzeugung kommen, daß gehandelt werden muß. Dann wird auch der Bundestag handeln.

Liebe Genossinnen und Genossen! Es kam mir außerordentlich viel darauf an, zu sagen, daß es nicht bei schönen Worten bleiben darf, sondern daß sofort gehandelt werden muß. Wir wünschen uns alle, daß ein wirklicher großer, durchschlagender Erfolg, eine große Veränderung in etwas mehr als einem Jahre erfolgt, dann nämlich, wenn eine deutsche Bundesregierung unter unserer maßgeblichen Leitung sich für die hohen Ziele einsetzt, die heute hier erörtert worden sind: Hilfe für den Menschen — mehr Menschwerden des Menschen — Friede und Freiheit! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Ich erteile das Wort dem Genossen Prof. Carlo Schmid.

Carlo Schmid: Genossinnen und Genossen! Ich will nur einige wenige Worte an Sie richten, weil es sich so gehört, daß man als Referent das Schlußwort spricht, und weil ich Ihnen dafür danken möchte, daß Sie in so ernster und lebendiger Weise an dieser Aussprache teilgenommen haben. Das Thema unserer Referate lautete: Die zweite industrielle Revolution, und manch einer draußen, der uns nicht kennt, wird wohl gemeint haben, wir würden hier nun ein weitgespanntes technisches Gespräch über Maschinen führen. Wir haben über Maschinen und was sie bringen, gesprochen. Aber nach wenigen Sätzen schon war die Debatte zu diesem Thema in diesem Haus eine Bildungsdebatte geworden. (Sehr gut!) Damit ist dieser Kongreß der alten, der Urtradition der deutschen Arbeiterbewegung treu geblieben, denn die deutsche Arbeiterbewegung ist, wenn man auf den Kern ihrer Motive geht, aus dem Bedürfnis der Menschen nach mehr Bildung und damit nach mehr Menschlichkeit entstanden (Beifall). Man hat sehr oft und gedankenlos das Wort nachgesprochen, Sozialismus sei eine Magenfrage; es gehe der Arbeiterbewegung nur darum, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Freizeit für die Arbeiter zu erkämpfen. Und das nannte man und nennt man unseren „Materialismus“.

Am erstaunlichsten erschien mir dabei immer, daß diese unsere Bestrebungen von Leuten als Materialismus denunziert wurden, die nichts anderes tun, als höheres Einkommen für sich erstreben (Beifall). Genossinnen und Genossen! Diese „materialistischen Bestrebungen“ hatte die deutsche Arbeiterbewegung deswegen auf ihre Plakate — nicht auf ihre Fahnen — geschrieben, weil ohne ein Mindestmaß an Freiheit, an sozialer Bewegungsfreiheit, es dem Menschen nicht möglich ist, seine Existenz ohne Verzicht auf Selbstachtung zu akzeptieren. Aus Gründen der Selbstachtung hat die deutsche Arbeiterbewegung ihre Forderungen erhoben, die man ihr als Materialismus ausgelegt hat! Worum es ihr im Letzten und im Kern ging, und worum es uns heute geht — und

die heutige Debatte hat ja bewiesen, in welchem Maße es uns heute darum geht —, ist, dem Menschen Lebensbedingungen zu verschaffen, die es ihm erlauben, sich ganz zum Menschen auszuformen — nicht nach irgendeiner Willkür des Denkens und Vorstellens, sondern auf Grund eines Wissens dessen, was die Bestimmung des Menschen ist. Und die Bestimmung des Menschen ist es, sein Leben so zu gestalten, daß er es in Freiheit führen kann; mit der Verantwortung dieses seines individuellen Lebens macht er sich fähig, die Verantwortung für seine Mitmenschen mitzutragen.

Die Bestimmung des Menschen ist es, nie zu dulden, daß er als Mittel, als bloßes Mittel für außer ihm selbst liegende Zwecke mißbraucht wird. Und seine Bestimmung ist es, der Versuchung zu widerstehen, sein Wissen — die Macht, die ihm sein Wissen zu geben mag — dazu zu mißbrauchen, Herr über andere Menschen zu werden, Menschen durch Menschen ausbeuten zu lassen. Das hat von Anbeginn die sozialistische Arbeiterbewegung als ihr Wesen und ihren Sinn proklamiert.

Darum freue ich mich über den Verlauf dieses Parteitags. Er hat bewiesen, daß die alten Tugenden der Arbeiterbewegung noch lebendig sind. Er hat bewiesen, daß bei uns nicht alte Schablonen nachgebetet werden, sondern daß aus der Spontaneität unseres Erlebens das, was einst unsere Vorfahren bewegt hat, uns auch — jenseits der Formeln und Dogmen — heute noch zu bewegen vermag und durch uns hindurch die Welt.

Wir sollten aber nicht auseinandergehen, ohne im Rahmen dessen, was uns möglich ist, etwas dazu beigetragen zu haben, daß etwas geschieht. Ich möchte den Parteitag bitten, sich den Vorschlag des Genossen Waldemar von Knoeringen zu eigen zu machen, die Partei aufzufordern, in allen ihren Instanzen im Sinne seines Vorschlages zu handeln (Beifall). Wenn es uns auf Grund Ihres Auftrags gelingen sollte, im September oder Oktober unsere Landtagsfraktionen zusammenzurufen und über sie auf die Regierungen Einfluß zu nehmen, dann werden wir vielleicht eine Kugel ins Rollen gebracht haben, die weitere Kugeln ins Rollen bringen wird. Man muß den Mut haben, auch in großen Dingen klein anzufangen! (Sehr gut!)

Damit möchte ich mein Schlußwort beenden und Sie herzlich bitten, den Anregungen des Genossen Waldemar von Knoeringen — er hat sie nicht als formellen Antrag eingebracht — so zuzustimmen, als hätte er einen förmlichen Antrag an den Parteitag gestellt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Ihr Beifall zu den Schlußanregungen des Genossen Schmid ist gleichzusetzen mit dem Beschluß, den Landtagsfraktionen die Auflage zu machen, daß sie in Bälde zusammenkommen und sich nachhaltig mit diesen Fragen beschäftigen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über Punkt 3 der Tagesordnung. Im Antrag 100 liegt Ihnen eine EntschlieÙung vor. Es war beabsichtigt, am Schluß dieser EntschlieÙung noch einige Ergänzungen anzufügen. Es ist aber nicht mehr möglich gewesen, weil durch die Annahme des Antrags auf Schluß der Debatte dieser Antrag nicht mehr begründet werden konnte. Er enthält aber nur einige Ergänzungen. Ich schlage vor, daß wir den Antrag 100 annehmen,

und, was an Ergänzungen in der einen EntschlieÙung gebracht worden ist, dem Parteivorstand als Material mit übergeben. In der Vorlage ist zugleich Bezug genommen auf die Anträge 18, 38 bis 42 und 82. Diese genannten Anträge wären erledigt, wenn der Antrag 100 angenommen wird. Wir kommen zur Abstimmung.

(Ein Genosse weist aus der Mitte der Versammlung durch Zuruf darauf hin, daß der Antrag 82 nur insofern überholt ist, als er sich auf das Problem der zweiten industriellen Revolution bezieht. Der übrige Teil des Antrags bleibe aufrechterhalten und stehe noch bei Punkt 8 der Tagesordnung zur Debatte.)

Der Antrag 82 hat zwei verschiedene Fragen aufgeworfen. Ein Teil bezieht sich auf diesen Punkt der Tagesordnung, und mit der Annahme dieser EntschlieÙung ist er insoweit dann erledigt. Der zweite Teil kommt später noch zur Sprache.

Wir stimmen also ab über den Antrag 100. Wer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? Der Antrag ist bei 2 Stimmenthaltungen, sonst einstimmig angenommen.

Nun zum Antrag 101. Er bezieht sich gleichzeitig auf die Anträge 18, 41 u. 42. Die Annahme des Antrags 101 hätte also zur Folge, daß diese genannten Anträge hinfällig werden. Zu diesem Antrag 101 sind einige Veränderungsvorschläge hier zum Schluß nach der Debatte eingereicht worden. Ich habe vorhin schon gesagt, ich bitte damit einverstanden zu sein, daß die neuen Anregungen dem Parteivorstand zusätzlich als Material überwiesen werden. Aber geschäftsordnungsmäßig können wir sie jetzt nicht zur Entscheidung vorlegen. Wer dem Antrag 101 zustimmen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Danke schön! Die Gegenprobe! — Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? Der Antrag 101 ist bei einer Gegenstimme, sonst einstimmig angenommen. Dann kommen wir zum Antrag 102. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke! Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit wäre dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir dem Genossen Otto Suhr, Regierenden Bürgermeister in Berlin, folgendes Telegramm schicken:

Lieber Otto Suhr! Der Parteitag bedankt sich herzlich für Deine Grüße. Wir wünschen Dir baldige völlige Genesung und weiterhin erfolgreiche Arbeit.

(Allgemeiner Beifall.)

Ich darf den Beifall so auslegen, daß Sie mit der Absendung dieses Telegramms im Namen des Parteitags einverstanden sind. Ich stelle das fest.

Damit sind wir am Schluß unserer heutigen Beratungen angekommen. Heute abend sind an den den Delegierten mitgeteilten Stellen die landsmannschaftlichen Zusammenkünfte. Ich hoffe, daß sie nicht so lange dauern, daß wir morgen früh hier nicht pünktlich wieder anfangen können (Heiterkeit). Im

übrigen wünsche ich den Veranstaltungen einen guten Verlauf und gutes Wetter für heute und morgen. Morgen früh fangen wir hier um 9 Uhr wieder an.

Wenn neue Vorschläge zur Wahl des Parteivorstandes gemacht werden sollten, möchte ich Sie dringend bitten, diese morgen vormittag, möglichst bis 9 Uhr (Zuruf: 9.30 Uhr), bis 9 Uhr bzw. 9.30 Uhr hier schriftlich einzureichen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18.30 Uhr)